

Das Parlament

Berlin, Montag 24. März 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 13/14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Stopp für Rüstungsexport

Sigmar Gabriel Zwar haben in der Krimkrise Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf deutscher Seite die Fäden in der Hand, aber auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) setzt Akzente. So stoppte er jetzt ein Exportgeschäft des Rüstungskonzerns Rheinmetall mit Russland – eine moderne Gefechtsübungsanlage für 100 Millionen Euro. Die Bundesregierung halte derzeit „die Ausfuhr des Gefechtsübungszentrums für nicht vertretbar“, hieß es aus dem für Rüstungsexportgenehmigungen zuständigen Wirtschaftsressort. Es sandte damit kurz vor dem EU-Gipfel in Brüssel ein Signal. Inzwischen sind alle deutschen Rüstungsexporte nach Russland untersagt. Schon vor zwei Wochen war Gabriel bei seinem Moskau- und Kiewbesuch mit der Krimkrise konfrontiert. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

26.100

Quadratkilometer groß ist die Halbinsel Krim im nördlichen Schwarzen Meer. Das von Russland annektierte Land ist damit etwas größer als das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit seinen rund 23.190 Quadratkilometern. Die Ukraine mit 603.700 Quadratkilometern (inklusive Krim) ist flächenmäßig nach Russland (3.955.800 Quadratkilometer im europäischen Teil) der zweitgrößte Staat in Europa.

ZITAT DER WOCHE

»Russland tritt das Völkerrecht mit Füßen.«

Anton Hofreiter, Grünen-Fraktionsvorsitzender, in der Bundestagsdebatte zum EU-Gipfel über die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Moskau

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Mindestlohn Der Bundestag debattiert über einen Oppositionsantrag **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT

EU-Gipfel Auf dem Frühjahrstreffen in Brüssel ist die Ukraine ein Schwerpunkt **Seite 8**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Geothermie Die Erdwärmegewinnung als Teil der deutschen Energiewende **Seite 10**

KULTUR UND MEDIEN

Medienpreis Bundestagspräsident Lammert prämiert die diesjährigen Gewinner **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Gemeinsam auf den Gipfel

EU-AFRIKA Vor dem Spitzentreffen debattiert der Bundestag über engere Partnerschaft mit dem Nachbarkontinent

Der lange vergangene Nachbarkontinent Afrika wird immer wichtiger für die europäische Politik. Anfang April soll in Brüssel der vierte EU-Afrika-Gipfel stattfinden. Die Abgeordneten nutzten vergangenen Freitag im Bundestag die Gunst der Stunde, über den Nachbarkontinent einmal nicht allein im Kontext von Militäreinsätzen zu debattieren. Auf „neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft“ setzten die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU mit ihrem Antrag (18/844), während die Fraktion Die Linke mit ihrem Antrag für eine „gewaltfreie Partnerschaft“ warb (18/503). Hauptstreitpunkt im Vorfeld des Gipfels scheint die Tagesordnung zu sein. Anders als von afrikanischer Seite gewünscht, hat die EU wenig Interesse, über die geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) nochmals zu verhandeln. Blicke alles beim Alten, könnte ab Oktober dieses Jahres für einige Entwicklungsländer der Marktzugang zur EU erschwert werden. Nämlich dann, wenn sie nicht bereit sind, EPA-Abkommen mit Brüssel zu schließen, wie Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium, vergangene Woche vor dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erläuterte. Dies gelte allerdings nicht für die am wenigsten entwickelten Länder, zudem ließen die EPAs Spielraum für die Partnerländer.

Diese Haltung stieß bei der Opposition in der Debatte auf scharfe Kritik. Nicht die Entwicklung Afrikas stünde im Mittelpunkt, sondern „die Interessen der EU“, sagte Heike Hänsel (Die Linke). Es sei „merkwürdig“, dass das Freihandelsabkommen EPA, an dem es aus vielen Ländern Afrikas Kritik gebe, nicht auf der Tagesordnung des Gipfels zu finden sei, befand Uwe Kekeritz (Grüne).

Chancen Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hatte zu Beginn der Debatte auf die Vielschichtigkeit des Nachbarkontinents hingewiesen. Es sei zutreffend, dass beim Thema Afrika oftmals zuerst an bitterste Not gedacht wird. Afrika sei jedoch nicht nur der Kontinent der Krisen, Kriege und Katastrophen. „Afrika ist ein faszinierender Kontinent, ein Chancenkontinent“, sagte der Minister. „Afrikaner wollen und können ihre Probleme selber lösen, aber wir stehen natürlich an ihrer Seite“, sagte Müller – auch mit Blick auf die Ankündigung, die Entwicklungsmittel für Afrika um 100 Millionen auf 1,3 Milliarden Euro jährlich aufzustocken. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen thematisierte Müller nicht.

Anders als Niema Movassat (Die Linke): „Afrika will über Handelsfragen reden – die EU will das nicht.“ Einmal mehr würden die



80 Nationen werden beim vierten Gipfel von AU (Flagge in der Mitte) und EU in Brüssel erwartet. Für Deutschland hat sich auch die Bundeskanzlerin angekündigt.

Europäer den Afrikanern die Agenda diktieren. Freihandel klinge zwar gut, habe jedoch verheerende Folgen für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. „Europa überschwemmt die afrikanischen Länder mit Lebensmitteln zu Dumpingpreisen“, sagte Movassat. Bis heute werde das durch EU-Subventionen gefördert. Im Antrag der Koalition sei davon jedoch nicht die Rede. Die Linksfraktion ignoriere, dass es durchaus den Wunsch Afrikas gebe, Handel mit Europa zu treiben und „seriöse Investitionen in ihre Länder zu bekommen“, sagte Bärbel Kofler (SPD). „Sie sollten nicht so sehr über die eigenen Ideologien reden, sondern darüber, was für die Menschen auf anderen Kontinenten getan werden kann“, sagte sie in Richtung Linksfraktion. Gleichwohl sei es richtig, dass die Entwicklungspartnerschaften „entwicklungsfördernd sein müssen und nicht das Gegenteil von dem bewirken, was wir mit der Entwicklungszusammenarbeit erreichen wollen“. Das habe man auch in dem Koalitionsantrag festgehalten. Die Bundesregierung sei nun gefordert, Sorge dafür zu tragen, dass auf die afrikanischen Partner zugegangen wird, sagte Kofler. Es wäre richtig, „dieses schwierige

Thema auf Wunsch der afrikanischen Länder auf dem Gipfel zu behandeln“. Ein weitgehender zollfreier Zugang auf den höchst interessanten afrikanischen Markt wäre für die europäische Industrie sehr profitabel, sagte der Grünen-Abgeordnete Kekeritz in der Debatte. Genau diese Zolleinnahmen bräuchten aber die Entwicklungsländer für ihre Entwicklung. Zudem gehe es auch um Arbeitsplätze und die sich daraus ergebende lokale Nachfrage. „Die sich langsam entwickelnde Industrie darf nicht grob fahrlässig durch Freihandelsabkommen gefährdet werden“, forderte Uwe Kekeritz. An den Minister gewandt, sagte er: Es sei absolut richtig, die Wertschöpfungsketten in den Ländern zu belassen, was das auch Müller befürwortet. „Freihandelsabkommen werden aber das Gegenteil bewirken und Wertschöpfungsketten vernichten“, sagte der Grünen-Abgeordnete und forderte ein Moratorium für die EPAs.

Ein Bekenntnis zu einer „interessengeleiteten Außenpolitik“ gab Jürgen Klimke (CDU) ab. Es gehe unter anderem darum, eine unregulierte Zuwanderung zu verhindern. „Wir arbeiten daran, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben wollen“, sagte er.

Deutschland habe aber auch wirtschaftliche Interessen in Afrika. „Wie kann ein Kontinent mit einer Milliarde Menschen, bei dem 80 Prozent der Fläche noch nicht intensiv nach Bodenschätzen untersucht worden sind, uninteressant für unsere Wirtschaft sein“, fragte der Unionsabgeordnete. Es gehe um den Zugang zu diesen Rohstoffen und den Export dieser Rohstoffe in andere Märkte.

In jedem Fall ist Europa gut beraten, ein konzentriertes Konzept zum strategischen Umgang mit Afrika zu entwickeln. Das ist schwierig genug. Zu vielschichtig sind die Probleme des Nachbarkontinents, zu unterschiedlich die regionalen Verhältnisse und zu kompliziert das Interessensgeflecht, mit dem die übrige Welt Afrika begegnet.

Die Industriestaaten der Welt nutzen Afrika als kostengünstigen Rohstofflieferanten, lukrativen Absatzmarkt und nicht zuletzt als gigantische Müllhalde schwer zu entsorgender Wohlstandsprodukte. So lange diese Funktionen erfüllt sind, werden die Sorgen und Nöte der afrikanischen Länder selten genug in dem Maße wahrgenommen, wie es Menschlichkeit und Anstand eigentlich gebieten würden.

Erst allmählich wächst auch hierzulande das Bewusstsein, dass uns Afrika im eigenen Interesse nicht egal sein darf. Es geht darum, despotische Herrscher in ihre Schranken zu weisen, Gewaltexzesse gegen Zivilbevölkerungen zu unterbinden, leidenden und hungernden Menschen zu helfen. Gelingt das in den nächsten Jahren nicht, werden die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer trotz aller Abwehrmaßnahmen ein nur noch schwer beherrschbares Ausmaß annehmen. Davon abgesehen hat der Wettlauf um die Sicherung wirtschaftlicher Pfründe in Afrika längst eine globale Dimension. Erschreckend ist dabei zu beobachten, wie skrupellos die einheimische Bevölkerung mitunter ausgenutzt wird. Der Segen einer entlohnten Arbeit wird vom Fluch der Ausbeutung aufgezehrt. Dafür sind politische Konzepte als Gegenmaßnahmen gefragt, die nicht nur in Afrika, sondern auch in Europa, Asien und Amerika erarbeitet und vor Ort umgesetzt werden müssen. Statt das Erwachen des schlafenden Riesen zu fürchten, sollte er möglichst sanft geweckt werden, um eine gemeinsame Zukunft auf den Weg zu bringen. Übrigens: Der Wecker hat längst geklingelt.

EDITORIAL

Wenn der Riese erwacht

VON JÖRG BIALLAS

Der afrikanische Kontinent wird gern mit einem schlafenden Riesen, der sich vor der europäischen Haustür gebettet hat, verglichen. Übersehen wird dabei, dass dieser Riese zumindest die Tiefschlafphase verlassen hat. Er wälzt sich immer unruhiger hin und her und wird, vielleicht überzogen, als Bedrohung, vollkommen zu Recht aber als ausgesprochen schwer berechenbar empfunden. In jedem Fall ist Europa gut beraten, ein konzentriertes Konzept zum strategischen Umgang mit Afrika zu entwickeln. Das ist schwierig genug. Zu vielschichtig sind die Probleme des Nachbarkontinents, zu unterschiedlich die regionalen Verhältnisse und zu kompliziert das Interessensgeflecht, mit dem die übrige Welt Afrika begegnet. Die Industriestaaten der Welt nutzen Afrika als kostengünstigen Rohstofflieferanten, lukrativen Absatzmarkt und nicht zuletzt als gigantische Müllhalde schwer zu entsorgender Wohlstandsprodukte. So lange diese Funktionen erfüllt sind, werden die Sorgen und Nöte der afrikanischen Länder selten genug in dem Maße wahrgenommen, wie es Menschlichkeit und Anstand eigentlich gebieten würden. Erst allmählich wächst auch hierzulande das Bewusstsein, dass uns Afrika im eigenen Interesse nicht egal sein darf. Es geht darum, despotische Herrscher in ihre Schranken zu weisen, Gewaltexzesse gegen Zivilbevölkerungen zu unterbinden, leidenden und hungernden Menschen zu helfen. Gelingt das in den nächsten Jahren nicht, werden die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer trotz aller Abwehrmaßnahmen ein nur noch schwer beherrschbares Ausmaß annehmen. Davon abgesehen hat der Wettlauf um die Sicherung wirtschaftlicher Pfründe in Afrika längst eine globale Dimension. Erschreckend ist dabei zu beobachten, wie skrupellos die einheimische Bevölkerung mitunter ausgenutzt wird. Der Segen einer entlohnten Arbeit wird vom Fluch der Ausbeutung aufgezehrt. Dafür sind politische Konzepte als Gegenmaßnahmen gefragt, die nicht nur in Afrika, sondern auch in Europa, Asien und Amerika erarbeitet und vor Ort umgesetzt werden müssen. Statt das Erwachen des schlafenden Riesen zu fürchten, sollte er möglichst sanft geweckt werden, um eine gemeinsame Zukunft auf den Weg zu bringen. Übrigens: Der Wecker hat längst geklingelt.

»Die sich langsam entwickelnde Industrie darf nicht gefährdet werden.«

Uwe Kekeritz (Grüne)

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 und 3

Dialog zweier Nachbarn

KOOPERATION Die »Gemeinsame EU-Afrika-Strategie« ist seit 2007 Grundlage der Zusammenarbeit

Sie ist jung und hat doch schon einiges erlebt, die Partnerschaft zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union. Beim letzten EU-Afrika-Gipfel, Ende 2010 im libyschen Tripolis, hieß der Gastgeber der 80 versammelten Staats- und Regierungschefs Muammar al-Gaddafi. Einige, die damals mit am Tisch saßen, bombten ihn wenig später von der Macht.

Im Gegensatz zum pompösen Rahmen dieses, des dritten europäisch-afrikanischen Gipfels waren die Ergebnisse eher mager. Die Erklärung von Tripolis betonte die Bedeutung des Privatsektors für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten und bekräftigte die Millenniumsziele der Vereinten Nationen – wie die Halbierung des Anteils der Hungernden und extrem Armen bis 2015. Das vielleicht wichtigste Ergebnis war, dass die EU eine Milliarde Euro für Friedenssicherung und Sicherheit in Afrika versprach. Die Europäer unterstützen so die in Aufbau befindliche Afrikanische Friedens- und Sicherheits-Architektur APSA. Lange hatte sich die Afrikapolitik des vereinten Europa weitgehend auf Entwicklungshilfe beschränkt. Grundlage war das Lomé-Abkommen von 1975 zwischen der Europä-



EU-Afrika-Gipfel 2010 in Tripolis

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern, den „AKP-Staaten“, das unter anderem Handelspräferenzen einräumte. Politisch verfolgten die einzelnen EWG-Staaten jeweils eigene Ziele, insbesondere die früheren Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Portugal und Belgien. Die Afrikaner ihrerseits waren zerstritten, der Ost-West-Konflikt spaltete auch Afrika.

Ein Einschnitt war der Völkermord von Ruanda 1994 mit fast 800.000 Toten. 1997 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften ein neues Afrika-Konzept. Es zielte unter anderem darauf, die eigenen Fähigkeiten der Afrikaner zur Konfliktlösung zu stärken und die „strukturelle Stabilität“ in konfliktanfälligen Staaten zu fördern. Die neue europäische Afrikapolitik mündete in den ersten

europäisch-afrikanischen Gipfel im Jahr 2000 in Kairo. 2002 lösten die Staaten Afrikas die wenig effektive Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf und gründeten die Afrikanische Union (AU). Diese richtete einen AU-Sicherheitsrat mit Interventionsrecht ein und stellte zur Konfliktlösung eine African Standby Force (ASF) auf, welche 2008 auf den Komoren erstmals zum Einsatz kam. Mit diesen neuen Strukturen als Gegenüber richtete Portugal 2007 den zweiten europäisch-afrikanischen Gipfel aus. Die in Lissabon verabschiedete „Gemeinsame EU-Afrika-Strategie“ ist bis heute Grundlage der Zusammenarbeit. Sie betont die politische Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Umsetzung gemeinsamer Ziele und die afrikanische Führungsrolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afrikas.

Peter Stützel

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MILITÄRHILFE FÜR AFRIKA?

Gegenkräfte stärken

PRO



Markus Decker
»Mitteldeutsche Zeitung«, Halle

Auf den ersten Blick müssen einem Vorhaben der Großen Koalition, in Mali und Somalia Einheimische zu Soldaten auszubilden, recht seltsam vorkommen. In Afghanistan nämlich wurde dieses Ziel in den Vordergrund gerückt, nachdem der Plan, das Land am Hindukusch zu demokratisieren, krachend gescheitert war. Doch auch das neue Ziel wird in Afghanistan nur bedingt realisiert und am Scheitern nichts ändern. Auf den zweiten Blick sieht die Sache in Afrika anders aus. Der Westen versucht nicht das Maximale, sondern das Minimale. Er setzt nicht oben an, sondern unten. Das muss nicht Erfolg versprechend sein, kann es aber. Und Nichtstun ist keine Alternative. In Mali ist die Sache im Übrigen noch relativ einfach. Hier gibt es eine in Teilen intakte Staatlichkeit. Die Bundeswehr-Soldaten, die schon im Land sind, sagen, sie fühlen sich dort wohl. Die Gefahren für Leib und Leben sind eher gering. Das lässt sich von Somalia nicht behaupten, weshalb ein Einsatz dort sehr viel strittiger ist. Freilich kann man auch Somalia nicht einfach sich selbst überlassen. Es handelt sich seit etwa 20 Jahren um einen „failed state“, einen gescheiterten Staat in Armut, in dem die USA Anfang der 1990er Jahre unter dramatischen Umständen in die Knie gingen, der von teils islamistischen Clans beherrscht wird, in Einflusszonen zerfällt – und von dem Gefahren sowohl für den Weltseehandel als auch für die Nachbarländer ausgehen. Dies zu ändern ist schwer, vielleicht unmöglich. Ja, Somalia auf den rechten Weg zu bringen, das ist mindestens so anspruchsvoll, wie es das in Afghanistan war. Doch ein Versuch, auf niedrigem Niveau illusionslos die Gegenkräfte zu stärken, ist es wert. Passivität wird den Gefahrenherd bloß noch vergrößern.

Nicht zu Ende gedacht

CONTRA



Eric Chauvière,
freier Journalist

Von Bildern mit Särgen deutscher Soldaten haben Öffentlichkeit und Parlament erst einmal genug. Nach einem Großbesatz wie in Afghanistan soll es so schnell nicht geben. Zumindest traut sich derzeit keine relevante Stimme, einen solchen zu fordern. Statt Stabilisierungseinsatz heißt es daher nun Militärhilfe. Statt von Kampftruppen reden wir von Ausbildern. Statt von Intervention von Ertüchtigung. So wohlklingend die neue Sprachregelung sein mag, zu Ende gedacht ist hier nichts. Staatliche Militärapparate sollen aufgebaut und in die Lage versetzt werden, Aufständische zu bekämpfen. Aber ist immer so klar, wer hier gerade zu welcher Seite gehört? Ist immer erkennbar, wer noch Verbündeter und wer schon Gegner ist? Allianzen verändern sich in Bürgerkriegen sehr schnell. Und auch einzelne Soldaten suchen sich gerne neue Geldgeber. Im Grunde wissen wir das ja auch. Hätten wir tatsächlich so viel Vertrauen in die dann westlich ausgebildeten Truppen, wäre es nur konsequent, sie auch nach westlichen Standards auszurüsten. Aber das ist natürlich schon deshalb nicht geplant, weil die gelieferten Waffen dann ganz schnell auch gegen deutsche oder andere europäische Truppen gerichtet werden könnten. Riskolos ist auch die Militärhilfe also nicht. Nicht politisch. Aber auch nicht für die eigenen Soldaten. Aus dem bewaffneten Schutz einer Ausbildungsmission kann schnell ein Gefecht entstehen. Und was passiert eigentlich, wenn der Einsatz nicht zu dem gewünschten Erfolg führt? Folgt auf die Militärhilfe dann doch ein Kampfauftrag? Zumindest eins sollten wir inzwischen gelernt haben: Wer einen neuen Einsatz beginnt, sollte die Sache zu Ende denken. Und eine gute Exit-Strategie in der Tasche haben.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Movassat, seit Wochen ist die Rede von einer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung Deutschlands. Teilen Sie diese Annahme und welche Rolle käme der Entwicklungszusammenarbeit dabei zu?

Wenn damit mehr Bundeswehreinheiten gemeint sind, dann teile ich das nicht. Aber sich für soziale Menschenrechte wie das Recht auf Wasser und Nahrung in den Ländern des Südens stark zu machen – das wäre eine Verantwortung, die Deutschland viel stärker übernehmen könnte. Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung dafür ist, außenpolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen – gleichzeitig spricht sich eine Mehrheit gegen die Ausweitung von Militäreinsätzen aus. Wenn man dem folgt, dann bleiben Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie und die humanitäre Hilfe als außenpolitischer Kern, und das ist auch das, was wir als Linke unter Verantwortung verstehen.

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) besuchte jüngst die Zentralafrikanische Republik. Er klang dort nicht so, als wolle sich die Bundesregierung mit breiter Brust militärisch einmischen...

Die CSU ist, was Militäreinsätze angeht, immer schon etwas zurückhaltender gewesen. Aber Fakt ist auch, dass die neue Bundesregierung das Mandat in Mali ausgeweitet hat und über eine Beteiligung in Zentralafrika nachdenkt. Am Ende bedeutet mehr Verantwortung offenbar vor allem eines: mehr Bundeswehresoldaten im Ausland.

Es gibt aber Situationen, in denen man womöglich eingreifen muss, um einen Völkermord abzuwenden. Wie klug ist es, sich grundsätzlich aus einem Konflikt wie in Zentralafrika herauszuhalten?

Jede Eskalation hat eine Vorgeschichte. Die fängt zum Beispiel damit an, dass Konfliktparteien in den Besitz von Waffen kommen. Eine verantwortliche Außenpolitik wäre, keine Waffen zu exportieren, schon gar nicht in Krisenregionen. Die zivile Krisenprävention wird stiefmütterlich behandelt. Man tut zu wenig für die Friedenssicherung im Vorfeld und wenn ein Konflikt eskaliert, tut man oft auch diplomatisch zu wenig. Ein anderer Aspekt ist die Frage, wer unterstützt eigentlich wen? So hat es in der Zentralafrikanischen Republik eigentlich nie einen Regierungswechsel gegeben, der nicht mit Frankreich zu tun hatte. Egon Bahr hat jüngst treffend festgestellt, in der internationalen Politik geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um die Interessen von Staaten. Die Gründe, die gebracht werden, um einen Militäreinsatz zu rechtfertigen, stimmen oft nicht. Die Wahrheit stirbt meist zuerst.

In dieser Woche hat der Bundestag auch über die Ausbildungsmission EUTM Somalia beraten. Sie soll das Land stabilisieren helfen und könnte den viel größeren Antipiraterie-Einsatz vor der Küste Somalias eines Tages überflüssig machen. Eine Ausbildungsmission statt eines „robusten“ Mandats also – das müsste Ihnen doch entgegenkommen?

Die Frage ist, wer da jetzt ausgebildet wird. Wir haben in einigen Ländern schon Soldaten trainiert, die dann später mit ihren Waffen zu mordenden Banden oder Islamisten übergelaufen sind. Ein Land, das so geschunden ist und in dem die Nachbarstaaten eigene Interessen verfolgen, bräuchte ein ganz anderes Herangehen. Es ist durchaus möglich, dass man mit humanitären Hilfsmaßnahmen auch in die Gebiete geht, wo Islamisten herrschen. So verbrecherisch die Gruppen sind: Es ist anscheinend möglich, trotzdem Gespräche zu führen und der Zivilbevölkerung zu helfen. Auch muss man bereit sein, alle wesentlichen Gruppen an den Verhandlungstisch sitzen zu lassen.

Minister Müller hat sich Anfang des Jahres zu einer „nachhaltigen Entwicklungspolitik“ bekannt. Das können Sie doch

»Taten statt Worte«

NIEMA MOVASSAT Wer Afrika fördern will, muss bei der eigenen Handelspolitik ansetzen, sagt der Entwicklungsexperte der Linksfraktion



sicherlich unterschreiben. Wo sind die Unterschiede?

Gerd Müller setzt erfreulich andere Akzente als sein Vorgänger Dirk Niebel (FDP). Die Frage ist, ob den Worten auch Taten folgen. In seiner Zeit als Agrar-Staatssekretär haben ihn viele als Lobbyisten für deutsche Agrarexporte wahrgenommen. Solche Exporte sind aus entwicklungspolitischer Sicht ein Problem, weil sie die Märkte in den Ländern des Südens mit Dumpingpreisen zerstören. Da muss man schon fragen, ob er daran etwas ändern will.

Sie kritisieren mit Blick auf den Anfang April stattfindenden EU-Afrika-Gipfel vor allem die EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA). Was stört Sie daran?

Die EPAs sind nicht entwicklungsförderlich, ganz im Gegenteil. Namibia erhebt Exportsteuern auf Rohstoffe, nicht aber auf Produkte, die aus diesen Rohstoffen produziert werden. Das ist ein Anreiz, Rohstoffe im eigenen Land zu verarbeiten. Das fordern Entwicklungspolitiker seit Jahren und das meint Müller auch, wenn er von einer Wertschöpfung vor Ort spricht. Die EPAs verbieten aber Aus-

fuhrsteuern auf Rohstoffe. Viele afrikanische Partner beschwerten sich außerdem über den Druck der EU bei EPA-Verhandlungen. Das ist für Länder wie Namibia eine Wahl zwischen Pest und Cholera: Unterzeichnen sie das Abkommen, gefährden sie die eigene Wirtschaft, unterzeichnen sie nicht, verlieren sie Handelspräferenzen und den Zugang zum EU-Markt. Beim EU-Afrika-Gipfel sollen die EPAs auf Wunsch der Europäer übrigens kein Thema sein. Mit einer Partnerschaft auf Augenhöhe hat das nichts zu tun.

China gewinnt Einfluss in Afrika. Den Ländern dort kann es doch recht sein, wenn ihnen mehrere Partner die Tür einrennen?

Das hört man auch oft in Afrika. Für Afrika ist es sicherlich nicht schlecht, eine gewisse Auswahl bei den Partnern zu haben. Wobei man dazu sagen muss, dass auch China knallhart seine Interessen verfolgt: China ist – wie auch europäische Konzerne – am Landraub beteiligt, es schafft auch nicht unbedingt massenhaft Arbeitsplätze, sondern bringt oft eigene Arbeitskräfte mit.

China knüpft Investitionen kaum an Auflagen, und manchen afrikanischen Staatschef freut das – nach dem Motto: mehr Strafen und weniger Menschenrechts-Konsultationen. Was würden Sie entgegen?

Konditionen sind dann problematisch, wenn mit ihnen politisch genehmes Verhalten durchgesetzt werden soll. Damit meine ich nicht Beispiele wie Uganda, das drakonische Strafen gegen Homosexuelle eingeführt hat. Das geht nicht. Aber es gibt eben auch Fälle, wo das schwieriger zu entscheiden ist. Dieser Begriff „Good Governance“, der da oft mitschwingt, ist problematisch. Wenn eine Regierung sagt, wir wollen Preiskontrollen, wir wollen einen starken staatlichen Sektor, dann ist das aus Sicht der Geber vielleicht keine „gute Regierungsführung“ – obwohl die Regierung demokratisch handelt und die Bevölkerung das will.

Der reiche Norden wirkt im Gespräch mit dem Süden manchmal wie ein Mann, der an seinem Schnittzel kaut und dabei über die Folgen von zu viel Fleischverzehr sinniert. Müssen wir verzichten, wenn die Teller der anderen voller werden sollen?

Die globalen Ressourcen sind begrenzt. Wenn alle sieben Milliarden Menschen so leben würden wie wir, wäre man schnell am Ende. Die Schlussfolgerung kann aber nun nicht sein, dass sich die Länder des Südens bitte nicht so stark entwickeln sollen. Das Stichwort ist Ressourcenschonung. Und da sind wir konkret gefragt, etwa bei der Umsetzung von Klimazielen. Da reicht es einfach nicht, nur an den Verbraucher zu appellieren, den Fleischkonsum bitte etwas herunterzufahren. Als Linke fordern wir etwa ein Verbot von Futtermittelimporten in Europa: Wir importieren Soja, damit Kühe schnell wachsen. Wir importieren Biomasse für Treibstoffe. Wir nehmen damit anderen Ländern Anbauflächen weg, die sie für die Versorgung der eigenen Bevölkerungen brauchen. Es geht um ganz konkrete politische Fragen: Wollen wir es uns leisten, in Brüssel strenge Abgasnormen im Sinne der deutschen Autoindustrie zu blockieren? Oder müsste sich nicht ein Entwicklungsminister genau hier zu Wort melden und sagen: Auch solche Dinge konkurrieren die Arbeit meines Ressorts.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Niema Movassat ist seit 2009 Mitglied des Bundestages. Er ist Obmann der Linksfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Realistische: Charles M. Huber

E in Klinschee erfüllt Charles Huber, es ist vielleicht das einzige: Er redet so frisch und frei, wie man es von einem Fernsehkommissar erwartet. In zig Fällen bei „Der Alte“ ermittelte er neun Jahre lang in den Straßen von München, heute sind es Aktenberge, die er in seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus stellt. Oder er sich ihnen? Huber lächelt, sein Blick heftet auf der Reichstagskuppel. „Ich ging in die Politik, um Wirtschaftskooperationen anzukurbeln. Da bin ich richtig hier.“ Viele Politiker reden bei den obligatorischen Motivfragen von Ethik und Moral, von Verantwortung und Gestaltung. Huber ist direkter. Die Bandwurmsätze jedenfalls hat er noch nicht drauf. 2013 zog der 57-Jährige über die Landesliste in den Bundestag; gegen Ex-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) konnte der Neuling den Wahlkreis Darmstadt nicht erobern. Im Entwicklungsausschuss liegt sein Augenmerk auf der Afrika-Politik, auch so ein Terrain, auf dem er mehr gesprochen als getan wird. Und es überrascht nicht, dass Huber zum verbalen Kantholz greift. „Es ist grob fahrlässig, Debatten über Afrika zu ideologischen Grundsatzdiskussionen verkommen zu lassen“, sagt er. Ganz unideologisch ist er nicht, er glaubt an den Markt. „Handel generiert Kapital. Wer produktiv tätig werden will, braucht Kapital“, fasst er zusammen, warum er sich für bilaterale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und afrikanischen Staaten einsetzt, die Freihandelszonen schaffen sollen. „Hinter mir stehen keine Konzerne, sondern die Interessen der Afrikaner.“ Die EPAs sind umstritten. Kirchen und Entwicklungs-



© J. Rübel

»Es ist grob fahrlässig, Debatten über Afrika zu ideologischen Grundsatzdiskussionen verkommen zu lassen.«

organisationen lehnen sie mit der Furcht ab, dadurch würden EU-Exporte sich entwickelnde Märkte in Afrika überschwemmen und lokale Akteure behindern. Auch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die staatliche Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik, warnt vor wirtschaftlichen Spaltungen und setzt sich für einen regionalen Ansatz ein. Die immensen Subventionen von Agrarexportgütern in der EU sieht sie kritisch. Huber ficht das nicht an. „Viel wichtiger ist, dass die Effizienz der afrikanischen Landwirtschaften verbessert wird. Und Binnenhandel fördert man vor allem durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.“ Die EU-Agrarsubventionen seien das Einzige, das der Opposition einfallt. „Ich will endlich mal hören, was gut ist – was Afrika hilft.“ Zumindest kennt er sich aus. „In Afrika werde ich als Afrikaner angesehen. Und in Niederbayern als Niederbayer.“ Huber kam auf

die Welt als Sohn einer deutschen Hausangestellten und eines senegalesischen Diplomaten; seinen Vater lernte er indes erst mit 28 kennen. Huber wuchs in Bayern auf. Seine afrikanische Familie entdeckte er später, es ist keine unbekannt: Sein Großonkel gerierte in Senegal als Präsident. In Sachen Afrika sieht sich Huber als Macher. Schon in den Neunzigern arbeitete er als Berater für deutsche Unternehmen, die in Afrika Fuß fassen wollten – und für das äthiopische Tourismusministerium. Mit seinem Verein „Afrika Direkt e.V.“ hilft er im Senegal Künstlern und Jugendlichen. Huber füllt einen Raum aus, seine zapuckende Art gewinnt bei Leuten, wenn er redet, rudert er mit den Armen. Am linken Handgelenk verbleichen die Spuren eines 44 Jahre alten Tattoos, „ein Mädchenname“. Früher war er einmal in der SPD, aber Huber ist konservativ. Ihm fallen dazu Adjektive ein wie „zuverlässig“ und „diszipliniert“, dass es dauere, bis er etwas verspricht. Das Konservativ-Deutsche in sich entdeckte er, als er mit Ende 20 zur Suche nach seiner afrikanischen Seele aufbrach. „Menschen, welche mehrere Kulturen kennen, vergleichen mehr.“ Er steht durchgedrückten Rückens am Fenster, eingerahmt von den Fahnen Deutschlands und der EU. Vor kurzem noch residierende hier Rainer Brüderle, dann Guido Westerwelle. Damals hingen Bilder der Leipziger Schavur Jule, heute ist es ein Wandbehang aus Kongo – erdbraun statt quetschgelb. Unweit seines Hauses in Senegal sieht er am Strand die leeren Boote jener, die es nach Europa nicht geschafft haben. Oft bittet man ihn in Afrika: Bring mich raus. Er antwortet darauf: Und dann? Jan Rübel

DasParlament

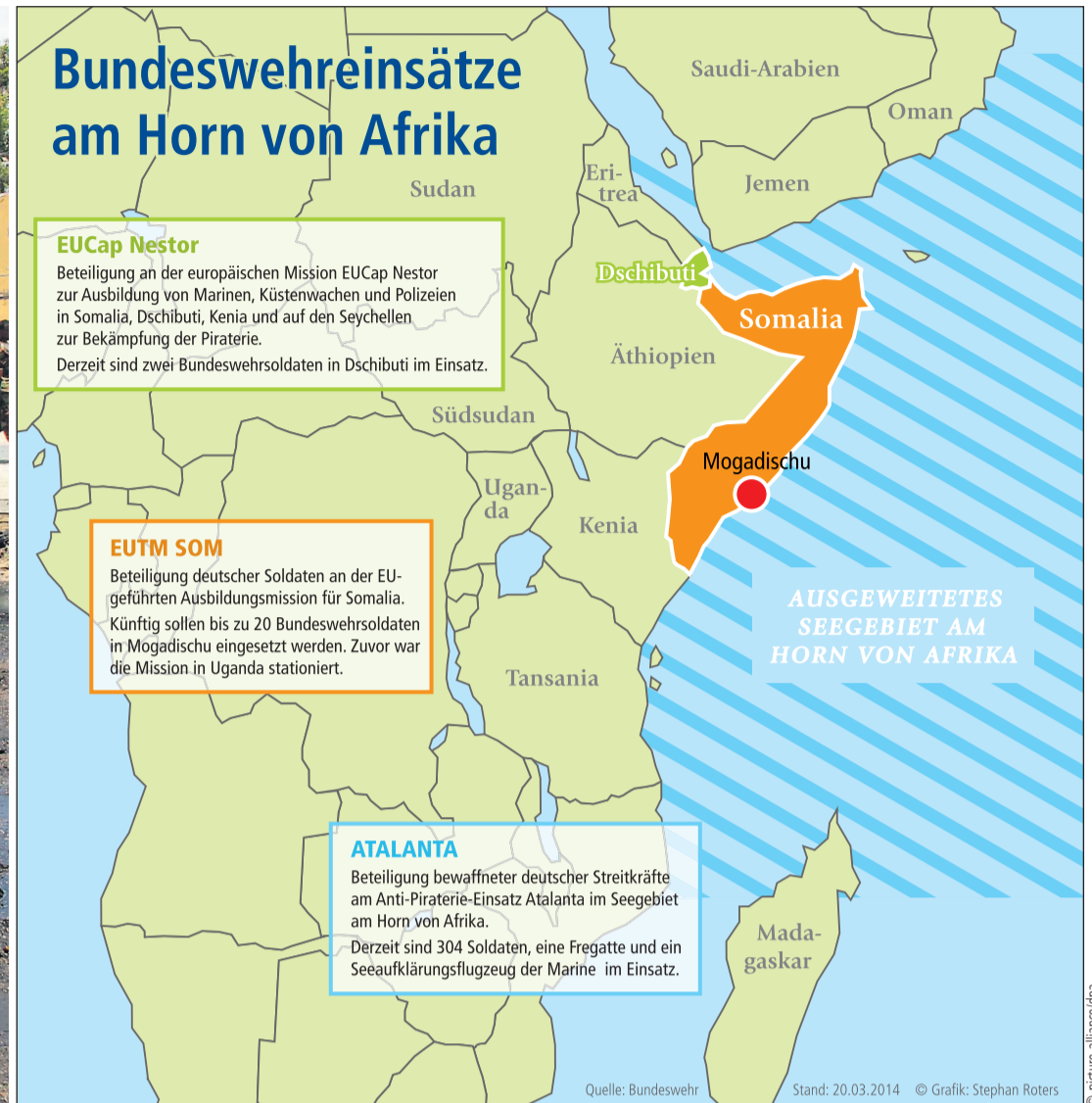
Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kr), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
21. März 2014

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhstrasse 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unerlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigen e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Selbstmordanschläge wie dieser im September 2013 mit mindestens 15 Toten erschüttern Somalias Hauptstadt Mogadishu und andere Landesteile regelmäßig. Verantwortlich dafür ist meist die islamistische Shabaab-Miliz, die zum Terrornetzwerk Al-Kaida gehört.



Der lange Weg zu einem Staat

SOMALIA Die Sicherheitslage in dem vom Bürgerkrieg geplagten Land ist katastrophal, die Not der Menschen unvorstellbar

Die Wände des Raumes sind mit Stoff ausgeschlagen, was eine warme Atmosphäre verbreitet. Außerdem stehen zwei Liegen in dem kleinen Zimmer. Als Sharifa Mohamed (Name geändert) vor einigen Monaten zum ersten Mal hier war, nahm sie das alles nicht wahr. Die 28-jährige war in der Nacht davor vergewaltigt worden und verzweifelt. Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Save Somali Women and Children“ erkannten ihre Not und nahmen sie mit in den wohllichen Raum, in dem sie auch jetzt wieder sitzt. Sharifa hatte sich spät abends auf den Weg gemacht, um noch etwas Essen für ihre Kinder zu kaufen. Plötzlich standen drei Männer vor ihr und zogen sie in eine dunkle Ecke. Erst nach anderthalb Stunden ließen die Angreifer von ihr ab. Weinend kehrte sie zu ihrer einfachen Hütte in einem der Flüchtlingslager von Mogadishu zurück. Noch immer leben in der somalischen Hauptstadt bis zu 370.000 Menschen in diesen sehr provisorischen Lagern, schätzt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR. Die hygienischen Verhältnisse in den Camps sind eine Katastrophe. Mehr als 400 Menschen teilen sich eine Latrine, der Zugang zu sauberem Wasser ist knapp.

und reden bei einem Cappuccino aus italienischer Kaffeemaschine über ihre Geschäfte. Das Wirtschaftsleben in Mogadishu boomt, überall wird gebaut und gehämmert, werden kriegszerstörte Gebäude saniert. Dienstleistungen aller Art und der Handel florieren. Entlang der wichtigsten Verkehrsadern stehen solarbetriebene Stra-

Bürgern auch weiterhin schuldig. Das gilt an erster Stelle für die Sicherheitslage. Die zum Terrornetzwerk Al-Kaida gehörende Shabaab-Miliz verübt in Mogadishu und anderen Städten regelmäßig schwere Anschläge. Nachdem sich die Sicherheitslage ab Sommer 2011 durch militärische Erfolge einer Eingreiftruppe der Afrikanischen Union namens AMISOM zunächst verbessert hatte, geht der Trend derzeit in die andere Richtung. Das räumt auch Nicholas Kay ein, der UN-Sondergesandte für Somalia. „Aber immerhin kontrolliert die Regierung die gesamte Hauptstadt“, sagt Kay.

Bis August 2011 beherrschte die Shabaab-Miliz die meisten Viertel Mogadishus und ganz Südwest-Somalia. Inzwischen wurden die Islamisten in der Hauptstadt von der AMISOM besiegt und mussten ihre Stellungen in Mogadishu räumen. Aber noch immer beherrschen sie viele Teile des Landes. Nicholas Kay wirbt für noch mehr Geduld mit Somalia. Nach der „erschreckend langen“ Zeit von mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg könne niemand eine schnelle Stabilisierung erwarten.

Anlass für Hoffnung Somalia versank im Chaos, nachdem der letzte Diktator Siad Barre 1991 von Clan-Milizen gestürzt wurde. Anschließend kämpften Clanführer, Kriegsherren und später Islamisten um die Macht, eine zentrale Regierung gab es nicht

mehr. Die Kombination von Bürgerkrieg und Dürre führte mehrfach zu katastrophalen Hungersnöten. Erst die militärische Intervention der Afrikanischen Union brachte nach vielen Jahren einer fast erfolglosen Mission ab 2011 schließlich doch eine gewisse Stabilität in der Hauptstadt Mogadishu. Die Wahl des Präsidenten im September 2012 war ein weiterer Anlass für Zuversicht. Anders als viele Politiker Somalias hat Hassan Sheikh Mohamud keine Vorgeschichte als „Warlord“. Stattdessen arbeitete der Universitätsdozent für mehrere interna-

te brechen wieder auf, die Lage ist sehr unübersichtlich.“

Der Kampf der unterschiedlichen Clans um die Vorherrschaft in Somalia zeigt sich nicht zuletzt in den Konflikten zwischen der Zentralregierung und den unterschiedlichen regionalen Einheiten. Die Übergangsverfassung ist in diesem Punkt ausgesprochen vage und lässt jedem Raum für seine Auslegung: Präsident Hassan Sheikh Mohamud, der möglichst viel Macht für Mogadishu beansprucht – und Staaten wie Puntland, Jubaland und andere, die möglichst viel Autonomie verlangen. Dass in den Regionen jeweils andere Clans die Mehrheit haben, ist eine gefährliche Lunte in den oberflächlich politischen Auseinandersetzungen. „Die Regierung hat viel versprochen, aber wenig erfüllt“, meint Somalia-Expertin Bader. Sharifa, die mit ihrem Mann und ihren Kindern schon seit Jahren in einer undichten Notunterkunft haust, sei kein Einzelfall: Diejenigen, die in den Flüchtlingslagern campieren, sind Kriminellen aller Art schutzlos ausgeliefert. Vergewaltigungen seien fast an der Tagesordnung, kritisieren nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen immer wieder, ohne dass sich etwas ändert. Auch Soldaten der somalischen Armee beteiligten sich am Missbrauch der Vertriebenen in den Lagern. Und in keiner Sekunde kam Sharifa auf die Idee, nach ihrer Vergewaltigung zur Polizei zu gehen. Zwar wurde deren Aufbau seit vielen Jahren mit viel Geld auch aus Deutschland unterstützt,

aber die Truppe ist bis heute wenig effektiv. Sharifa fand deshalb nur Hilfe bei der Organisation, in deren Raum sie jetzt sitzt. Sie wurde medizinisch behandelt und psychologisch betreut. „Save Somali Women and Children“ bietet Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, außerdem juristische Unterstützung an. „Aber kaum jemand wendet sich an die Justiz“, sagt Fatuma Ibrahim, die für die Organisation arbeitet. Die meisten Frauen behielten die Verbrechen für sich, das Reden über eine Vergewaltigung sei ein Tabu. Selbst nach einer Anzeige wird die Justiz meist nicht tätig, kritisiert Ilwad Elman von der somalischen Menschenrechtsorganisation „Elman peace and human rights center“: „Sexuelle Gewalt wird fast nie bestraft.“ Stattdessen würden die Opfer von Polizei und Justiz wie Kriminelle behandelt. „Diejenigen, die sich trauen, Gerechtigkeit zu suchen, werden häufig auch noch Opfer von Racheakten.“

Qasim Mohamed Nur erwartet aus diesen und anderen Gründen vom Staat nicht mehr viel. Er ist Marketing-Direktor des „Lido Seafood Restaurant“ am Strand von Mogadishu. Eine Gruppe von Somaliern sanierte das kriegszerstörte Gebäude in bester Lage und serviert dort seitdem Hummer und andere Meeresfrüchte. Der Laden ist regelmäßig voll, trotz der konstanten Anschlaggefahr. „Wir Somalier sind gute Geschäftemacher“, fasst Qasim Mohamed Nur seine Sicht der Dinge zusammen. „Aber leider sind wir sehr schlecht darin, einen Staat aufzubauen.“

Die Autorin lebt in Nairobi und arbeitet als Afrika-Korrespondentin für verschiedene Zeitungen und Hörfunksender.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Somalia

Somalia liegt im Osten Afrikas. Die Hauptstadt heißt Mogadishu. Seit über 20 Jahren herrscht dort Bürgerkrieg. Das heißt, dass verschiedene Gruppen sich dort gegenseitig mit Waffen bekämpfen. Oft geht es dabei um den Zugang zu Wasser und Ackerland – beides ist in Somalia knapp. Auch viele der unterschiedlichen Clans, die es in Somalia gibt, mögen sich nicht besonders und streiten miteinander. Die Clans sind für die Menschen so etwas wie eine Familie und bedeuten ihnen viel. Eine Regierung, die überall das Sagen hat, gibt es in Somalia schon seit langem nicht mehr. Es herrscht überall im Land großes Chaos und Gewalt. Über eine Millionen Menschen sind deshalb auf der Flucht.

ßenlaternen, die zusammen mit neuen gelben Taxen den Eindruck von Normalität vermitteln. Aber nur ein paar Viertel weiter ist damit schon wieder Schluss.

Zwar hat das Land im äußersten Osten Afrikas seit Sommer 2012 unter Präsident Hassan Sheikh Mohamud wieder eine international anerkannte Regierung, aber diese Regierung ist schwach. Die meisten Leistungen, die Europäer ganz selbstverständlich von ihrem Staat erwarten, bleibt sie ihren

Ausbildungseinsatz für ein gescheitertes Land

MILITÄRHILFE Die Bundeswehr soll sich nun doch wieder an der Ausbildungsmission in Somalia beteiligen. Bis zu einer Befriedung des Staates ist es allerdings ein weiter Weg

Es sind wirkungsmächtige Bilder, die im Oktober 1993 um die Welt gehen: Als somalische Milizionäre getötete US-Soldaten durch die Straßen Mogadishus schleiften, markierte das einen Wendepunkt. Fortan war man in den USA zurückhaltender, wenn es um den Versuch ging, bewaffnete Konflikte in Afrika unter dem Dach der Vereinten Nationen zu befrieden.

Bürgerkrieg Seit mehr als zwei Jahrzehnten herrscht in Somalia ein Bürgerkrieg, in dem verschiedenen Clans um Macht und Einflussgebiete kämpfen und in dem auch die Nachbarstaaten Äthiopien, Kenia und Eritrea ihre Hände im Spiel hatten. Nach Jahren ohne jegliche wirksamen zentralstaatlichen Strukturen gibt es mittlerweile eine Übergangsregierung in Somalia. Mit der Mission AMISOM versucht die Afrikanische Union seit einigen Jahren, das Land zu stabilisieren. In diesem Kontext entschloss sich die EU 2010 zur EUTM Somalia-Mission zur Ausbildung somalischer Streitkräfte. Zuletzt war die Mission, an der auch Bundeswehrosoldaten teilgenommen haben, aus Sicherheitsrücksichtungen in Uganda stationiert. Als Brüssel 2013 eine Ausweitung und Verlagerung in

die somalische Hauptstadt Mogadishu beschloss, stieß das in Berlin zunächst auf Zurückhaltung. Die Bundesregierung holte die Soldaten zurück.

In der vergangenen Woche hat sie nun dem Bundestag einen Antrag vorgelegt, der eine Wiederaufnahme der deutschen Beteiligung mit bis zu 20 Soldaten vorsieht. Bei der Opposition sorgte das für Kopschütteln: Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) etwa zog nicht in Zweifel, dass es für den Aufbau staatlicher Strukturen in Somalia intakte Sicherheitskräfte brauche. Allerdings sei vieles an den Informationen der Bundesregierung „rätselhaft“. Es sei nicht klar, was mit den ausgebildeten Soldaten geschehe und in wessen Sold sie jetzt stünden. „Wenn man fragt, wie erfolgreich die Mission denn war, ist die Antwort der Bundesregierung: Sie war erfolgreich. Wenn man nachfragt, worauf diese Behauptung sich stützt, wird gesagt: Es gibt internationale Beobachter, die das genauso sehen. Wenn man fragt, welche das denn waren, bekommt man keine Antwort. Das ist nicht ausreichend“, sagte Nouripour. Verteidigungsministerin Ursula von Leyen (CDU) betonte, dass durch die Mission bisher insgesamt 3.600 Soldaten ausgebildet worden seien. „Sie sind jetzt der Kern der

Streitkräfte, die sich in Somalia für Stabilität, Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung einsetzen.“ EUTM Somalia helfe bei der Stabilisierung des Landes auf seinem Weg zu Neuwahlen im Jahr 2016. Die Bedrohungslage in Mogadishu nannte von der Leyen „nach wie vor erheblich“. Das Risiko sei nicht zuletzt aufgrund von Sicherungsmaßnahmen im Umfeld des Ausbildungscamps „militärisch vertretbar und politisch verantwortbar“.

Genau das stellte Jan van Aken (Die Linke) in Frage: Erst im Februar hätten Al-Schabab-Milizen direkt am Camp einen schweren Anschlag verübt. Van Aken kritisierte den geplanten Einsatz auch als „politisch falsch“. Die Bundesregierung stütze eine „sogenannte Regierung“, die sich eigentlich nur um ihren eigenen Schutz kümmerge. Van Aken zitierte zudem einen Bericht des UN-Sanktionsausschusses, wonach die somalische Regierung Waffen an die Milizen weiterleite:

„Sie unterstützen einer Waffenschieberbande.“ Man werde Frieden nur dann erreichen, wenn man mit den Schabab-Milizen verhandelt.

Florian Hahn (CSU) argumentierte, dass es „für Konfliktprävention à la Linke“ zu spät sei. „Oder glauben Sie ernsthaft, dass sich Mitglieder der Schabab-Miliz mit Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem Antiaggressionstraining zusammensetzen würden?“ Somalia sei ein Beispiel für ein Land, „das dringend Sicherheitsstrukturen braucht, damit zivile Hilfe überhaupt möglich ist“, sagte Hahn.

Eine Entscheidung über einen weiteren Einsatz in Afrika wurde unterdessen in der vergangenen Woche kurzfristig vertagt. Die Bundesregierung plant eine Beteiligung am EU-FOR-RCA Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik mit Sanitätsflugzeugen sowie Soldaten in den Hauptquartieren. Die nötigen 800 bis 1.000 Soldaten aus den Mitgliedstaaten hat die EU für die geplante Mission bisher allerdings nicht zusammenbekommen. Die EU-Truppe soll die etwa 2.000 französischen und 6.000 afrikanischen Soldaten unterstützen, die bereits heute versuchen, die Gewalt zwischen christlichen und muslimischen Milizen einzudämmen.

Am vergangenen Freitag kündigte der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), an, die Zentralafrikanische Republik zum Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit zu machen: „Wir müssen da hingehen, wo die Not am größten ist.“ (siehe Seite 1) *abe*



Somalische Soldaten trainieren im Rahmen von EUTM Somalia den Häuserkampf.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Immunität aufgehoben

BUNDESTAG Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag die Immunität der Abgeordneten Caren Lay und Michael Leutert erneut aufgehoben. Die beiden Parlamentarier der Linksfraktion hatten im Februar 2011 in Dresden an der Blockade einer genehmigten Neonazi-Demonstration teilgenommen. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihnen vor, damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode war ihre Immunität deswegen aufgehoben worden. Für Die Linke wandte sich ihre Parteivorsitzende Katja Kipping entschieden gegen die Aufhebung der Immunität. Kipping, die selbst an der Blockade teilgenommen hatte, verwies darauf, dass Dresden zum Jahrestag seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg jahrelang „zum Aufmarschgebiet für den europaweit größten Nazi-Aufmarsch“ geworden sei. Nach dessen Blockade 2011 habe ein „NPD-Anwalt“ Strafanzeige „gegen bekannte Gesichter“ erhoben. Mit „Nazi-Anwälten“ dürfe man sich „einfach nicht gemein machen“.

Der Vorsitzende des Immunitätsausschusses, Johann Wadepuhl (CDU), verteidigte dagegen die Empfehlung des Gremiums, die Fortführung des Strafverfahrens gegen Lay und Leutert zu genehmigen, als Entscheidung „unter rein immunitätsrechtlichen Gesichtspunkten“. Wadepuhl rief zugleich dazu auf, den „Konsens der Demokraten gerade bei der Bekämpfung von faschistischen Umtrieben“ nicht in Frage zu stellen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Britta Haßelmann, verwies darauf, dass sich mehr als 200 der damaligen Gegendemonstranten für ihr Verhalten verantworten müssten. „Zivilcourage bedeutet nicht, dass wir ein Privileg gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern haben, wenn es um Ermittlungen geht“, fügte die Grünen-Abgeordnete hinzu. **sto** ||

KURZ NOTIERT

Die Linke will Dispozinsen deckeln

Nach dem Willen der Fraktion Die Linke sollen die Zinsen für eingeräumte Dispositionskredite wie auch für geduldete Überziehungskredite künftig höchstens fünf Prozentpunkte über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen dürfen. In einem Antrag (18/807) mit der Forderung nach einer entsprechenden gesetzlichen Regelung heißt es zur Begründung, angesichts des niedrigen EZB-Leitzins seien die hohen Zinssätze auf Dispo- und Überziehungskredite „ungerechtfertigt“ und trügen zu „Verschuldungsspiralen“ bei vielen einkommensschwachen Bankkunden bei. Von einem „Dispokredit“ spricht man, wenn ein Konto in dem mit der Bank vereinbarten erlaubten Rahmen ins Minus gerät, von einem „Überziehungskredit“, wenn ein Konto in einem „geduldeten Rahmen“ überzogen wird. **kos** ||

Grüne für Änderungen beim Psychiatrie-Entgeltssystem

Das für psychiatrische Fachkliniken vorgesehene neue Vergütungssystem ist nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fehlerhaft und sollte geändert werden. In einem Antrag (18/849) verlangt die Fraktion, die derzeit laufende Optionsphase, in der die Kliniken selbst entscheiden, ob sie das Pauschalierende Entgeltssystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) anwenden, zu verlängern. PEPP ist als „lernendes System“ angelegt mit einer längeren Einführungs- (2013 bis 2016) und Übergangsphase (2017 bis 2021). Ab 2015 jedoch soll die auf Pauschalierende Vergütung für die psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen in Kliniken verpflichtend werden. **pk** ||

Nebeneinkünfte der Abgeordneten veröffentlicht

Seit Freitag vergangener Woche werden auf der Homepage des Bundestages die aktuellen Nebeneinkünfte der Abgeordneten veröffentlicht. Ab dieser Wahlperiode müssen Mitglieder des Bundestags Nebeneinkünfte in zehn statt früher drei Stufen veröffentlichen – bis hin zu Einnahmen von mehr als 250.000 Euro. Zuvor erfasste die höchste Stufe alle Einkünfte oberhalb von 7.000 Euro. Die Einkünfte müssen für jede einzelne Nebentätigkeit angezeigt werden, sofern sie mehr als 1.000 Euro im Monat oder 10.000 Euro im Jahr betragen. Die Angaben der Parlamentarier werden im Internet jeweils mit den Abgeordneten-Biografien veröffentlicht und laufend aktualisiert. **sto** ||



Schwächeanfall: Sanitäter der Bundeswehr fangen einen umkippenden Soldaten während eines öffentlichen Gelöbnisses auf.

Starke Truppe mit Schwächen

BUNDESWEHR Wehrbeauftragter fordert Korrekturen an der Streitkräftereform. Von der Leyen will Dienst attraktiver gestalten

Die jährlichen Debatten über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten folgen den immer gleichen Argumentationslinien. Während der Bericht der Opposition genügend Stoff bietet, um der Regierung Versagen im Umgang mit der Bundeswehr zu bescheinigen, weisen die Koalitionsfraktionen darauf, dass es sich naturgemäß um einen „Mängelbericht“ handle und keine ausgewogene Zustandsbeschreibung der Truppe. So auch am vergangenen Donnerstag während der ersten Lesung des Jahresberichts 2013 (18/300), den der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus Ende Januar vorgelegt hatte. Fakt ist, dass sich die Stimmung unter Deutschlands Soldaten in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert hat. Im Jahr 2013 erreichte die Unzufriedenheit in der Truppe einen historischen Höchststand. Gemessen am Umfang der Streitkräfte sind noch nie so viele Eingaben beim Wehrbeauftragten eingegangen. Waren es im Jahr 2012 bei einer Truppenstärke von rund 198.000 Soldaten lediglich 4.309 Eingaben gewesen, stieg ihre Zahl im vergangenen Jahr auf 5.098 bei einer auf 184.000 Soldaten verkleinerten Armee. Die Eingabquote legte somit um 20 Prozent zu. Und Königshaus stellte klar: „Auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres hat sich diese Quote auf dem gleichen hohen Niveau bewegt.“

Die Gründe für die Unzufriedenheit in der Truppe sind unterschiedlich: „Gegenstand der Eingaben waren schwerpunktmäßig Probleme in den Bereichen Personalführung, Ausbildung, Einsatz, Betreuung und Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien“, führte Königshaus an. Doch viele Probleme lassen sich aus seiner Sicht auf die Bundeswehrreform zurückführen: Diese stelle „die neue Struktur neben die bisherige. In der Praxis bedeutete das: Trotz erheblicher Reduzierung des Personals mussten beide Strukturen unter der vollen Belastung der Einsätze ausgefüllt

werden“, sagte Königshaus. Hinzu käme die Verunsicherung vieler Soldaten und Zivilbeschäftigter über ihre zukünftige Verwendung und Stationierung. Die Auslandseinsätze führten die Truppe „personell und materiell nach wie vor an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit“. Deziert forderte Königshaus Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf, die anvisierte Evaluation der Reform für Korrekturen zu nutzen.

Wünsche der Verbündeten Die angesprochene Ministerin räumte auch ein, dass die Bundeswehr an der Doppelbelastung schwer zu tragen hat. So könne der Grundsatz, dass Soldaten nach einem viermonatigen Auslandseinsatz 20 Monate im Inland verbleiben sollen, in rund 25 Prozent der Fälle nicht verwirklicht werden, sagte von der Leyen. Vor allem spezialisierte Einheiten, beispielsweise im Bereich des Lufttransports, der Logistik, des Sanitätswesens oder der Spezialpioniere, seien davon betroffen. Es seien gerade deren Fähigkeiten, die von den Nato- und EU-Verbündeten in den gemeinsamen Einsätzen angefordert würden. Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern. Die Verteidigungsministerin bekräftigte zugleich ihr Versprechen, den Dienst in der Truppe attraktiver und familienfreundlicher zu gestalten. „Bei der Planung muss man vom Menschen her denken und nicht umgekehrt“, sagte von der Leyen. Dass dies geschieht, bezweifelt die Linksfraktion. Deren verteidigungspolitische Sprecherin Christine Buchholz warf der Ministerin vor, dass eben nicht der Mensch, sondern die geostrategischen Interessen Deutschlands bei der Bundeswehr im Mittelpunkt stünden. Sie sei von einer Verteidigungsarmee zu „einer global agierenden Interventionsarmee“ ausgebaut worden. Dies werde auf dem Rücken der Soldaten und ihrer Familien ausgetragen. So steige die Zahl der Soldaten, die unter einsatzbedingten Posttraumatischen Belastungsstörungen litten, kontinuierlich. Dies habe Folgen: So liege die Scheidungsrate in einigen Einhei-

ten bei rund 80 Prozent. Bei Einsätzen wie in Afghanistan würden eben nicht nur Zivilisten und Soldaten sterben, sie machten „Soldaten und ihre Familien krank“. Ähnliche Kritik wurde auch aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen laut. Die Bundesregierung werde ihrer Verantwortung und ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten „derzeit bei weitem nicht gerecht“, bemängelte die Verteidigungspolitikerin Doris Wagner. Im Sanitätswesen fehlten derzeit mehr als 400 Ärzte, „die vor allem für die Notfallversorgung im Einsatz unerlässlich sind“. Aus Personalmangel müssten in manchen Bundeswehrkrankenhäusern ganze Stationen geschlossen werden. Das Thema Personalmangel ziehe sich „wie ein roter Faden durch den ganzen Wehrbericht“. Das Tempo der Truppenreduzierung müsse überprüft werden, forderte Wagner.

Die Abgeordneten der Koalition hingegen stellten sich vor Ministerin von der Leyen. Die CDU-Verteidigungsexpertin Anita Schäfer lobte die Fortschritte im Bemühen, den Dienst in der Bundeswehr attraktiver und familienfreundlicher zu machen. So seien für den Bau von Kindergärten in Bundeswehreinrichtungen rund fünf Millionen Euro bereitgestellt worden. „Selbst wenn die Bundeswehr als Spiegelbild der Gesellschaft auch deren Schattenseiten wiedergibt, ist sie besser, als gängige Stereotypen glauben machen wollen“, befand Schäfer. Die SPD-Parlamentarierin Heidtrud Henn appellierte auch an die Truppe selbst, den Dienst attraktiver zu gestalten. Im Gegensatz zu den dringend benötigten Investitionen sei ein angemessener Umgangston von Vorgesetzten „kostenlos“. Es sei „schlimm, wenn wegen schlechten Führungsverhaltens junge Soldaten der Bundeswehr den Rücken kehren“, sagte Henn. Und sie fügte an: „Ein attraktiver Arbeitgeber schätzt und unterstützt die Männer und Frauen, die für ihn arbeiten.“ **Alexander Weinlein** ||

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Lohnsteigerung verlangt

ÖFFENTLICHER DIENST Bei den laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst stellt sich Die Linke hinter die Gewerkschaft ver.di. In einem Antrag (18/795), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals debattierte, macht sich die Fraktion dafür stark, die ver.di-Forderungen in der Tarifrunde umzusetzen. Die dafür nötigen Finanzmittel für die Beschäftigten des Bundes müssten in den Haushaltsplan 2014 eingestellt und die Länder und Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden, heißt es in der Vorlage. In der Debatte sagte Sabine Zimmermann (Linke), die Forderungen der Gewerkschaften seien mehr als begründet. Der öffentliche Dienst müsse endlich wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung finden. Die Bundesregierung müsse „im Arbeitgeberlager des öffentlichen Dienstes ein klares Zeichen setzen für kräftige Lohnerhöhungen“. Auch Beate Müller-Gemmeke (Grüne) äußerte Verständnis für die ver.di-Forderungen. Die Löh-

ne im öffentlichen Dienst seien zwischen 2000 und 2009 preisbereinigt gesunken. Wenn Bund und Kommunen nun immer nur mit den in den vergangenen Jahren gestiegenen Löhnen argumentierten, sei das nicht redlich, weil dabei der „Nachholbedarf“ ignoriert werde. Oswin Veith (CDU) kritisierte dagegen, dass sich die Abgeordneten mit dem Linken-Antrag „in die heiße Phase der laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einmischen“. Solche Verhandlungen seien immer auch Ausdruck der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie. Man habe „seit Jahrzehnten ausgezeichnete Erfahrungen damit gesammelt, dass nicht die Politik die Löhne bestimmt“. Mahmut Özdemir (SPD) warf der Linksfraktion vor, dass ihr Antrag die Tarifautonomie missachte. Der Antrag sei ein „untauglicher Versuch (...), auf Kosten der Beschäftigten eine Generalabrechnung mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu betreiben“. Damit sei den Tarifparteien nicht geholfen. **sto** ||

Linke fordert mehr Rechte

PARLAMENT Im Grundgesetz geregelte Rechte der parlamentarischen Minderheit sollen nach dem Willen der Fraktion Die Linke künftig auch von der Gesamtheit der Oppositionsfaktionen wahrgenommen werden können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktion zur Änderung des Grundgesetzes (18/838) überwiegt der Bundestag vergangene Woche ohne Aussprache an die Ausschüsse. Danach sollen diese Minderheitsrechte nicht nur von einem Viertel beziehungsweise einem Drittel der Mitglieder des Bundestages ausgeübt werden können, sondern auch von der Gesamtheit der Fraktionen, die nicht die Bundesregierung tragen. Dies betrifft unter anderem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sowie die Erhebung einer Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht.

Zur Begründung schreibt die Fraktion, dass im parlamentarischen Regierungssystem in erster Linie nicht die Mehrheit die Regierung überwache, sondern diese Aufgabe vorwiegend von der Opposition wahrgenommen werden können. Die Wahrnehmung „wichtiger im Grundgesetz geregelter Minderheitsrechte wie die verpflichtende Einrichtung eines Untersuchungsausschusses oder die Erhebung einer abstrakten Normenkontrolle“ sei jedoch „an bestimmte Quoren gebunden, welche die Opposition unter einer von den beiden stärksten Fraktionen im Bundestag getragenen Regierungskoalition (...) typischerweise nicht erreicht“. Sie könne daher „ihre Aufgabe als parlamentarische Kontrollinstanz der Bundesregierung nicht wirksam wahrnehmen, wenn sie vom guten Willen der Regierungsfaktionen abhängig ist“. **sto** ||

EU soll mehr Syrer aufnehmen

FLÜCHTLINGE Die Bundestagsfraktionen dringen auf eine verstärkte Aufnahme syrischer Flüchtlinge in der EU. Es könne „nicht sein, dass alle anderen europäischen Staaten zusammen noch nicht einmal die Hälfte des Kontingents anbieten, das wir inzwischen zugesagt haben“, sagte Christina Kampmann (SPD) vergangene Woche in der ersten Bundestagsdebatte über entsprechende Anträge der Links- (18/840) und der Grünen-Fraktion (18/846). Man dürfe nicht müde werden, die anderen EU-Staaten „an die Werte von Solidarität und Mitmenschlichkeit“ zu erinnern. Nina Warken (CDU) betonte, die „europäischen Nachbarn“ hätten „hier auch eine humanitäre Pflicht, die wir einfordern müssen“. Warken wertete es zugleich als „positives Signal“, dass „Bund und Länder erörtern wollen, unter welchen Bedingungen weitere Menschen aus Sy-

rien aufgenommen werden können, sobald die bestehenden Kontingente ausgeschöpft sind“. Auch Luise Amtsberg (Grüne) verwies darauf, „dass sich Deutschland in dieser Frage sehr engagiert“. Trotzdem bedeute europäische Solidarität für sie nicht, „dass wir uns hinter der fehlenden Bereitschaft anderer Mitgliedstaaten verstecken dürfen, im Gegenteil“. Ulla Jelpke (Linke) forderte, Deutschland müsse auf EU-Ebene „Druck machen“. „Mehr tun“ müsse aber auch die Bundesregierung. Jelpke beklagte zudem, dass an den EU-Außengrenzen täglich „unerträglich viele Menschen“ ums Leben kommen. Die Linke pocht in ihrem Antrag auf eine „schnelle und unbürokratische Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland und in der EU“. Auch die Grünen dringen in ihrer Vorlage darauf, zügig mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen. **sto** ||

Sukzessivadoption kommt

JUSTIZ Mehr Rechte für »Regenbogenfamilien«

Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor einem Jahr ist es geltende Praxis, nun soll es auch Gesetz werden: Der Bundestag will homosexuellen Eltern in eingetragenen Lebenspartnerschaften die Möglichkeit geben, Kinder zu adoptieren, die ihre Partner bereits adoptiert haben. Vorgangene Woche bereit der Bundestag erstmals über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (18/841), der eine solche „Sukzessivadoption“ vorsieht. Bislang dürfen sogenannte Regenbogenfamilien nur leibliche Kinder ihres Partners über eine Stiefkindadoption annehmen.

Wichtiges Signal Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte, der Entwurf trage der Tatsache Rechnung, dass der Schutz und die Erziehung von Kindern nicht vom Geschlecht der Eltern abhängig seien. Er sei damit ein gesellschaftlich wichtiges Signal. Für die SPD sagte Karl-Heinz Becker, er hätte sich gewünscht, das Parlament wäre „selbst

drauf gekommen“. Der Gesetzentwurf sei ein richtiger Schritt, dürfe aber „nicht allein bleiben“. Am Ende des Weges werde die Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaften stehen.

Zurückhaltender äußerte sich Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). Von der Möglichkeit der Volladoption habe man „bewusst abgesehen“. Für die Entwicklung von Kindern sei es am allerbesten, wenn sie mit Vater und Mutter aufwachsen: „Ein zweiter Mann ersetzt nicht die Mutter, eine zweite Frau nicht den Vater.“

Kritik kam aus den Reihen der Opposition. Die Koalition hätte „mehr Mut“ aufbringen müssen, sagte für Die Linke Harald Petzold. Die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hätte auch die gesellschaftliche Adoption durch eingetragene Lebenspartner zugelassen. Die wollen auch die Grünen. Für sie kritisierte Volker Beck, man mute Adoptivkindern zu, in einem Sukzessivadoptionsverfahren lange auf eine tatsächliche Familie mit zwei sorgeberechtigten und unterhaltspflichtigen Eltern warten zu müssen. Dies sei eine „sozial- und familienrechtliche instabile Situation“ und „zum Schaden des Kindes“.

Neben dem Gesetzentwurf wurden auch zwei Entwürfe der Grünen (18/577, 18/842) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Darin will die Fraktion alle Vorschriften, die Ehepaare betreffen, auf Lebenspartnerschaften übertragen und das Europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern umsetzen. **suk** ||



Zwei Väter, ein Kind – auch eine Familie





Sie dürften vom Mindestlohn profitieren: Im Jahr 2012 lag der Stundenlohn von fünf Millionen Beschäftigten in Deutschland unter 8,50 Euro. Frauen sind besonders davon betroffen.

Ein Job ohne Begründung

BEFRISTUNG Auch künftig ist es Arbeitgebern möglich, Beschäftigte ohne Begründung befristet einzustellen. Die Fraktion Die Linke konnte sich mit ihrem Gesetzentwurf (18/7) zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung nicht durchsetzen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales lehnte die Vorlage mit den Stimmen von Union und SPD ab. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich. Die Linke begründete ihren Vorstoß damit, dass 2012 bereits 44 Prozent aller Neueinstellungen befristet erfolgten. Solche Arbeitsverhältnisse machten den Betroffenen jedoch eine Zukunftsplanung unmöglich; sie hebelten außerdem den Kündigungsschutz aus, schrieb die Fraktion. „Es kann nicht sein, dass Personalchefs in sechs Monaten nicht in der Lage sind, Mitarbeiter zu beurteilen und die sachgrundlose Befristung als verlängerte Probezeit brauchen“, verteidigte Die Linke ihre Position. Die Grünen begründeten ihre Enthaltung damit, dass sie bei Firmengründungen die sachgrundlose Befristung erhalten wollen. Die SPD-Fraktion betonte, vor allem aus Gründen der Koalitionsräson gegen den Entwurf zu stimmen. Die CDU/CSU hob die Notwendigkeit eines „möglichst flexiblen Arbeitsmarktes“ hervor. Außerdem dürfe man nicht vergessen, dass sachgrundlose Befristungen grundsätzlich nur zwei Jahre möglich sind. Ihre Abschaffung würde vor allem kleine Betriebe treffen. *che*

Streit über Hartz IV

PETITIONEN Ein kompletter Verzicht auf Sanktionen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) wird von der Bundesregierung abgelehnt. Es gäbe dann keine Möglichkeit mehr, darauf hinzuwirken, dass diejenigen, die die Leistungen in Anspruch nehmen wollten, „auch zur Mitwirkung verpflichtet sind“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller (SPD), in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses. „Unser Sozialgesetzbuch erwartet eigene Anstrengungen“, betonte sie. In der während der Sitzung diskutierten Petition wird hingegen die Abschaffung von Sanktionen und Leistungseinschränkungen beim ALG II gefordert. Nach Aussage der Petentin Inge Hannemann werden Menschen durch Leistungskürzungen in existenzielle Not – „bis hin zur Obdachlosigkeit“ – getrieben. Zudem hätten Sanktionen auch keinen positiven Effekt, so Hannemann, die selbst Mitarbeiterin in einem Jobcenter ist. Es sei ein Skandal, dass Jobcenter in die Rolle von Erziehungsberechtigten für Volljährige gedrängt würden. Außerdem verstoße die Sanktionierung gegen die durch das Grundgesetz gewährte Sicherung des gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenzminimums, befand die Petentin und verwies auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts, in denen festgelegt worden sei, dass das Existenzminimum „zu jeder Zeit und in jedem Fall sichergestellt werden muss“. Aus Sicht der Bundesregierung verstoßen die Sanktionsregelungen jedoch weder gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums noch gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Das habe das Bundesverfassungsgericht bestätigt, sagte Lösekrug-Möller. „Unser Recht ist hier ganz seriös ausgefüllt.“ *hau*

Die Lücken des Systems

MINDESTLOHN Zehn Euro hält Die Linke für nötig – und bleibt damit im Bundestag weiter isoliert

Seter Tropfen höhlt den Stein – dieses Motto scheint sich die Fraktion Die Linke auf ihre Fahnen geschrieben zu haben, wenn es darum geht, einen bundesweit geltenden Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde zu fordern. Nicht zum ersten Mal debattierte der Bundestag deshalb am vergangenen Freitag über einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke. Aber dabei blieb es nicht: Zwei Tage, nachdem bekannt wurde, welche Ausnahmeregelungen die Bundesregierung für den ab 2015 bundesweit geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro vorsieht, war es nicht verwunderlich, dass die Oppositionsfraktionen auch diese Pläne thematisierten.

leicht besser bezahlter Aushilfsjob. „Es fehlt nicht am Ausbildungswillen, sondern an Ausbildungsplätzen“, sagte sie.

Ausbildung statt 8,50-Euro-Job Grund für diese Kritik waren die Pläne von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), bestimmte, wenn auch enge Ausnahmen vom ansonsten flächendeckenden Mindestlohn zuzulassen. Der vergangene Woche in die regierungsinterne Abstimmung weitergereichte Gesetzentwurf aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sieht folgende Ausnahmen vor: Langzeitarbeitslose, die mit einem Lohnkostenzuschuss der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen neuen Job finden, sollen in den ersten sechs Monaten ihrer Anstellung vom Mindestlohn ausgenommen werden. Unter 18-Jährige ohne Ausbildung sollen ebenfalls keinen Anspruch auf den Mindestlohn von 8,50 Euro haben. Damit soll verhindert werden, dass Jugendliche zugunsten eines 8,50-Euro-Jobs auf eine Ausbildung verzichten, heißt es zur Begründung. Wer im Rahmen von Studium oder Berufsausbildung zu einem Praktikum verpflichtet ist, soll ebenfalls keinen Mindestlohn erhalten müssen.



»Die Ausnahme für Langzeitarbeitslose ist an Absurdität nicht zu überbieten.«
Brigitte Pothmer (Grüne)

Auch Ehrenamtliche und Lehrlinge bleiben außen vor. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, wies die Kritik an der Regelung für Jugendliche zurück: „Was ist daran unanständig, wenn ein 14-Jähriger sich etwas zum Ferienlager dazuverdient und weniger als 8,50 Euro dafür bekommt?“

Kerstin Griese (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, verteidigte die geplanten Ausnahmen ebenfalls. Zentral sei doch, dass keine einzige Branche vom Mindestlohn ausgenommen werde, wie dies Wirtschaftsvertreter nach wie vor verlangen. Zu der Forderung der Linksfraktion nach einem Mindestlohn in Höhe von zehn Euro sagte sie, Deutschland liege mit 8,50 Euro im europäischen Vergleich „recht gut. Ein Überbietungswettbewerb hilft niemandem“, so Griese.

Nicht arm in die Rente „Aus rentenpolitischer Perspektive muss ein Mindestlohn bei mehr als zehn Euro brutto pro Stunde liegen, wenn er eine armutsfeste Rente ermöglichen soll. 8,50 Euro reichen nicht aus, um nach 45 Beitragsjahren eine Altersrente oberhalb des Existenzminimums zu bekommen“, stellt dagegen Die Linke in ihrem aktuellen Antrag (18/590) fest. Völlig inakzeptabel sei zudem, den Mindestlohn keinem Inflationsausgleich zu unterziehen. Denn ein Lohn, der im Januar 2015 bei 8,50 Euro liege, habe im Januar 2018 nur noch eine Kaufkraft von 8 Euro, heißt es in dem

Antrag weiter. Er wurde im Anschluss an die Debatte zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Klaus Ernst (Die Linke) verwies in der Debatte auf die niedrige Lohnschwelle derzeit bei 9,30 Euro liege. „Da kommt man dann doch mit 8,50 Euro nicht raus“, empfahl Ernst. Überzeugen konnte er die anderen Fraktionen dennoch nicht. So hob Karl Schiewerling in diesem Zusammenhang die geplante Kommission aus Arbeitgeber und Gewerkschaften hervor, die ab 2017 über die Höhe des Mindestlohns

entscheiden soll. Man dürfe deshalb nicht so tun, als seien die 8,50 Euro für immer zementiert. Brigitte Pothmer warf dem Linken-Antrag vor, er suggeriere, eine sofortige Einführung eines Mindestlohns von zehn Euro würde alle Probleme lösen. „So einfach ist das alles nicht“, sagte sie. Dennoch bezeichnete sie es als großen Fehler, den Mindestlohn bis 2018 einzufrieren. „Wozu brauchen Sie eine Kommission, wenn Sie diese erst mal drei Jahre in den Tiefschlaf versetzen?“, fragte Pothmer. *Claudia Heine*

STICHWORT

MINDESTLOHN – Wieviel und für wen?

> Höhe Ab 2015 soll bundesweit ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Stunde gelten. Tarifverträge mit einem geringeren Stundenlohn müssen aber erst 2017 umgestellt werden. Die Linke fordert schon seit Jahren einen Mindestlohn von zehn Euro. Hauptargument: Anders lasse sich eine armutsfeste Rente nicht erreichen.

> Ausnahmen Nach bisherigen Plänen soll der Mindestlohn nicht für unter 18-Jährige, Lehrlinge, Ehrenamtliche und Praktika im Rahmen von Schule, Ausbildung oder Studium und Berufsorientierung gelten. Auch für geförderte Jobs für Langzeitarbeitslose sollen Ausnahmen gelten.

> Europa 21 EU-Staaten haben gesetzliche Mindestlöhne, von 1,04 Euro (Bulgarien) bis 11,10 Euro (Luxemburg).



80 Tage umsonst gearbeitet

GLEICHE LÖHNE Auch im Jahr 2014 klafft eine Lücke zwischen Männern und Frauen. Nun sollen gesetzliche Regelungen her

Mit dem Equal Pay Day hat der Protest gegen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland einen Namen bekommen. 80 Tage – nämlich vom 1. Januar bis zum 21. März, dem Equal Pay Day, – arbeiten Frauen im Grunde umsonst. Oder anders ausgedrückt: Durchschnittlich 22 Prozent beträgt die Lohnlücke. Nichts da mit gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit. Ein Skandal, so sind sich sämtliche Fraktionen des Deutschen Bundestages einig. Und streiten gleichzeitig darüber, was dagegen getan werden kann.

deutlich. Ebenfalls nicht ausreichend seien die Appelle der Bundesregierung an die Unternehmen zu mehr Transparenz. Es sei unfassbar, dass es auch im Jahr 2014 einen Lohnlücke von 22 Prozent gebe, sagte Sabine Weiss (CDU). Da dies auch zu gravierenden Folgen für die Rente führe, habe man der Lohnlücke den Kampf angesagt, so Weiss. Statt mit blumigen Ankündi-

gungen, wie von den Grünen kritisiert, tue man dies mit einem Maßnahmenbündel. Dazu zählten unter anderem der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten und die Aufwertung sozialer Berufe. Die Unionsabgeordnete machte zugleich deutlich, dass ihre Fraktion einem Verbandsklagerecht ebenso wie der Abschaffung der Befristungen nicht zustimmen werde.

„Ein Verbandsklagerecht wäre hilfreich“, befand hingegen Cornelia Möhring (Die Linke). Individuell gegen Diskriminierung zu klagen sei ein Hindernislauf. „Es ist aufwendig, es ist langwierig, es ist teuer und mühsam.“ Anders wäre es, wenn etwa die Antidiskriminierungsstelle Klagen führen könnte. Auch die im Antrag der Grünen aufgeführten Systeme, mit denen eine Gleichbewertung der Arbeit gelingen soll, nannte sie „sehr sinnvoll“ und erinnerte daran, „dass die SPD hier mal weiter war“. Die SPD habe ein Entgeltgleichheitsgesetz im Koalitionsvertrag festgeschrieben, sagte Gabriele Hiller-Ohm (SPD). „Wir haben lange auf Freiwilligkeit gesetzt, doch die Unternehmen haben uns den Finger gezeigt“, so Hiller-Ohm. Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) werde nun in Kürze Eckpunkte für ein solches Gesetz vorlegen, kündigte sie an. Zudem werde Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit festschreiben. *Götz Hausding*



22 Prozent verdienen Frauen im Durchschnitt weniger – für gleichwertige Arbeit.

Anzeige

Deutschlands Mittelmeerpolitik



Deutschlands Mittelmeerpolitik
Selektive Europäisierung von der Mittelmeerunion bis zum Arabischen Frühling
Von Edmund Ratka
2014, 355 S., brosch., 64,- €
ISBN 978-3-8487-1064-5
(Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Bd. 25)



Kostenlose Leseprobe

Seit der deutsch-französischen Auseinandersetzung um die Mittelmeerunion und vor allem seit dem „Arabischen Frühling“ versteht sich Deutschland zunehmend als eigenständiger Akteur im südlichen Mittelmeerraum. Die Studie untersucht die deutsche Außenpolitik in dieser Region und arbeitet deren Selbstverständnis, Interessen und Strategien heraus. Es zeigt sich eine selektive Europäisierung, bei der die EU zuvorderst als Projektionsfläche dient.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/22031



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Mystic« im Ausschuss

NSA An den neu eingesetzten Untersuchungsausschuss zum Spähskandal werden hohe Erwartungen gestellt. Lädt er auch Snowden als Zeugen nach Berlin?



Selbst das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war von der NSA ausspioniert worden.

So viel Eintracht herrscht im Bundestag selten. Bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, der den Spähskandal um den US-Geheimdienst NSA durchleuchten soll, überboten sich vergangene Woche die Redner fast mit drastischer Kritik. SPD-Fraktionsvize Eva Högl attackierte eine „überbordende Massenüberwachung“ von Bürgern, Wirtschaft und Regierungsstellen. Eine solch „totale Kontrolle gefährdet die Demokratie“, warnte Martina Renner (Linke). Als „nicht hinnehmbar“ wertete der CDU-Abgeordnete Patrick Sensburg die massenhafte Erfassung und Speicherung von Daten ohne Vorliegen eines Verdachts. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz wettete gegen den „größten Überwachungs- und Geheimdienstskandal aller Zeiten“ und ortete eine „Kernschmelze der Rechtsstaatlichkeit“. Sein Parteifreund Hans-Christian Ströbele empörte sich, dass trotz der Aufdeckung der Affäre „die Überwachung nahtlos weitergeht“.

Bittere Erkenntnis Für Aufregung hatten zuletzt Meldungen gesorgt, dass die NSA nicht nur die Verbindungsdaten bei Telefonaten, E-Mails und Internetaktivitäten registriert, sondern auch in der Lage ist, in einem Staat die Inhalte aller Telefonate zu speichern und auszuwerten – ein gespenstisches Abhörprogramm mit dem bezeichnenden Namen „Mystic“. „Die Ereignisse überschlagen sich“, konstatierte Christian Flisek (SPD), „es werden immer neue Dimensionen der Überwachung bekannt“.

Diese bittere Erkenntnis veranlasste die Fraktionen, nicht nur den Untersuchungsausschuss (18/843) einstimmig zu verabschie-

den, sondern auch den Willen zur gemeinsamen Aufarbeitung der gigantischen Spionage selbst gegen befreundete Staaten zu beschwören. Sensburg mahnte, sich nicht im „Kleinklein“ zu verlieren. Mit dem Ausschuss demonstrierte der Bundestag, dass er sich als „gemeinsame Kontrollinstanz“ verstehe, sagte Högl. Aus Sicht Renners bietet das Gremium eine „einmalige Chance“ zur Aufklärung des Spähskandals. Es gehe nicht darum, assistierte Notz, „am Stuhlbein von Ministern zu sägen, sondern Grundrechte zu sichern“.

Das Gremium könnte zum Test dafür werden, ob die Große Koalition Linken und Grünen in der Praxis die Möglichkeit bietet, sich als Opposition voll entfalten zu können. Zwar haben sich Union und SPD zu einem personellen Zuschnitt bereit erklärt, der bei acht Mitgliedern Linken und Grünen mit jeweils einem Vertreter zusammen 25 Prozent der Sitze und damit die nötigen Minderheitenrechte einräumt.

Doch das heißt nicht, dass etwa die Benennung von Zeugen reibungslos funktioniert. Streit ist programmiert über die Frage, ob und in welcher Form Edward Snowden vernommen wird, der mit seinen Enthüllungen den NSA-Skandal ins Rollen gebracht hat. Besonders bei der Union steht man der von Linken und Grünen geforderten Anhörung Snowdens sehr reserviert gegenüber. Man zweifelt am inhaltlichen Ertrag einer Befragung des ehemaligen NSA-Bediensteten. Vor allem aber wäre ein Erscheinen der Ikone der Bürgerrechtsbewegung nur denkbar, wenn über die Gewährung von Asyl oder mit Hilfe anderer rechtlicher Maßnahmen garantiert würde, dass Snowden nicht

an die USA überstellt wird. Und das würde Zoff mit Washington provozieren.

Flisek sah in Snowden zwar ein „taugliches Beweismittel“, doch müssten die Modalitäten einer Vernehmung noch besprochen werden. Der Ausschuss diene der „Aufklärung in der Sache und nicht der medialen Inszenierung“, betonte der SPD-Abgeordnete Renner und Ströbele insistierten indes auf einer Anhörung Snowdens. Der könnte im Übrigen auch in Moskau, per Videokonferenz oder auf schriftlichem Weg befragt werden – aber das ist natürlich etwas anderes als ein spektakulärer Auftritt im Bundestag. Ströbele verlangte zudem, Angela Merkel als Zeugin zu laden: Die Kanzlerin, deren Handy ebenfalls belauscht wurde, sei

KOMPAKT

> Vorsitz: Clemens Binninger (CDU) soll die Leitung des NSA-Untersuchungsausschusses übernehmen, Stellvertreter wird der SPD-Abgeordnete Hans-Ulrich Krüger.

> Mitglieder: Dem achtköpfigen Ausschuss gehören neben Binninger und Krüger von der Union Patrick Sensburg (CDU, Obmann der Fraktion), Andrea Lindholz (CSU) und Tankred Schipanski (CDU) an. Obmann der SPD ist Christian Flisek. Die Linken entsenden Martina Renner, Konstantin von Notz vertritt die Grünen.

> Start: Der NSA-Untersuchungsausschuss will in der ersten April-Woche zu seiner Konstituierung zusammenkommen.

schließlich das „wichtigste Opfer“ der Affäre.

Inhaltlich zeichnen sich ebenfalls Konfliktlinien ab. Zum Untersuchungsausschuss gehört es, auch die Rolle der deutschen Regierung wie der hiesigen Geheimdienste zu durchleuchten und deren Wissen über die Spionageaktivitäten der NSA wie der Nachrichtendienste Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands als den „Five Eyes“ zu erkunden. Auf diesem Weg erhofft man sich sozusagen indirekt auch Erkenntnisse über die Spähmethoden der ausländischen Schlapphüte hierzulande – schließlich wird kein Zeuge aus Washington anreisen, keine Akte wird über den großen Teich nach Berlin geschickt werden.

Im Blick auf die deutschen Geheimdienste kündigte Clemens Binninger (CDU) an: „Wir schonen niemanden.“ Aber der designierte Ausschussvorsitzende betonte auch: „Wir führen niemanden vor.“ Die Opposition sieht jedoch offenbar gerade bei diesem Thema Chancen zum Angriff. Es müsse geprüft werden, forderte Renner, ob es einen „Ringtausch“ zwischen „großem Bruder und kleinem Bruder“ gab – ob also etwa hiesige Nachrichtendienste von der NSA profitierten, indem sie Daten erhielten, die sie hierzulande nicht sammeln durften. Was wird letztlich der konkrete Nutzen des Ausschusses sein? Högl und Sensburg formulierten es so: Man müsse nach Möglichkeiten suchen, wie die vertrauliche Kommunikation und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewährleistet werden können. Gelingt es nicht, solche Konsequenzen zu ziehen, warnte der CDU-Politiker, werde sich das Gremium als „zahnloser Tiger“ erweisen. *Karl-Otto Sattler*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Hecken lobt Arzneimittelreform

GESUNDHEIT I Das Anfang 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) hat sich aus Expertensicht bewährt. Der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Josef Hecken, zog vergangene Woche im Gesundheitsausschuss ein positives Fazit. Alle Befürchtungen, das Gesetz könnte die Versorgung mit innovativen Arzneimitteln beeinträchtigen, hätten sich nicht alle neuen Medikamente wiesen einen zusätzlichen Nutzen auf. Mit dem AMNOG sollten die stetig steigenden Arzneimittelpreise eingedämmt werden. Neu war, dass der Zusatznutzen eines Medikaments für die Patienten den Abgabepreis bestimmte. Bis dahin verlangten Hersteller für neue Präparate hohe Preise, auch dann, wenn ein Zusatznutzen gar nicht belegt war. Wie Hecken sagte, hat die Novelle entscheidend dazu beigetragen, „die Spreu vom Weizen zu trennen“, denn nicht alle neuen Medikamente wiesen einen zusätzlichen Nutzen auf. Der G-BA legt den Leistungskatalog für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) fest und bestimmt somit, welche Leistungen in der medizinischen Versorgung von den Kassen erstattet werden. Hecken sagte, es seien 66 neue Wirkstoffe bewertet worden. In 13 Fällen habe

sich ein „beträchtlicher Zusatznutzen“ herausgestellt, in sechs Fällen ein nicht quantifizierbarer Zusatznutzen und knapp 20 Mal ein geringer Zusatznutzen. Die anderen Mittel seien ohne zusätzlichen Nutzen. Dies zeige, dass das AMNOG seine Aufgabe, echte Innovationen und Scheininnovationen zu trennen, „in vortrefflicher Weise“ erfülle.

Hecken plädierte gleichwohl für einige Nachbesserungen. So seien unter den geprüften Präparaten mit beträchtlichem Zusatznutzen viele aus dem Bereich der Onkologie (Krebsmedizin). Der Zusatznutzen beziehe sich jedoch ausschließlich auf die Verlängerung der Lebenserwartung, ohne dass die Lebensqualität berücksichtigt werde. Perspektivisch werde der G-BA auch Daten über die Lebensqualität und Nebenwirkungen einfordern. Ein anderes Problem betreffe Wirkstoffe, die nicht mehr patentgeschützt seien und von den Herstellerfirmen mit neuem Handelsnamen, neuem Anwendungsgebiet und neuem Patentschutz auf den Markt gebracht werden. Auf diese Weise versuchten Pharmafirmen, ihren Produkten „einen zweiten rentierlichen Lebenszyklus zu verschaffen“, wobei mögliche Nebenwirkungen im neuen Einsatzgebiet nicht untersucht würden. Hier müsse eine Neubewertung zulässig sein. *pk*

»Pille danach« wirkt unterschiedlich

GESUNDHEIT II Die beiden gängigen und verschreibungspflichtigen Wirkstoffe zur Notfallverhütung sind nach Angaben des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hinsichtlich der möglichen Risiken völlig unterschiedlich zu bewerten. So sei der Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) schon seit vielen Jahren gut erforscht und habe überhaupt nur in zwei dokumentierten Fällen zu einem Verdacht unerwünschter Nebenwirkungen geführt, sagte Behördenpräsident Walter Schwerdtfeger vergangene Woche im Gesundheitsausschuss. Beim Wirkstoff Ulipristalacetat hingegen sei die Datenbasis weniger gut. Zudem gebe es hier starke Hinweise auf unerwünschte Wirkungen. Das BfArM befürworte – anders als das Bundesgesundheitsministerium – die Entlassung des Wirkstoffes LNG aus der Rezeptpflicht, um insbesondere jungen Frauen die Chance zu geben, schnell an das Notfallpräparat zu kommen. Beide hormonhaltigen Arzneimittel können noch Tage nach dem Geschlechtsverkehr eine Schwangerschaft verhindern.

Schwerdtfeger sagte, es handle sich gleichwohl um zwei unterschiedliche Präparate. Während bei LNG der Wirkmechanismus klar auf eine Empfängnisabwehr gerichtet sei, deuteten

die vorliegenden Daten im Fall Ulipristalacetat darauf hin, dass dieses Mittel auch wie eine Abtreibungspille wirken könne. Eine Freigabe von Ulipristalacetat befürworte die Behörde derzeit nicht.

Der Sachverständigenausschuss für Verschreibungspflicht beim BfArM hatte sich laut Schwerdtfeger schon 2003 mit LNG befasst. Damals habe die Behörde eine Freigabe aber nicht befürwortet, weil zu wenige Daten vorgelegen hätten. Inzwischen könne im Fall LNG festgestellt werden, dass es „ein minimales Risiko unerwünschter Wirkungen“ gebe. Wie die Tests weiter zeigen, vermindert sich die Wirksamkeit der Notfallverhütung bei einem Körpergewicht von 75 bis 80 Kilo. Je eher die Pille nach dem Sex genommen werden, um wirksamer sie ist.

Auch auf EU-Ebene wird über die Rezeptpflicht für die Notfallverhütung debattiert. Laut Schwerdtfeger steht im Mai eine neue Befassung an. Die Notfallverhütung mit dem Wirkstoff LNG ist in vielen europäischen Ländern rezeptfrei. Das BfArM werde sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass Ulipristalacetat rezeptpflichtig bleibe, sagte der Behördenchef. *pk*

Kein Rückgang bei Missbrauchsfällen

FAMILIE In Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahren kein Rückgang beim sexuellen Missbrauch von Kindern zu beobachten. Dieses negative Fazit zog der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, in der vergangenen Woche vor dem Familienausschuss. Es bestehe zwar eine erhöhte Sensibilität in der Gesellschaft gegenüber dem Thema, doch leider habe sich dies noch nicht in einem erhöhten Schutz der Kinder niedergeschlagen. Viele der Handlungsempfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Missbrauch“ aus dem Jahr 2011 für bessere Schutzmechanismen in Schulen, Vereinen und anderen Institutionen seien bislang noch nicht umgesetzt worden. Rörig informierte den Ausschuss über seine Arbeit als Unabhängiger Beauftragter in den vergangenen zwei Jahren. Er forderte Regierung und Parlament zugleich auf, bestehende Gesetzeslücken zu schließen. So sei eine Reform des Opferentschädigungsgesetzes überfällig. Kritik übte Rörig an den Bundesländern und den Kommunen. Die Fachberatungsstellen vor Ort seien personell und finanziell weiterhin unzureichend ausgestattet. Die Empfehlungen des Runden Tisches zur Aufwertung der Beratungsstellen seien nach seinem

Eindruck „in Ländern und Kommunen überhaupt nicht angekommen“.

Deutliche Worte fand der Beauftragte für den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy. Die sogenannten Posing-Bilder von Minderjährigen, die Edathy über ein Internetportal bezogen hatte, hätten „nichts mit Kunst“ oder antiken Statuen nackter junger Männer zu tun. Die bislang nicht strafbewährten Bilder seien in vielen Fällen „ein Einstieg“ in den Konsum auch harter kinderpornographischer Darstellungen. Rörig sprach sich dezidiert für eine Gesetzesverschärfung für die Verbreitung und den Konsum solcher Bilder aus.

Bei allen Fraktionen stießen die Forderungen nach schärferen Gesetzen auf Unterstützung. Allerdings, so warnten die Berichterstatter von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, dürfe man sich nicht zu „Schnellschüssen“ verleiten lassen. Die Grauzone, in denen Posing-Bilder angesiedelt seien, müsse genau definiert werden. Auf ungeteilte Zustimmung liese es, dass das zunächst auf die vergangene Legislaturperiode beschränkte Amt des Unabhängigen Beauftragten weitergeführt wird. Darauf hatten sich die Unionsparteien und die SPD im Koalitionsvertrag geeinigt. *aw*

Immer dem Verdacht der Befangenheit ausgesetzt

PARTEIENGESETZ Lammert hält manche Aufgaben und Befugnisse des Bundestagspräsidenten und -präsidiums für problematisch. Viele Kleinparteien ohne Rechenschaftsberichte

Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) dem Parlament seinen „Bericht über die Rechenschaftsberichte 2010 und 2011 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteifinanz“ als Unterrichtung (18/100) vorgelegt, in der er auch eine Reihe von Anregungen und Prüfbitten an den Gesetzgeber formuliert hatte. In der vergangenen Woche nun erörterte der Parlamentspräsident einige dieser Aspekte mit dem Innenausschuss. So verwies der Parlamentspräsident im Ausschuss darauf, dass die Mehrheit der Partei-

en nicht ihrer Pflicht zur Vorlage eines Rechenschaftsberichts nachgekommen ist. Von 113 Parteien, die der Bundeswahlleiter für das Jahr 2010 aufgelistet habe, hatten Lammert zufolge lediglich 44 Rechenschaftsberichte eingereicht. 2011 waren 111 Parteien aufgelistet, 45 reichten Rechenschaftsberichte ein. Dabei bleibt es für Parteien, die keine Ansprüche auf staatliche Teilfinanzierung geltend machen können, folgenlos, keinen Rechenschaftsbericht vorzulegen, wie der Präsident ausführt. Er warf die Frage auf, ob es nicht Konsequenzen haben müsse, wenn eine Partei dieser Pflicht nicht nachkomme. Man könne etwa darüber nachdenken, ab wann eine Partei in solchen Fällen ihr Spendenprivileg verlieren könnte. Dem Bericht zufolge sind die betreffenden Parteien teilweise sehr klein. Der Präsident thematisierte im Ausschuss zudem, dass die Anzeigepflicht für einzelne

Parteienspenden in einer Höhe über 50.000 Euro durch eine Stückelung der Summe in mehrere Spenden unterhalb dieser Größenordnung unterlaufen werden könne. Ferner plädierte er dafür, in den Rechenschaftsberichten der Parteien als besondere Kategorie Einnahmen aus Sponsoringverträgen aufzuführen.

Entscheidung ohne Kontrolle Zugleich sprach Lammert die Problematik an, dass der Bundestagspräsident mögliche Verstöße von Parteien gegen Transparenz- und Spendenvorschriften zu überprüfen und gegebenenfalls zu ahnden hat. Ein Bundestagspräsident sei in diesem Falle immer dem Verdacht der Befangenheit ausgesetzt, da er selbst einer Partei angehöre. Auch plädierte Lammert dafür, dass nicht mehr wie bisher das Bundestagspräsidium über die Weitergabe von Sanktionszahlungen etwa an reli-

giöse oder wissenschaftliche Einrichtungen entscheiden solle. Diese Entscheidungen unterliegen keiner politischen oder rechtlichen Kontrolle, argumentierte Lammert. Naheliegender sei, diese Mittel stattdessen in den Bundeshaushalt zu geben.

Die CDU/CSU-Fraktion wandte sich dagegen, eine Partei, die keine Rechenschaftsberichte einreicht, von Wahlen auszuschließen. Man solle aber ernsthaft Sanktionen gegen eine solche Partei erwägen. Gleiches gelte für die Überlegung, die Mittel aus Sanktionszahlungen in den Bundeshaushalt fließen zu lassen.

Die SPD-Fraktion zeigte sich bereit, die angesprochenen Regelungen im Parteiengesetz in den Blick zu nehmen. Am schwie-

rigsten scheine die Frage nach Konsequenzen für eine Partei, die keinen Rechenschaftsbericht vorlegt. Die Fraktion verwies zugleich auf eine frühere Initiative, die Schwelle für die Anzeigepflicht von Einzelspenden auf 25.000 Euro zu senken. Die Linke machte deutlich, eine Senkung der 50.000-Euro-Schwelle anzustreben. Auch sie sprach sich dagegen aus, Parteien, die keine Rechenschaftsberichte vorlegen, von Wahlen auszuschließen. Die Grünen-Fraktion regte an, sich vor der Sommerpause über mögliche Änderungen des Parteiengesetzes auszutauschen. Sie griff zugleich den Aspekt auf, dass der Bundestagspräsident etwaige Verstöße von Parteien gegen Transparenz- und Spendenvorschriften zu überprüfen habe. Dabei gebe es keinen Überprüfungsmechanismus bei Entscheidungen zugunsten einer Partei, was zu Misstrauen führen könne. *sto*



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU)





Der besondere Moment: Geburtshelferinnen tragen eine enorme Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit der entbindenden Frauen und deren Babys. Viele Hebammen können sich den Beruf wegen hoher Kosten und geringer Löhne nicht mehr leisten.



© picture-alliance.com

Im Würgegriff der Prämien

HEBAMMEN Viele Helferinnen engagieren sich aus Begeisterung. Wirtschaftlich ist das wegen der hohen Assekuranzabgaben meist nicht

Nichts würde Susanna Rinne-Wolf lieber tun, als wieder Babys auf die Welt zu holen. „Eine Geburt ist einfach ein ganz besonderer Moment“, sagt die 37-Jährige, „zu erleben, wie Frauen über sich hinauswachsen und eine Stärke entwickeln, von der sie gar nicht wussten, dass sie sie hatten, das ist unglaublich. Und dabei sein zu dürfen, wie ein kleiner Mensch in seiner Familie ankommt, ist ein Privileg.“ Ein Privileg, auf das Rinne-Wolf seit gut drei Jahren verzichtet. Gezwungenermaßen. „Ich konnte mir schlicht und einfach die Haftpflichtprämie für meinen Beruf nicht mehr leisten

und engagiert sich als Vorsitzende des Berliner Hebammenverbandes. Ihre Haftpflichtprämie hat sich damit drastisch verringert; auf 362,95 Euro. Auch wenn ihr das, was sie tut, Freude macht: „Ich vermisse die Geburtshilfe unglaublich und hoffe, dass die Zeit kommt, in der ich dahin zurückkehren kann. Momentan passiert ja ganz viel, man hat endlich verstanden, dass sich die Situation der Hebammen verändern muss.“ Tatsächlich wurde in Deutschland niemals zuvor so intensiv über die Geburtshilfe gesprochen wie gerade jetzt. Seit Jahren beklagen die Hebammen ihre schlechte Vergütung und steigende Haftpflichtprämien. Etwa 21.000 Hebammen gibt es in

sagt Klenk, sei man nach zähen Verhandlungen „um jeden einzelnen Cent“ zwischen Hebammenverbänden und GKV-Spitzenverband „in der Schiedsstelle gelandet“. Für ein solches Geplänkel sei nun keine Zeit mehr, es müsse eine schnelle Lösung her. Das weiß auch Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der nicht nur Druck von den Hebammen bekommt, sondern auch von mehr als 370.000 Unterstützern einer Online-Petition zugunsten der Arbeit der Geburtshelferinnen.

Eltern in Sorge Viele Eltern machen sich Sorgen, dass es mit dem Recht auf freie Wahl des Geburtsorts bald vorbei sein könnte, wenn immer mehr freiberufliche Geburtshelferinnen aufgeben. Wenn das passiert, sind nicht nur die Geburten außerhalb der Klinik gefährdet. Zwar kommen nur zwei Prozent aller Kinder zu Hause oder in einem Geburtshaus zur Welt, trotzdem wird jede fünfte Geburt von einer freien Hebamme betreut. Viele von ihnen kümmern sich in Kliniken um Frauen, deren Vor- und Nachsorge sie auch übernehmen. Andere sind in das Schichtsystem der Krankenhäuser eingebunden. Für die Einrichtungen ist diese Umstellung auf das Belegsystem in Zeiten leerer Kassen eine verlockende Möglichkeit, Geld zu sparen, denn auch sie leiden unter den horrenden Versicherungsbeiträgen. Da sich mit normalen, komplikationslosen Geburten kaum Geld verdienen lässt, sind die Klinikverwaltungen froh, wenn Freiberufler ihre Prämien und Sozialversicherungsbeiträge selbst zahlen. In Bay-

ern etwa gibt es nach Angaben des Hebammenverbandes 113 Krankenhäuser, von denen 89 ihre geburtshilflichen Abteilungen im Belegsystem organisiert haben.

Schadenfälle konstant Dass die Prämien in den vergangenen Jahren so explodiert sind, liegt nicht etwa daran, dass die Schadenfälle in der Geburtshilfe zugenommen haben. Wie viele es sind, darüber will der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) nicht reden. Genaue Zahlen könnten nicht herausgegeben werden, lässt eine Sprecherin wissen. Nur so viel: Die Anzahl der Schadenfälle sei über die Jahre konstant geblieben, die gezahlten Summen seien indes immens gestiegen. Unterlaufe bei einer Geburt ein Fehler und das Kind sei schwer geschädigt, „leistet der Versicherer im Durchschnitt heute 2,6 Millionen Euro“, heißt es in einer GDV-Mitteilung. Weil dank des medizinischen Fortschritts die Lebenserwartung auch Schweregeschädigter wachse, fielen

»Ich konnte mir die Haftpflicht nicht mehr leisten.«
Hebamme Rinne-Wolf

Pflege- und Therapiekosten für einen deutlich längeren Zeitraum an. Zudem werde auch Einkommen, das ein geschädigtes Kind nicht erzielen könne, ausgeglichen: „Betrugen die Leistungen für den Erwerbsausfall bei schweren Geburtsschäden im Jahr 2003 nur rund 100.000 Euro, so sind diese bis 2012 auf über 400.000 Euro angewachsen“, teilt der Versicherungsverband mit.

Klenk nennt einen weiteren Grund für die Misere. So seien die Sozialversicherungsträger dazu aufgerufen, nach Schuldigen für

Schadenfälle zu suchen und sich von ihnen das Geld zurückzuholen. Bei der Bezifferung des Schadens würden dann auch fiktive Zahlen wie entgangene Sozialversicherungsbeiträge zugrunde gelegt. Zudem müssten Geburtshelferinnen im Schadenfall beweisen, dass sie korrekt gearbeitet hätten. „Man muss ihnen gar keine Fehler beweisen; sie müssen anhand ihrer Dokumentationen belegen, dass sie sich nichts zuschulden kommen lassen haben. Das ist quasi eine Beweislastumkehr.“ Auch Hebamme Rinne-Wolf findet es ungerecht, „dass die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für jede Geburt auf die Schultern einer so kleinen Berufsgruppe geladen wird“.

Gynäkologen betroffen Von der Problematik sind noch andere Berufsgruppen betroffen. Axel Valet ist Gynäkologe und betreut als Belegarzt im hessischen Dillenburg rund 150 Geburten pro Jahr. Weil das Krankenhaus in der Nachbarregion gerade erst seine Geburtshilfe geschlossen hat, wird er in diesem Jahr wohl gemeinsam mit seiner Kollegin auf rund 400 Entbindungen kommen. An zwei Tagen ist Valet in der Klinik, in der anderen Zeit teilt er sich mit ihr die Rufbereitschaft für alle Geburten und gynäkologischen Notfälle des Krankenhauses. Seine Vergütung für eine Geburt sei etwa die gleiche wie die einer freien Hebamme, sagt der 55-jährige Arzt. „Aber ich zahle dafür in diesem Jahr 54.000 Euro Haftpflichtprämie. Das heißt, ich nehme Geld aus meiner Praxis mit, um Geburten zu betreuen.“ Auch seine Versicherung steigt Ende 2014 aus der

»Wir gelten doch als Millionäre, da gibt es keine Unterstützung.«
Gynäkologe Valet

Geburtshilfe aus. Valet sucht nun eine neue, sonst muss er seine Belegarzt-Tätigkeit beenden. Ohne Versicherung dürfen auch Ärzte nicht arbeiten. Warum er unter diesen Umständen noch Kinder auf die Welt holt? Der Arzt lacht bitter: „Aus purem Idealismus. Aber wenn es so weiter geht, werde ich mir den auch nicht ewig erhalten.“ Würden er und seine Kollegen hinschmeißen, wie es viele andere bereits getan hätten, bedeute das für seine Patientinnen in der Stadt eine Fahrt zwischen 30 und 60 Kilometern bis zur nächsten geburtshilflichen Station. „Wenn da die Plazenta reißt, ist mindestens das Kind tot.“ Während über die Lage der Hebammen gerade jeder spreche, nehme niemand das Problem der Ärzte und überhaupt aller Heilberufe wahr. „Wir gelten doch als Millionäre, da gibt es keine Unterstützung.“

Wird Geburtshilfe zum Luxus? In einigen Städten ist die 1:1-Betreuung während der Wehen das ganz sicher schon heute. Die Hebammen der Praxis „UNIKUM“ in Dresden, die Frauen während der Geburt freiberuflich in der Uniklinik betreuen, legen ihre Haftpflichtprämie zulasten der Mütter auf eine Rufbereitschaftspauschale um, die von den Krankenkassen höchstens zur Hälfte erstattet wird. 150 Euro kostet die bislang, ab August müssen die werdenden Mütter 550 Euro bezahlen. Hebamme Ute Steinhäuser sagt, es schmerze sehr, dass sie und ihre Kolleginnen so viel berechnen müssten, damit sie von ihrer Arbeit leben könnten. *Susanne Kailitz*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



Nach dem Ausstieg: Hebamme Susanna Rinne-Wolf hofft auf die Rückkehr zur Geburtshilfe.

ten.“ Die stieg 2010 auf mehr als 3.000 Euro an. Rinne-Wolf zog Konsequenzen und stieg schweren Herzens nach neun Jahren und unzähligen Entbindungen aus der Geburtshilfe aus. „Natürlich gehört zu diesem Beruf Begeisterung. Aber trotzdem geht es auch darum, wirtschaftlich zu arbeiten und das konnte ich irgendwann nicht mehr.“ Als so genannte Beleghebamme, die Frauen zur Geburt ins Krankenhaus begleitet und dort betreut, gehörte Rinne-Wolf zu den am schlechtesten bezahlten Vertreterinnen ihres Berufszweigs. 275 Euro bekommen freie Hebammen aktuell für Klinikgeburten, 703 Euro überweisen ihnen die Krankenkassen für eine Hausgeburt. „Ich habe mir damals ausgerechnet, wie viele Geburten ich jeden Monat anbieten müsste, um allein die Haftpflichtversicherung abdecken zu können. Und so, wie es finanziell nötig gewesen wäre, wollte und konnte ich nicht arbeiten.“

In Bereitschaft Rinne-Wolf hat selbst zwei Kinder. Als Beleghebamme stand sie für „ihre“ Frauen rund um den errechneten Geburtstermin auf Abruf bereit und blieb im Krankenhaus an der Seite der Frauen, bis die Geburt oft nach vielen Stunden beendet war. „Je mehr Frauen man annimmt, desto größer wird die Arbeitsbelastung. Und es steigt das Risiko, dass man Frauen ganz kurzfristig absagen muss, weil eben doch nicht alles so läuft wie geplant. Das ist nicht meine Vorstellung vom Hebamme sein.“ Heute betreut Rinne-Wolf Frauen vor und nach der Geburt. Sie berät bei Schwangerschaftsbeschwerden und Wochenbetpro-

Deutschland, 6.000 arbeiten freiberuflich, 3.500 Hebammen bieten noch freiberufliche Geburtshilfe an, Tendenz stark rückläufig. Nun aber geht es nicht mehr nur um die Gefahr, dass noch ein paar mehr freie Geburtshelferinnen frustriert aufgeben. Zum einen werden die Versicherungsbeiträge ab dem Sommer auf knapp 5.100 Euro steigen. Zum anderen hat gerade die Nürnberger Versicherung mitgeteilt, dass sie zum 1. Juli 2015 aus den beiden letzten verbliebenen Versicherungskonsortien für Hebammen aussteigen wird.

»Die Hütte brennt« Die Geburtshelferinnen sind zum Abschluss von Haftpflichtversicherungen verpflichtet – findet sich niemand mehr, der eine Police anbietet, können sie ihren Beruf nicht mehr ausüben. „Bei uns brennt die Hütte“, sagt die Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes (DHV), Martina Klenk. In den zurückliegenden Jahren hat sie oft auf die prekäre Situation hingewiesen. Dem damaligen Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) habe man zwar 2010 eine Refinanzierung der Kostensteigerungen für freiberufliche Hebammen über eine Erhöhung der Hebammenleistungen abgerungen. Seither regelt ein Passus im Sozialgesetzbuch V über die „Versorgung mit Hebammenhilfe“, dass „bei der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der freiberuflich tätigen Hebammen“ insbesondere „Kostensteigerungen zu beachten“ sind, „die die Berufsausübung betreffen“ – also etwa steigende Haftpflichtprämien. Aber schon damals,

Wahrlich keine dröge Versicherungsdebatte

HEBAMMEN Fraktionen wollen eine flächendeckende Betreuung und die Auswahlmöglichkeiten für Frauen erhalten

Letztlich sind ja alle Abgeordneten bei dem Thema unmittelbar betroffen: entweder als Eltern oder eben als einstige Kinder. Hebammen spielen im Leben einer Familie meist nur ganz kurzfristig eine Rolle, dafür aber sozusagen im entscheidenden Augenblick. Und so war den Parlamentariern am vergangenen Donnerstag in der Debatte des Bundestages über die Haftpflichtprobleme freiberuflicher Geburtshelferinnen wichtig, darauf hinzuweisen, dass es hier nicht nur um Lohnfragen, trockene Versicherungspositionen und nackte Zahlen geht, sondern auch um das Wohl der Eltern und Kinder. Die CDU-Abgeordnete Katja Leikert verblüffte in ihrer Antrittsrede mit einer ganz speziellen Rechnung, um das sperrige Versicherungsthema auf eine persönliche Ebene zu befördern. So kämen allein die Abgeordneten ihrer Unionsfraktion zusammen auf 524 Kinder, das seien 1,7 Kinder pro Kopf, rechnete die diplomierte Statistikerin vor, die im Übrigen mit zwei Töchtern den Schnitt auch noch topp. Als die Politikerin aus dem hessischen Hanau hinzufügte: „Und wir reden nicht nur, wir handeln auch“, brach in der durchweg sehr ernsthaft geführten Debatte für einen Moment frakti-

onsübergreifend Heiterkeit aus. Die akuten Sorgen über rapide steigende Beiträge zur Berufshaftpflicht, den Ausstieg eines großen Versicherers und geringe Löhne in der Branche lassen allerdings wenig Spielraum für entspannte Gespräche. Im Hintergrund wird schon seit Wochen intensiv an einer Lösung gearbeitet, die aber nicht auf der Hand liegt und Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) wesentlich stärker fordert, als ihm vermutlich lieb ist, handelt es sich doch um eine vergleichsweise kleine Gruppe von betroffenen Frauen und eine äußerst komplexe Materie. Aus Sicht der Opposition steht die flächendeckende Geburtshilfe auf dem Spiel. Die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfberg sagte, viele der rund 3.500 freiberuflichen Hebammen in der Geburtshilfe sähen sich aufgrund der hohen Versicherungskosten und niedrigen Löhne nicht mehr in der Lage, ihren Beruf auszuüben. Auch viele Familien hätten jüngst die Sorge geäußert, dass sie ihr Kind nicht mehr wie gewünscht zu Hause oder im Geburtshaus zur Welt bringen könnten. Somit sei dies „keine dröge Versicherungsdebatte“. Die Grünen plädierten in ihrem Antrag an den Bundestag

(18/850), der Grundlage für die Aussprache war, für einen Haftungsfonds und Regressbeschränkungen. Zudem müsse eine Neuordnung der Haftpflichtregelungen für alle Gesundheitsberufe in Angriff genommen werden. Dazu sollte die Möglichkeit geprüft werden, die Prinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung auf die Haftpflicht für Gesundheitsberufe zu übertragen. Birgit Wöhlert von der Linksfraktion merkte an, dass Hebammen für ihre anspruchsvolle Arbeit im Schnitt nur 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Sie forderte Gröhe auf, aus Steuermitteln mehr Geld für diese Frauen bereitzustellen. Gröhe warb um Geduld und versicherte, die flächendeckende Geburtshilfe und angemessene Vergütung der Hebammen seien Anliegen der Koalition. Im April wird der Abschlussbericht einer im vergangenen Jahr einberufenen interministeriellen Arbeitsgruppe erwartet, auf dessen Grundlage dann ein konkreter Lösungsvorschlag unterbreitet werden soll. Allerdings bereiten dem Juristen Gröhe die Haftungsregelungen erhebliche Kopfschmerzen. Sein vorläufiges Fazit lautet: Das bisherige System privatwirtschaftlicher Haftpflichtsicherung ste-

he „in einer schweren Bewährungsprobe“. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach monierte, die Opposition wolle das Thema populistisch ausspielen und fordere, wie andere Redner von Union und SPD auch, eine Versachlichung der Debatte. Die Versorgung mit Hebammen sei in Deutschland insgesamt gut, es gebe eine kleine Gruppe von Geburtshelferinnen, die mit den hohen Versicherungsprämien überfordert sei. Vor allem für Hebammen mit wenigen Aufträgen seien die Prämien nicht tragbar. Derzeit werde „fieberhaft“ an einer rechtssicheren Lösung gearbeitet, die aber nicht mit einer Schadenbegrenzung zulasten der Kinder und Eltern einhergehen dürfe. So müsse es bei den hohen Deckungssummen von derzeit sechs Millionen Euro im Schadenfall bleiben, sagte Lauterbach. Der Grünen-Antrag wurde an die Fachausschüsse überwiesen. *Claus Peter Kosfeld*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Links: EU-Ratschef Herman Van Rompuy (r.) und der ukrainische Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Rechts: Die ersten russischen Pässe werden bereits an die Krim-Bevölkerung ausgegeben.

Russland strafen, Ukraine stärken

KRIM-KRISE Neue Sanktionen gegen Moskau. Teil des Assoziierungsabkommens zwischen Brüssel und Kiew unterzeichnet

Was ein Frühlingsgipfel werden sollte, wurde zum Krisengipfel in Sachen Ukraine-Konflikt: Eigentlich wollten die 28 Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstag und Freitag über die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union beraten, über Wachstum und Beschäftigung, Klima- und Energiepolitik. Doch das alles rückte angesichts der Entwicklungen im Osten Europas in den Hintergrund. Russlands Präsident Wladimir Putin hat in nur drei Wochen Fakten geschaffen, die bis vor kurzem wohl kaum ein westlicher Politiker für möglich gehalten hätte: Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim, Austausch von Regionalregierung und Regionalparlament, Referendum über einen Beitritt der Krim zu Russland, Angliederung der Krim an Russland. Am Donnerstag ratifizierte das russische Parlament, die Duma, den Krim-Beitrittsvertrag. 443 Abgeordnete stimmten dafür, nur einer dagegen. Am Freitag unterzeichnete Putin die Gesetze zur Aufnahme der Krim in die Russische Föderation. Noch heute soll auf der Halbinsel der russische Rubel wieder eingeführt werden. Russland drückt bereits neue Landkarten.

Entschlossene Antworten Was Putin als „Wiedervereinigung“ bezeichnet, ist für den Westen eine verfassungs- und völkerrechtswidrige Annexion. Der Ton im Umgang mit Russland wird nun von Tag zu Tag schärfer. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte am Donnerstag im Bundestag kurz

vor ihrem Abflug zum Brüsseler Gipfel klar: Der Westen werde das „sogenannte Referendum“ auf der Krim nicht anerkennen. Es handle sich dabei um eine „einseitige Veränderung von Grenzen“, ein Vorgehen, das „die entschlossene wie geschlossene Antwort Europas und seiner Partner“ erfordere. Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), fügte hinzu: „Nichts wäre schlimmer, als wenn Putin auch noch den Erfolg hätte, dass wir uns in Europa über die notwendigen Maßnahmen zerstreiten.“ Europa müsse zusammenhalten. Wenige Stunden später folgten den Worten Taten: Die Staats- und Regierungschefs der EU sagten den EU-Russland-Gipfel im Juni ab und einigten sich auf Sanktionen der Stufe zwei, konkret Reisebeschränkungen und Kontensperrungen für nun 33 Personen, die für die Abspaltung der bislang ukrainischen Halbinsel Krim und deren Angliederung an Russland verantwortlich gemacht werden. Während US-Präsident Barack Obama noch am Freitag per Erlass den Weg für Sanktionen gegen ganze russische Wirtschaftszweige frei machte – und von Moskau im Gegenzug prompt mit Einreiseperrnen für US-Vertreter belegt wurde –, bereiteten Merkel und Co. in Brüssel mögliche Wirtschaftssanktionen zunächst nur vor. Doch hatte die Bundeskanzlerin schon am Morgen angekündigt, dass die EU „ohne Zweifel“ auch diesen Weg gehen werde, sollte sich die Lage

weiter zuspitzen. Für Russland haben die Sanktionen schon jetzt Konsequenzen: Die Moskauer Börse rutschte am Freitag deutlich ins Minus, der Rubel verlor an Wert. Doch auch politisch steht das Land im Absseits. Merkel machte im Bundestag klar, dass Russland in allen internationalen Organisationen „weitgehend isoliert“ sei. Zur Zukunft des Landes in der Gruppe der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen (G8) sagte sie: „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G 8 nicht gegeben ist, gibt es sie nicht mehr, weder den Gipfel noch die G 8 als solches.“ Mit Ausnahme der Linksfaktion unterstützten alle Bundestagsfraktionen den Kurs Merckels. Anton Hofreiter, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnete den Dreistufenplan für Sanktionen als „richtig“, ebenso das „Zünden der zweiten Stufe“. Die russische Regierung trete mit der Annexion der Krim das Völkerrecht mit Füßen. „Hier herrscht nicht das Recht, sondern das Unrecht der Stärkeren“, sagte er. Hofreiter begrüßte die Entscheidung der Regierung, den Export eines Gefechtsübungszentrums nach Russland zu stoppen. Er machte aber auch klar, dass das in seinen Augen nicht reicht. Deutschland habe allein im Jahr 2011 für 140 Millionen Euro Waffen nach Russland exportiert, 2012 für 40 Millionen Euro. „Damit muss jetzt Schluss sein. Wir brauchen ein Waffenembargo in Rich-

tung Russland“, forderte der Grünen-Abgeordnete. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, verwies auf eine Passage aus der Rede Putins am Dienstag vor der Duma. Darin habe er die Russen als „das größte geteilte Volk der Welt“ bezeichnet. Oppermann warnte: Wenn sich hinter diesen Worten eine „neue Putin-Doktrin“ verbergen sollte, „nach dem Motto, überall wo Russen leben, ist auch Russland“, dann verheiß dies „nichts Gutes“. Das liefe auf ein automatisches Interventionsrecht hinaus, sobald Putin die Interessen im Ausland lebender Russen bedroht sehe. Ein solches Recht aber „gibt es nicht und kann es gar nicht geben“, machte er klar. Gregor Gysi, der Fraktionschef der Linken, kritisierte als einziger Redner den Umgang der EU mit der Krise. „Lassen Sie diesen Unsinn mit den Sanktionen“, rief er Merkel. „Sie müssen sich eines Tages wieso wieder zurückerneuern.“ Neue Zuspitzungen nützen nichts. Gysi warf der Kanzlerin auch die Zusammenarbeit mit der Übergangsregierung in Kiew vor. Diese sei nicht aus demokratischen Wahlen hervorgegangen, außerdem gehörten ihr „Faschisten“ an – eine Anspielung auf drei Minister von der nationalistischen „Swoboda-Partei“. Nach Ansicht Gysis müssten „faschistische Organisationen und Parteien sowie paramilitärische Einheiten und andere illegale bewaffnete Formatio-

nen in der Ukraine“ aufgelöst werden. Darauf müsse die Bundesregierung bestehen, bevor sie Kiew „einen einzigen Euro“ überweise oder Verträge abschließe. Interessant waren im Gegensatz dazu die Äußerungen des Vorsitzenden des Vereins Jüdischer Gemeinden und Organisationen in der Ukraine, Josef Zissels, am Tag zuvor im Menschenrechtsausschuss des Bundestages: Der stellvertretende Vorsitzende des World Jewish Congress hatte erklärt, dass radikale Gruppen in der Ukraine keine Gefahr darstellen. Sowohl Zivilgesellschaft als auch Staatsmacht seien stark genug, die Probleme des Landes zu schultern. Zu „Swoboda“ sagte Zissels, in den Biografien der Swoboda-Minister habe man bisher keine antisemitischen Aussagen finden können. Seine Organisation sei dagegen, sie aus der Regierung zu entfernen. Am vergangenen Dienstag sorgte allerdings ein brutaler Angriff mehrerer Abgeordneter der „Swoboda-Partei“ auf den Chef des ukrainischen Fernsehens für Kritik. Der Sender hatte Ausschnitte der Rede Putins vor der Duma gezeigt.

Solidarität mit Ukraine Die EU-Chefs, das machten sie auf dem Gipfel in Brüssel klar, halten jedoch an ihrer Ukraine-Politik fest. Sie wollen einseitig Russland in seine Schranken weisen und andererseits die Ukraine stärken. Die Staats- und Regierungschefs vereinbarten Zollerleichterungen für das Land und unterschrieben am Freitag zusammen mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk demonstrativ den politischen Teil des umstrittenen Assoziierungsabkommens. Die Weigerung des früheren Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, das von ihm mit ausgehandelte Vertragswerk mit der EU im November zu unterzeichnen, hatte die landesweiten Proteste erst ausgelöst. Der wirtschaftliche Teil des Abkommens soll erst später besiegelt werden, zunächst verpflichtet sich die Ukraine zu einer engen Kooperation mit der EU, freier Marktwirtschaft und der Respektierung der Menschenrechte. Merkel betonte im Bundestag, dass sie den Abschluss des Abkommens als „ein politisches Signal der Solidarität und der Unterstützung für die Ukraine“ verstanden wissen will. In Brüssel sprach sie der ukrainischen Regierung zudem ihr Vertrauen aus. Ministerpräsident Jazenjuk habe ihr versichert, auch die Ukrainer im Osten und Süden des Landes vertreten zu wollen. Außerdem habe er den Angriff von „Swoboda“-Abgeordneten auf den Chef des ukrainischen Fernsehens „absolut verurteilt“, erklärte sie. Jazenjuk ist auf die Unterstützung des Westens dringend angewiesen: Der Ukraine droht der Staatsbankrott. Seit einigen Tagen sind Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Kiew, um über Finanzhilfen in Milliardenhöhe zu sprechen. Die EU hat der Ukraine bereits ein Hilfspaket von mehr als elf Milliarden Euro in Aussicht gestellt. *Johanna Metz/Jbb*

»Solange das politische Umfeld nicht gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr.«

Angela Merkel (CDU)

»Lassen Sie den Unsinn mit den Sanktionen. Weitere Zuspitzungen nützen nichts.«

Gregor Gysi (Die Linke)

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Weg frei für den Euro-Hilfsfonds

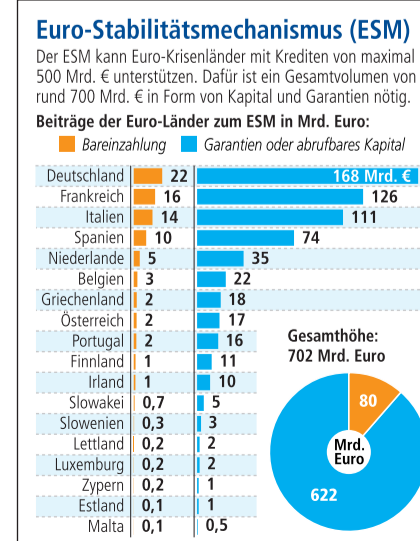
URTEIL ZUM ESM Bundesverfassungsgericht sieht Budgetrecht des Bundestages gewahrt

Deutschland kann sich am dauerhaften Euro-Rettungsfonds ESM weiter in vollem Umfang beteiligen. Der Bundestag bleibt „der Ort, an dem eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben entschieden wird, auch im Hinblick auf internationale und europäische Verbindlichkeiten“. Dieses Urteil fällt das Bundesverfassungsgericht vergangene Woche. Die Klagen der Linksfaktion, des CSU-Vizevorsitzenden Peter Gauweiler sowie des Vereins „Mehr Demokratie“ mit mehr als 37.000 Bürgern haben die Richter damit endgültig abgewiesen. Sie hatten unter anderem befürchtet, dass der Bundestag durch den ESM die Kontrolle über den Haushalt verlieren könnte. Doch schon im Herbst 2012 hatte das Gericht mit einer Eilentscheidung den Weg für die deutsche Beteiligung am ESM unter Auflagen freigemacht. Nun folgte das endgültige Urteil: Trotz der Verpflichtungen Deutschlands, den Hilfsfonds notfalls mit bis zu 190 Milliarden Euro zu bedienen, „bleibt die Haushaltsautonomie des Bundestages

hinreichend gewahrt“, begründete Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle die Entscheidung. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nahm sie mit Erleichterung auf: Er sieht dadurch den Kurs der Bundesregierung bei der Euro-Rettung bestätigt. Nach Ansicht von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) habe das Urteil „den politischen Einschätzungsspielraum“ des Bundestages gerade auch bei Maßnahmen der

Euro-Rettung“ gestärkt. Selbst einige der Kläger waren nicht unzufrieden mit dem Ausgang des Verfahrens. Für Linken-Fraktionschef Gregor Gysi bedeutet es mit Blick auf die Europapolitik: „Die Haushaltshoheit des Bundestages muss bestehen bleiben. Das setzt Grenzen für die Zukunft, und das ist nicht unwichtig.“ Peter Gauweiler sagte, die Gefahr von unverantwortlichen Belastungen des Bundeshaushalts sei wesentlich verkleinert worden.

Hilfe für klamme Länder Der Europäische Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, soll die Stabilität des Euro-Raumes gewährleisten. Er kann gegen strenge Auflagen seit Oktober 2012 Finanzhilfen an klamme Euro-Länder gewähren. Bislang hat Deutschland rund 22 Milliarden Euro eingezahlt und sich zur Bereitstellung von weiteren rund 168 Milliarden Euro verpflichtet (siehe Grafik). Bei sämtlichen Hilfsmaßnahmen des ESM muss der Bundestag beteiligt werden. Ungeklärt ist noch, ob die Europäische Zentralbank mit ihrem umstrittenen Programm zum Kauf von Staatsanleihen innerhalb ihrer Kompetenzen geblieben ist. Diesen Teil des Verfahrens hatten die Richter abgetrennt und im Januar dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt. Die Entscheidung steht noch aus. *juh (mit dpa)*



Folgenloses Begehren

EUROPA Erste EU-Bürgerinitiative endet ohne Konsequenzen

Die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative bleibt ohne Konsequenzen. Die EU-Kommission kündigte am Mittwoch lediglich eine Konsultation an als Reaktion auf „Right2Water“, eine Initiative, die knapp 1,7 Millionen Unterschriften für das Recht auf Wasser und gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung gesammelt hatte („Das Parlament“, 09/2014). „Leider bleibt die Reaktion der Kommission auffällig vage und unbefriedigend, was potenzielle Änderungen des EU-Rechts angeht“, kritisierte der Grünen-Europaabgeordnete Gerald Häfner. „Das ist zu wenig.“ Auch Abgeordnete der SPD zeigten sich vergangene Woche enttäuscht. Seit knapp zwei Jahren gibt es in der Europäischen Union das Instrument der Bürgerinitiative. Wenn eine Million Unterschriften in mindestens sieben EU-Ländern für ein bestimmtes Anliegen gesammelt werden, muss sich die EU-Kommission damit auseinandersetzen. Doch zeigt sich, dass das Instrument nicht so stark ist, wie von manchem erhofft. Die Kommission muss nämlich nicht mit einem konkreten Gesetzesentwurf auf das Anliegen reagieren. So wies sie jetzt lediglich darauf hin, dass die Mitgliedstaaten selbst entscheiden könnten, ob die Wasserversorgung privatisiert werde. Brüssel müsse in dieser Frage neutral blei-

ben, betonte der zuständige Kommissar Maroš Šefčovic. Die maßgeblich von der Gewerkschaft Verdi initiierte Bürgerinitiative richtete sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die allerdings nie Ziel der EU-Kommission war. Binnenmarktkommissar Michel Barnier wollte lediglich durch Ausschreibungspflichten mehr Transparenz in den Sektor bringen, ließ sein Vorhaben jedoch als Reaktion auf die Bürgerinitiative fallen. „Das an und für sich sinnvolle Instrument der Bürgerbeteiligung ist mit einem unpassenden Beispiel gestartet worden“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Werner Langen.

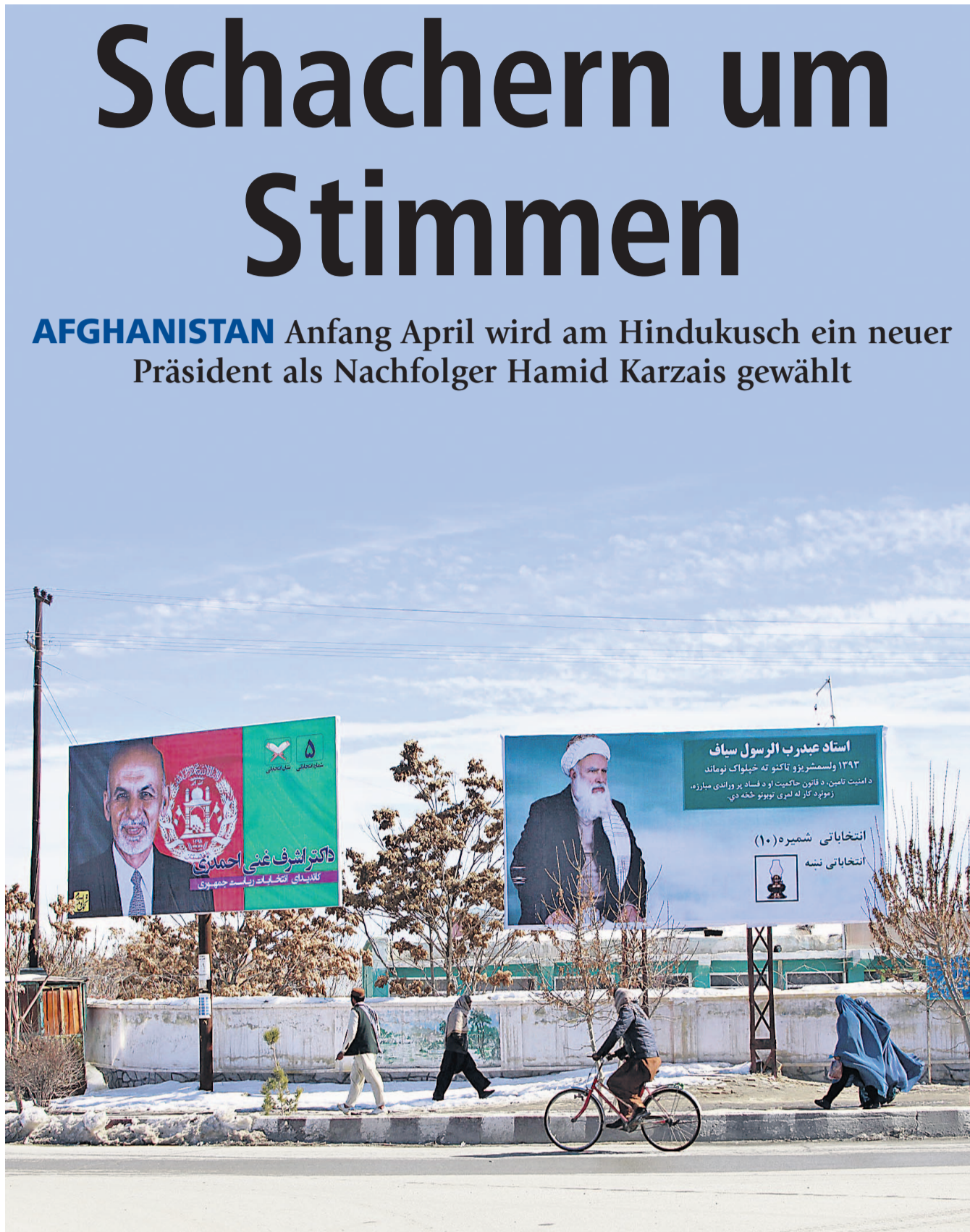
Zugang zu Wasser Die EU-Kommission kündigte an, sich auf internationaler Ebene weiter dafür einzusetzen, dass weltweit den Menschen der Zugang zu Wasser gesichert werde. Bisher geben die EU und ihre Mitgliedstaaten 1,5 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe für dieses Ziel aus. Innerhalb der EU haben 2,6 Millionen Menschen dank EU-Geldern einen verbesserten Zugang zu Wasser bekommen. Bislang wurden 30 europäische Bürgerinitiativen angemeldet. Nach eigenen Angaben haben davon nur drei eine Million Unterschriften sammeln können. *tt*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Riesige Wahlplakate mit ernst blickenden Köpfen der Kandidaten säumen die Straßen Kabuls. Nicht nur in der Hauptstadt, sondern in allen Städten Afghanistans läuft der Wahlkampf auf Hochtouren. Am 5. April wählen die Afghanen einen neuen Staatspräsidenten. Dieser Wahlkampf ist eine Mischung aus alt und neu, aus langen Sitzungen auf Teppichen und Twitter-Campagnen. Die Kandidaten besuchen ganz traditionell Stammesgebiete, um die Stimmen der Clans zu werben. Erstmals gibt es in Afghanistan aber auch Fernsehduelle, in denen die Kandidaten um die urbanen Wähler ringen. Wahlhelfer wollen kurz vor der Wahl sogar Infotische am Straßenrand aufstellen. Obwohl die Wahl, eine als „historisch“ zu bezeichnende Richtungswahl ist, ist die Stimmung der Afghanen gedrückt. Bisher haben sich lediglich etwas mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten registrieren lassen. Erst letzte Woche saß Abdullah Abdullah, einer der hochgehandelten Kandidaten und ehemaliger Außenminister allein unter freiem Himmel. Obwohl er die mächtige ehemalige Nordallianz vertritt, hatten sich nur zwei Zuschauer zu seiner Kundgebung in Paghman, einer Stadt nördlich von Kabul, eingefunden. Wahlkampf am Hindukusch ist auch eine Sache der Ehre. Abdullahs Wähler, meist Tadschiken, tragen ihm die verlorene Wahl 2009 nach: „Wir haben dich schon letztes Mal gewählt“, erinnern sie ihn. „Als man dich offiziell zum Verlierer erklärte, hast du Karsai erst vorgeworfen die Wahl gefälscht zu haben – und dann hast du kampflös das Feld geräumt!“ Warum sollen sie denn so einen nochmal wählen?

Ethnische Fragen Seinen Konkurrenten, den Kandidaten Zalmay Rassoul und Aschraf Ghani Ahmadi, geht es nicht besser. Wahlkampf am Hindukusch ist auch ethnische Treue. So bekommt Rassoul, der – so heißt es – vom scheidenden Präsidenten Karzai protegiert werde, vor allem im paschtunischen Osten und Süden immer wieder zu hören, dass er ein schlechter Paschtune sei. Er könne ja gar nicht mehr richtig Paschtunisch sprechen. Der einstige Weltbank-Mitarbeiter Aschraf Ghani Ahmadi dagegen wird zwar von vielen als Technokrat gerühmt. Er, so heißt es, werde vom Westen und der Kabuler Elite geschätzt. Beim Wahlvolk aber kommt so einer nicht unbedingt an. Ghani hat sich daher Verstärkung beim usbekischen Kriegsherren General Dostum gesucht. Anderen Kandidaten, darunter die beiden Islamisten Abdulrab Rassoul Sayyaf und Qutbuddin Hilal, fehlt die notwendige breite Unterstützung der Bevölkerung. Wahlkampf am Hindukusch ist auch ein Scharm am Fleisch, bevor das Schaf überhaupt geschlachtet wurde. So musste Aschraf Ghani seinem Mitkämpfer Dostum schon vor der Kandidatur den Posten des Vizepräsidenten versprechen. Und Abdullah musste seinem Mitstreiter, dem nicht weniger zweifelhaften Hazaraführer Hadschi Muhammad Mohaqiq, ebenfalls den zweit-höchsten Posten zusichern. Aufgewogen werden solche Tickets in Stimmen der ethnischen Gruppen: Dostum eine Million, Mohaqiq zwei Millionen.



Wahlkampf: Plakate mit den Präsidentschaftskandidaten bestimmen derzeit das Straßenbild vieler afghanischer Städte.

Inhaltlich bieten die Kandidaten wenig Greifbares. Abdullah Abdullah steht für eine Lockerung des Zentralismus. Rassoul und Aschraf Ghani wollen das bisherige System erhalten. Alle versprechen Jobs und eine wachsende Wirtschaft. Populismus ersetzt oft genug ausgefeilte Programme. Kürzlich tonte Aschraf Ghani, dass die Anerkennung der aus Kabuler Sicht bislang nicht existenten Grenze zu Pakistan, Sache des afghanischen Volkes sei. Ghani, selber Paschtune, und damit Angehöriger des Volkes, das seit Jahrhunderten geteilt auf beiden Seiten der international anerkannten Grenze lebt, muss eigentlich wissen, dass Afghanistan alleine am Grenzverlauf

nichts ändern können. Doch gleich warteten die afghanischen Medien mit Kartenmaterial eines künftigen Großafghanistans auf, dem eine Hälfte Pakistans zugeschlagen wurde. Die Wähler bleiben skeptisch. Nach den mit Betrug befleckten Wahlen 2009 und 2010 trauen sie dem demokratischen System nicht ganz. Angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse wird sowieso mit einem zweiten Wahlgang voraussichtlich Ende Juni gerechnet. Auch die Sicherheitslage verunsichert sie, denn die Taliban haben angekündigt, die Wahlen stören zu wollen. Trotz zahlreichen Anschläge verwiesen UN-Vertreter darauf, dass im Vergleich zu den

vorangegangenen Wahlen die Sicherheitslage stabil sei. Wahlen am Hindukusch, das ist für jeden Wähler ein Sicherheitsrisiko. Die Wahlteilnahme könnte daher recht niedrig ausfallen. Im kleinen Kreis spricht auch Kandidat Abdullah von Ängsten vor neuer Gewalt. Seiner Meinung nach gibt es nur zwei Optionen. Entweder er werde gewählt oder zumindest an der Regierung beteiligt. Oder die Menschen, die ihn wählen, würden zur Waffe greifen. Er jedenfalls könne sie nicht zurückhalten. *Cem Sey*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Afghanistan.

Keine Alleingänge

NATO Linke scheitern mit Antrag für ein Ende des Bündnisfalls

Die Linksfraction ist mit ihrer Forderung, den am 4. Oktober 2001 ausgerufenen NATO-Bündnisfall umgehend zu beenden, gescheitert. Einen entsprechenden Antrag (18/202) lehnte der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD ab. Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Die Linke hatte argumentiert, dass die Voraussetzungen für den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikpaktes von Beginn an nicht vorgelegen hätten. Selbst diejenigen, die vertreten hätten, dass die Angriffe vom 11. September 2001 ein bewaffneter Angriff im Sinne des Artikels 51 der UN-Charta gewesen seien, könnten zumindest 13 Jahre später nicht mehr behaupten, dass eine militärische Reaktion zur Abwehr dieses Angriffs noch erforderlich sei. „Das Ausnahmerecht ist zum Dauerrecht gemacht worden“, kritisierte der außenpolitische Sprecher der Linksfraction, Wolfgang Gehrcke, die Situation. Einsätze sollten damit nicht weiterhin begründet werden. Thomas Hitschler (SPD) verwies darauf, dass sich die Regierung bereits dafür einsetze, das deutsche Engagement in NATO-Missionen auf eine andere Grundlage als den Bündnisfall zu stellen. Es sei aber nicht möglich, sämtliches Engagement in Missionen, die auf Grundlage des Bündnisfalls be-

gonnen wurden, umgehend einzustellen. „Operationen dieser Größenordnung setzen eine Verlässlichkeit der Bündnispartner voraus.“ Operationspläne würden mit monatelangem Vorlauf ausgearbeitet. Roderich Kiesewetter (CDU) sagte, es sei nicht möglich, den Bündnisfall einseitig zu beenden. Einer solchen Änderung müssten alle 28 NATO-Mitglieder zustimmen. Es gebe aber mindestens zwei Mitglieder, die auf den Fortbestand des Bündnisfalls bestünden. „Die Bundesregierung ist seit zwei Jahren dabei, hier Überzeugungsarbeit zu leisten“, um eine Änderung des Mandats zu erreichen, sagte Kiesewetter.

Neue Mechanismen Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) vertrat die Auffassung, dass die konkrete Bedrohung, die 2001 Grund für die Ausrufung des Bündnisfalls gewesen sei, heute nicht mehr bestehe. Die Grünen seien daher auch für eine Beendigung des Bündnisfalls. Deutschland könne ihn aber nicht einfach unilateral für beendet erklären. Vielmehr müssten Mechanismen erarbeitet werden, die eine regelmäßige Überprüfung des Bündnisfalls durch die Vertragspartner ermöglichen und zu einer Beendigung führen könnten, wenn eine überwiegende Zahl der Staaten dies wünsche, betonte Lindner. *joh*

Sichern – oder stärken

AUSLANDSEINSÄTZE Kommission prüft Parlamentsbeteiligung

Der Bundestag hat beschlossen, eine Kommission „zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte“ bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr einzusetzen – doch die Opposition verweigert die Teilnahme. Nach einer kontroversen Debatte stimmten die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD vergangenen Donnerstag für ihren gemeinsamen Antrag (18/766). Linke und Grüne lehnten ihn ab, fanden aber mit ihren jeweiligen Anträgen (18/775, 18870) keine Mehrheit. Das Argument der beiden Oppositionsfractionen: Sie würden nicht „Feigenblatt“ in einer Kommission sein wollen, die am Ende Abstriche beim Parlamentsbeteiligungsgesetz empfehlen könnte, und sie machten das an einem Punkt fest: Die Koalition habe es kategorisch abgelehnt, die Formulierung nicht nur einer „Sicherung“, sondern einer „Stärkung“ der Parlamentsrechte in den Einsetzungsbeschluss aufzunehmen. „Nicht wir sind es, die sich hier verweigern. Sie sind gegen alles, was nicht nach Ihrer Pfeife tanzt“, sagte Agnieszka Brugger (Grüne) in Richtung von Union und SPD. Deren „kategorische Ablehnung“ auf den Vorschlag der Opposition einzugehen, zeige, dass es der Koalition in Wahrheit um eine „Abschwächung“ und „Aufweichung“ des Parlamentsvorbehalts gehe. Alexander S. Neuf (Die Linke) warf Union und SPD vor, mit einer etwaigen abgestuften Intensität der Parlamentsbeteiligung in der Frage von integrierten Stäben und Verbänden bei Nato und EU einen „Mitmachautomatismus“

schaffen zu wollen. Wenn Partner wie die USA, Großbritannien oder Frankreich „mal wieder der Auffassung sind, die Welt vor irgendwelchen Schurken zu retten und einen Kampf führen zu müssen“, geriete die Bundesregierung so erheblich unter Druck, das mitzutragen. Rolf Mützenich (SPD) verwies auf den Auftrag an die Kommission, die „konkrete Handlungsoptionen möglichst im Konsens“ empfehlen soll. „Ich hätte mir die Beteiligung aller Fraktionen gewünscht“ – schon allein deshalb, weil 2004/2005 Rot-Grün das Parlamentsbeteiligungsgesetz allein auf den Weg gebracht habe und damals andere Vorstellungen aus den Reihen der Union nicht berücksichtigt worden seien. „Mit der Verweigerung zur Mitarbeit verengen Sie die Debatte“, sagte Mützenich in Richtung Opposition: „Die Einladung zur Mitarbeit besteht weiterhin.“

»Juwel« Johann Wadepuhl (CDU) stellte klar, dass die Kommission in dem Bewusstsein eingesetzt werde, „die Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen ein wirkliches Juwel unserer parlamentarischen Arbeit sind, welches wir sichern wollen“. Dazu gehöre angesichts enger Zusammenarbeit mit den Partnern und neuer sicherheitspolitischer Anforderungen auch die Überprüfung der Mandatierungspraxis. „Die Schlussentscheidung trifft der Deutsche Bundestag“, sagte Wadepuhl mit Blick auf mögliche Änderungsvorschläge der Kommission. *ah*

Zweidrittel-Mehrheit absehbar

UNGARN Bei Parlamentswahl zeichnet sich Sieg der Partei von Ministerpräsident Orbán ab

Gut zwei Wochen vor der Parlamentswahl in Ungarn am 6. April scheint die Partei Fidesz mit Ministerpräsident Viktor Orbán fester im Sattel zu sitzen denn je. In den jüngsten Umfragen zeichnete sich eine deutliche Mehrheit ab. Wegen der Besonderheiten des ungarischen Wahlrechts ist eine absolute Mehrheit für die National-Konservativen (Fidesz im Verbund mit der KDNP, die als eigenständige Kraft aber nicht weiter auffällt) im nächsten Parlament wahrscheinlich und sogar eine Zweidrittel-Mehrheit möglich. Denn gut die Hälfte der künftig 199 Sitze werden per Mehrheitswahl über Wahlkreise vergeben. An vielen kleinen Stellschrauben hat die Regierung das Wahlergebnis zu ihren Gunsten gedreht. Dennoch greift zu kurz, wer glaubt, die Führungsposition Orbáns auf Manipulationen zurückführen zu können. Der Ministerpräsident hat nach seiner Wahl 2010, als Ungarn tief in der Wirtschaftskrise steckte, einige der Probleme angepackt, die den Bürgern auf den Nägeln brannten. Es gibt im bescheidenen Ausmaß Erleichterungen bei Wohnnebenkosten und Fremdwährungskredit, Defizit und Wirtschaftswachstum. Die populistische Rhetorik Orbáns, der überall im In- und Ausland Feinde der Ungarn wittert, gehört zur Begleitmusik, die seine Anhänger begeistert und seine Gegner abstößt. Orbán sagt: „Unser Wahlprogramm ist mit einem Wort zusammenzufassen: Weitermachen.“ Zum Bild gehört die Schwäche der Mitte-Links-Opposition. Führende Kraft ist dort die sozialistische Partei MSZP. Als Nachfolgerin der einstigen Staatspartei verfügt sie immer noch über Ressourcen und Präsenz im ganzen Land. Der Parteivorsitzende Attila Mesterházy hat diesen Vorteil des Apparats geschickt ausgespielt, als es darum ging, wer die Opposition als Spitzenkandidat anführen solle. Denn es gab zwei weitere Aspi-

ranten, die früheren Ministerpräsidenten Gordon Bajnai (Partei Gemeinsam) und Ferenc Gyurcsány (DK).

Streit und Affären Dass diese drei einander offensichtlich widerstrebenden Charaktere nun in ein Wahlbündnis namens „Regierungswechsel“ genötigt wurden, um überhaupt eine Chance zu haben, ist wohl die folgenreichste Auswirkung des Wahlrechts. Denn sie finden keine gemeinsame Agenda, sondern machen vor allem durch Streit, Fehler und Affären auf sich aufmerksam. Der disziplinierten Fidesz-Partei fällt es leicht, den „Regierungswechsel“ vor sich herzutreiben. Dabei böte auch Fidesz einer aggressiven Opposition Angriffsflächen. Es gibt Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Vergabe von Land und Tabaklizenzen. Die Lebensbedingungen – vor allem auf dem Land – sind immer noch angespannt. Und es gibt einen gewaltigen Exo-

odus an gut ausgebildeten Ungarn ins europäische Ausland. Diese Themen werden von der rechtsextremen Partei Jobbik (Die Besseren) bedient. Jobbik ist mit Parolen gegen Roma und Juden 2010 ins Parlament eingezogen und machte dort mit entsprechenden Aktionen weiter Stimmung. Orbán hat ihnen etwas Wasser abgegraben, indem er selbst großzügig nationales Pathos austeilte. Jetzt im Wahlkampf versucht Jobbik, mit einer gemäßigteren Rhetorik Bürger zu gewinnen, die Fidesz kritisch sehen, aber keinesfalls das Linksbündnis wählen wollen. Anscheinend nicht ohne Erfolg: In Umfragen nähern sie sich wieder ihrem Stand von 2010, als sie 17 Prozent erhielten. Nicht ohne Aussicht, wieder ins Parlament einzuziehen, ist die grün-liberale Partei LMP. Sie schien am Ende zu sein, als sie sich über der Frage spaltete, ob sie dem Linksbündnis beitreten sollte. Doch dessen Schwäche ist die Chance der Rest-LMP, die in Umfragen an der Fünf-Prozent-Hürde schnuppert. Eine Vielzahl weiterer Parteien – insgesamt sind es 18 – hofft auf einen Überraschungserfolg, doch hat es keine von ihnen bislang geschafft, die demoskopische Wahrnehmungsschwelle zu überwinden. Eine Ausnahme bilden die Listen der Minderheiten, für die eine erniedrigte Schwelle gilt, um einen Abgeordneten zu entsenden. Aussichten haben die beiden größten Minderheiten: Die Roma und die Deutschen. Allerdings darf diese Listen nur wählen, wer sich zuvor registriert hat – und der darf dann keinen Wahlkreiskandidaten mehr wählen. Ob dies Fidesz nützt, wie teilweise geahnt wurde, ist ungewiss und vor allem angesichts des großen Vorsprungs unerheblich. *Stephan Löwenstein*



Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Der Autor ist Ungarn-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Klare Machtverhältnisse in Belgrad

SERBIEN Fortschrittspartei erringt bei Parlamentswahlen absolute Mehrheit der Sitze

Einen Sieg hatten die Umfragen erwarten lassen, doch der Triumph übertraf alle Erwartungen: Aleksandar Vucic, Vorsitzender und Mitgründer der erst 2008 entstandenen Serbischen Fortschrittspartei, hält seit der Parlamentswahl vom 16. März in Serbien alle Zügel in der Hand. Als stellvertretender Ministerpräsident und Koordinator der Geheimdienste war Vucic zwar schon vor der jüngsten Wahl der mächtigste Politiker in Belgrad, doch musste er sich die Macht mit Ministerpräsident Iwica Dacic und dessen Sozialistischer Partei teilen. Bei dem von Vucic aus taktischen Gründen um zwei Jahre vorgezogenen Wahlgang 2014 erhielt die Fortschrittspartei laut dem vorläufigen Endergebnis nun aber gut 48,3 Prozent der Stimmen – 2012 waren es nur 24,4 Prozent gewesen. Künftig verfügt die Fortschrittspartei damit über die absolute Mehrheit der Mandate im Parlament des EU-Beitrittskandidatenstaates. Seit dem

Sturz des Belgrader Gewaltherrschers Slobodan Milosevic im Jahr 2000 hat es derart klare Mehrheitsverhältnisse nicht mehr gegeben in Serbien. Mit dem Unterschied, dass Milosevic seine Macht systematischem Wahlbetrug verdankte, während Vucic seine Mehrheit in einem relativ demokratischen System errang, auch wenn die Pressefreiheit weiterhin zu wünschen übrig lässt.

Koalitionsregierung Vucic hat angekündigt, dass er trotz seiner absoluten Mehrheit eine Koalition anstrebe. Als Wunsch Kandidat gilt die Partei der ungarischen Minderheit aus der Vojvodina, die vermutlich sieben Abgeordnete nach Belgrad entsenden darf. Doch alle wissen, dass Vucic das alleinige Sagen in der künftigen Regierung haben wird. Spätestens Anfang Mai soll das neue Kabinett gebildet sein.

Für Vucic bedeutet der Wahlsieg auch, dass er nun liefern muss. Vucic gehörte in den 1990er Jahren dem ultranationalistischen Milieu an und war Generalsekretär der Serbischen Radikalen Partei des später vor dem Kriegsverbrechertribunal angeklagten ehemaligen Freischärlerführers Vojislav Seselj. Erst im Jahr 2008, nach der Unabhängigkeit des Kosovos, wandte er sich von Seselj ab, um fortan eine gemäßigte, pro-europäische Richtung zu verfolgen. Ein Wendehals also? Die Frage ist berechtigt, und eine endgültige Antwort darauf steht noch aus. Fest steht aber, dass Vucic, seit er 2012 Regierungsverantwortung übernahm, entschlossen gegen die Korruption vorgegangen ist. Er machte den Kampf gegen einige lange als unantastbar geltende Oligarchen zur Chefsache. Außerdem stand er in Reden, Zeitungsbeiträgen und Interviews ein, dass seine Phase als serbischer Ultranationalist ein schwerer Fehler war. Ob er das auch so meint, kann naturgemäß nicht seriös beantwortet werden, aber zumindest bisher sprechen Vucics



Wahlsieger: Aleksandar Vucic

Taten für sich. Nun, da er die alleinige Verantwortung trägt und Misserfolge auf niemanden mehr abwälzen kann, wird er allerdings auch keine Ausreden mehr haben, sollten die angestrebten Ziele verfehlt werden. Das gilt besonders für die im Januar begonnenen EU-Beitrittsverhandlungen. Serbiens, die Vucic als wichtigste Aufgabe seiner Regierung bezeichnet. Die vergangenen beiden Wahlen zeigen, dass die politische Landschaft Serbiens sich grundlegend gewandelt hat. Vucic ist Motor und größter Profiteur dieses Wandels. „Anti-europäische“ Parteien sind von der Bildfläche verschwunden. Bei der Wahl 2012 verfehlte die Radikale Partei von Vucics ehemaligem Idol Seselj erstmals den Einzug in das Parlament. Das war eine Zäsur, denn die Radikalen waren mit ihrer kriegshetzerischen Rhetorik zwei Jahrzehnte lang eine der populärsten Parteien gewesen. Bei der Wahl scheiterte ein weiteres bekanntes Gesicht des serbischen Nationalismus an der Fünfprozenthürde: Erstmals seit ihrer Gründung zieht die Demokratische Partei Serbiens des letzten jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica nicht das Parlament ein. Vucic ist es gelungen, fast alle konservativen, bürgerlichen und gemäßigt-nationalistischen Stimmen auf sich zu vereinigen und die rechtsextremen Kräfte zu marginalisieren. Was er mit dieser Macht anfangen wird, ist damit freilich nicht gesagt. *Michael Martens*

Der Autor ist Balkan- und Türkei-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.





Um das Rathaus in Staufen klimaneutral zu beheizen, sollte Erdwärme genutzt werden. Jetzt droht der historische Ortskern zu zerreißen.

Öko-Katastrophe in Zeitlupe

WIRTSCHAFT Geothermie-Projekt in Baden-Württemberg führt zu schweren Nebenwirkungen

Immerhin, zwei Sorten von Zeitgenossen pilgern nicht mehr wie noch vor einigen Jahren in Scharen ins malerische Staufen im Markgräflerland in Baden-Württemberg. Zum einen machten sich damals die „Risse-Touristen“ mit Fragen wie „Können wir mal die Risse sehen?“ oder „Haben Sie auch Risse an ihrem Haus?“ bei Einheimischen recht unbeliebt. Und dann strömten Journalisten selbst aus den USA und aus China in den beschaulichen 8.000-Seelen-Ort und bettelten ihre Medienberichte mit ungeschönten Schlagzeilen wie „Eine Stadt spaltet sich“ oder „Eine Stadt zerfällt“.

Kretschmann solidarisch Da ist den Bürgern ein Besuch wie vergangene Woche bedeutend lieber: Ministerpräsidentin W. Kretschmann (Grüne), Ministerpräsidentin W. Kretschmann sicherte der Kleinstadt seine Solidarität zu, deren Situation „absolut außergewöhnlich“ sei. Der Grünen-Politiker sicherte zu, Staufen in den nächsten Jahren mit 24 Millionen Euro unter die Arme zu greifen. Die Stadt steuert sechs Millionen Euro bei. Damit soll mit der Beseitigung der auf 50 Millionen Euro geschätzten Schäden begonnen werden, die an 270 Gebäuden nach einer missglückten Geothermiebohrung entstanden sind. Die Betroffenen hätten jetzt „Sicherheit und Verlässlichkeit bei der finan-

»Sicherheit und Verlässlichkeit bei der Bewältigung der Katastrophe.«
W. Kretschmann (Grüne), Ministerpräsidentin

ziellen Bewältigung dieser Katastrophe“, meinte Kretschmann. Reichen dürften die 30 Millionen Euro freilich nicht. Der monetäre Kraftakt, dem bereits fünf Millionen Euro Landeszuschüsse vorausgingen, soll auch dazu beitragen, das gewaltige Imageproblem einzudämmen, das auf den erneuerbaren Energien seit dem Debakel am Oberrhein lastet. Schließlich wollen Kretschmann und Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) an der Erdwärme festhalten, und dies mit fraktionsübergreifender Unterstützung im Landtag. Untersteller sagte, ein spürbarer Ausbau der ökologischen Wärmeerzeugung werde nur gelingen, „wenn wir die Geothermie weiterhin nutzen können“. Der Schock von Staufen sende bundesweit eine unangenehme Botschaft aus: Auch Öko-Energien können mit erheblichen Risiken verbunden sein. Das trifft die Erdwärme besonders hart, die als gigantische Ressource gilt – als oberflächennahe Geothermie für die Wärmeenergiegewinnung und als Tiefengeothermie für die Stromherstellung. Zum Innern des Globus wird es alle 100 Meter um drei Grad wärmer, am Oberrhein sogar um sechs Grad. Aber mit dem großen Durchbruch für die Energiegewinnung aus der Hitze im Untergrund hapert es noch, und das hat nicht zuletzt mit dem Fiasko in Staufen zu tun.

Dort sollte im Herbst 2007 das historische Rathaus ökologisch korrekt beheizt werden. Doch bei der Versenkung von sieben Erdwärmesonden in 140 Meter Tiefe ging etwas schief: Wasser drang in eine Anhydritschicht ein, wodurch Gips entsteht, der sich kräftig ausdehnt. Seither quillt wegen der unterirdischen Gipsbildung der Boden wie ein Hefekuchen auf, und dies schon bis zu 60 Zentimeter. Anfangs schob sich die Erde monatlich um einen Zentimeter nach oben, das Abpumpen von Grundwasser verlangsamte diesen Prozess inzwischen auf drei Millimeter. Niemand weiß, wann die Hebungen aufhören. Bürgermeister Michael Benitz beklagt eine „Katastrophe in Zeitlupe“. An 270 Häusern sind massenhaft Risse in Mauerwerken, Decken, Böden, Treppenaufgängen, Fliesen und Verputz zu beklagen, Fenster und Wände verzieren sich. Ein Gebäude musste abgerissen werden. 70 Häuser sind so stark geschädigt, dass eine Sanierung fraglich ist. Manche Gebäude werden mit Balken abgestützt. Archiv und Grundbuchamt mussten ausquartiert werden. Gastromomen verstecken unschöne Spalten schon mal mit künstlichem Efeu. Zuweilen wölben sich Straßen und Trottoirs auf. Taper betonte Untersteller jüngst auf einer Geothermie-Messe, dass in Baden-Württemberg tausende Erdwärmesonden problemlos arbeiten. Doch der Grüne weiß natürlich, „dass jeder Schaden ein Schaden zu viel ist“. In Staufen sei technisch unsachgemäß gearbeitet worden, meint Kretschmann, aber „unter Beachtung der notwendigen

Sorgfalt“ halte man an der Erdwärme fest. Mittlerweile hat das Land neue technische Standards für Bohrungen und strikte Auflagen zur Qualitätssicherung angeordnet. Der CDU-Abgeordnete Paul Nemeth appelliert an die Regierung, ein Moratorium für Bohrungen in Regionen mit der Gefahr von Gipsbildung zu prüfen. Allerdings steht Staufen nicht allein. Im Herbst wurde die Bodenseeregion von einem Erdbeben erschreckt – eine Fernwirkung von Produktionstests im Schweizer St. Gallen, wo in 4.000 Meter Tiefe Wasser erhitzt werden soll, um es dann oberirdisch für die Erzeugung von Strom und Wärme zu nutzen. Im Umfeld eines Geothermiekraftwerks im pfälzischen Landau fielen Hebungen und Risse im Boden auf. Im elsässischen Dorf Loerschwiller klaffen seit diversen Bohrungen nach Staufferen Mustern in Dutzenden von Häusern Risse, Straßenspalte und Kanaldeckel werden nach oben gedrückt. Im Schwäbischen passierte Ähnliches in Böblingen und Rudersberg. In Schorndorf und Leonberg sackten Gebäude ab. So schlimm wie im Markgräflerland wird es in diesen Orten nicht kommen – vielleicht auch deshalb nicht, weil dort Doktor Faust anders als in Staufen mit Mephisto keinen teuflischen Pakt schloss.

Risiken bei der Nutzung unterirdischer Ressourcen beschäftigten auch den Bundestag, wo es am vergangenen Donnerstag um eine Änderung des Bundesberggesetzes ging, das die Bedingungen regelt, unter denen Bodenschätze gefördert und Bohrungen vorgenommen werden können. Redner der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD sprachen sich für eine Rohstoffgewinnung in Deutschland aus. Forderungen nach einem Verbot neuer Braunkohleabbau wurden zurückgewiesen. Ein entsprechender Antrag der Grünen (18/848), in dem auch Bohrungen zur Erdgasgewinnung mit der Fracking-Fördermethode abgelehnt werden, wurde an die Ausschüsse überwiesen. Annalena Baerbock (Grüne) verlangte: „Die Kohle muss da bleiben, wo sie ist. Unter der Erde.“ Eva Bulling-Schröter (Linke) sagte, „glücklicherweise wachsen die erneuerbaren Energien rasant, und darum braucht diese klimaschädliche Kohle spätestens ab 2040, wahrscheinlich schon weit früher, niemand mehr“. Herlind Gundelach (CDU) warf den Grünen vor, sie würden die Rohstoffförderung am liebsten ganz verbieten. Bernd Westphal (SPD) erklärte, die SPD stehe für Fortschritt und nachhaltigen Bergbau. Er beendete seine Rede mit dem Bergmannsgruß „Glückauf“. *Karl-Otto Sattler*

»Jeder Geothermie-Schaden ist ein Schaden zu viel.«
Franz Untersteller (Grüne), Umweltminister

KURZ NOTIERT

Bahn-Aufsichtsrat soll neu besetzt werden

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG soll anders besetzt werden. Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag (18/592), dass alle Aufsichtsratsmandate der Eigentümerseite nur noch von Personen wahrgenommen werden, „die durch ihr bisheriges Handeln nachgewiesen haben, dass sie für eine Stärkung des Schienenverkehrs in Deutschland stehen und nicht zuvor bei Lobbyorganisationen der Automobil- und Luftfahrtbranche Positionen inne hatten“. Außerdem müssten die der Eigentümerseite zustehenden Aufsichtsratsitze geschlechterparitätisch, also grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen, besetzt werden. Der Antrag wurde am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen. *mik*

Die Linke gegen Pkw-Maut

Der Deutsche Bundestag soll die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland ablehnen. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/806), der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Zudem soll die Bundesregierung alle Planungen für eine Abgabe von Pkw zur Nutzung der Bundesfernstraßen als Maut oder Vignette sofort einstellen, fordert die Fraktion weiter. *mik*

Steuer-Selbstanzeigen auch in anderen Ländern

Neben Deutschland haben fünf weitere G 20-Staaten Regelungen zur strafbefreienden beziehungsweise strafmildernden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung. Die Bundesregierung nennt in ihrer Antwort (18/826) auf eine Kleine Anfrage der Grünen (18/551) die Länder Australien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien und die USA. Ähnliche Instrumente wie die strafbefreiende Selbstanzeige würden auch in der Schweiz und in Österreich existieren „und zeigen, dass die Selbstanzeige keine Besonderheit der deutschen Rechtsordnung darstellt“. In Griechenland sei ein Gesetzentwurf zur Selbstanzeige angekündigt worden. In der Antwort listet die Regierung auch zahlreiche Steueramnestien in G 20-Staaten auf. Amnestien gab es zum Teil mehrmals in Argentinien, Brasilien, China, Großbritannien, Italien, Mexiko, Russland, Südafrika, in der Türkei und in den USA. *hle*

Entlastung für Alleinerzieher kostet 67 Millionen Euro

Eine Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende von derzeit 1.308 Euro auf 1.542 Euro würde zu jährlichen Steuermindererträgen von 67 Millionen Euro führen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/757) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (18/658) mitteilt, würde der Entlastungsbetrag bei 1.542 Euro liegen, wenn er im Gleichklang mit der Entwicklung des Verbraucherpreisindex erhöht werden wäre. Der Entlastungsbetrag soll die höheren Kosten für die Lebens- beziehungsweise Haushaltsführung der Alleinerziehenden in pauschaler Weise abgelenken. *hle*

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma RSD Reiseservice bei.

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln

ENERGIEWENDE Oppositionskritik an Äußerungen Ramsauers (CSU) über mögliche Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke

Dem Streit um die Energiewende und drastisch steigende Energiepreise hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Peter Ramsauer (CSU), neuen Schub gegeben. In einem Interview mit dem „Spiegel“ hatte er vor ein paar Tagen gesagt: „Wer die Energiepreise senken will, muss zur Atomkraft zurück.“ Wenn die Kosten für die Energiewende aus dem Ruder liefen, wären längere Laufzeiten für Atomkraftwerke (AKW) möglich. Bisher ist es Konsens zwischen Bund und Ländern, dass der letzte deutsche Meiler im Jahr 2022 vom Netz genommen wird. Die Äußerungen Ramsauers sorgten daher in der Opposition für Unruhe und waren am Mittwoch sogar Anlass einer von Bündnis 90/Die Grünen initiierten Aktuellen Stunde. Die atompolitische Sprecherin der Fraktion, Sylvia Kotting-Uhl, warf Ramsauer vor, die Energiewende auf eine „weitgehend faktenfremde Kostendebatte“ zu reduzieren. Selbstverständlich sei eine solche „Investition in die Zukunft, in eine unschlag-

bar günstige und sichere Energieversorgung unserer Kinder und Kindeskiner“ nicht umsonst zu haben, betonte sie. Zugleich verwies sie auf eine öffentliche Anhörung des Umweltausschusses zum Thema Tschernobyl und Fukushima am Mittwochmorgen (siehe Text rechts). Diese habe noch einmal die hohen Risiken der Atomkraft deutlich gemacht. Kotting-Uhl erinnerte Ramsauer



Vor dem Ausstieg aus dem Atomausstieg?

außerdem daran, dass die Produktion von Atomstrom auch „Verantwortung für den Müll“ verlange, und da sehe es in Bayern „ganz mau“ aus. Bayern sei nicht einmal bereit, eine Handvoll Castoren zurückzunehmen, kritisierte die Grünen-Abgeordnete. Georg Nüßlein (CSU) nahm Ramsauer in Schutz. In der Koalition arbeite man derzeit intensiv an der Frage, wie die Kosten der Energiewende einigermaßen in den Griff zu bekommen seien. Das bedeute aber nicht, „dass wir zurück zur Kernenergie wollen“. Den Grünen warf Nüßlein vor, so getan zu haben, als ginge die Energiewende „kostenlos vonstatten, als wäre sie billig zu haben“. Dabei sei immer klar gewesen, dass sie teuer und zeitaufwändig würde. Wichtig sei es, die Energiewende so zu gestalten, „dass die Wirtschaft am Ende nicht am Boden liegt“. Sonst werde Deutschland auf diesem Weg niemand folgen, die Energiewende bleibe „eine Inselflösung“. Hubert Zdebel (Die Linke) warf Ramsauer vor, aus dem schweren Atomunfall im März 2011 im japanischen Fukushima nichts gelernt zu haben. Die Lehre aus dem Unglück laute: „AKW gehören abgeschafft, und zwar unverzüglich.“ Er forderte die Regierung auf, die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke deutlich zu verkürzen. Außerdem müsse ein Verbot der friedlichen wie militärischen

Nutzung der Atomenergie im Grundgesetz verankert werden, um zu verhindern, dass eine neue Parlamentsmehrheit den Atomausstieg revidiert. Als „blanken Unsinn“ bezeichnete Zdebel die Annahme, dass Atomstrom billig sei. „Er ist nicht billig, er ist unbezahlbar“, betonte er. Die Kosten für die Atomenergie seien „mit milliarden schweren Subventionen seit Jahrzehnten künstlich niedrig gehalten“ worden.

Tödliche Debatte Matthias Miersch (SPD) bezeichnete es in der Debatte als „tödlich“, auf dem Gebiet der Energiepolitik nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ zu verfahren. Es gehe um Verlässlichkeit und Investitionssicherheit, nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Menschen, die seit Jahrzehnten im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig seien. Sie müssten sich darauf verlassen können, dass es bei der Energiewende bleibt, betonte Miersch. Er machte außerdem wie schon zuvor Hubert Zdebel klar: „Wir alle wissen, das Atomstrom nie billig gewesen ist.“ Es sei eine Frage der politischen Steuerung, die Energiekosten für die Verbraucher akzeptabel zu gestalten. Dies habe man jahrzehntlang so gemacht, sagte Miersch. „Warum sollte das im Zeitalter der Erneuerbaren nicht mehr gehen?“ *Johanna Metz*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Warnung vor zweitem Tschernobyl

Umwelt Die russischen Atomkraftwerke (AKW) weisen massive Sicherheitslücken auf. Die Qualifikation des Personals sei mangelhaft, das Problem der Lagerung der abgebrannten Brennstäbe ungelöst, und die Normen für die radioaktive Sicherheit würden immer weiter aufgeweicht. Diese Einschätzungen von Vladimir Kuznetsov, Professor der Arkhangelsk Arctic State University, lösten am vergangenen Mittwoch in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit große Besorgnis unter den Abgeordneten aus. Thema der Anhörung waren die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl am 26. April 1986 und Fukushima am 11. März 2011. Kuznetsov, der selbst als Hauptingenieur in Tschernobyl gearbeitet hatte, und dort nach dem Unglück am 26. April 1986 als Liquidator tätig war, sagte, die Havarie des AKW habe alle Schwachstellen der Atomenergienutzung in der damaligen Sowjetunion ans Licht gebracht. Diese seien aber auch heute nicht beseitigt. So könne die russische Atomaufsichtsbehörde ihre Kontrollfunktion nicht unabhängig ausüben. Außerdem gebe es für die oft mehr als 40 Jahre alten AKW keine durchgehenden Sicherheitskonzepte, obwohl die alten Reaktoren vom Typ RBMK, zu denen auch Tschernobyl gehörte, „hochgefährlich“ seien. Sie dürften nach An-

sicht von Kuznetsov nicht weiter genutzt werden. Für eine Stilllegung stelle die russische Regierung aber kein Geld zur Verfügung. Stattdessen fördere sie die Entwicklung von Verfahren, mit denen die Kapazitäten der alten Reaktoren weiter erhöht werden sollen. Kuznetsov warnte: Wenn die alten Reaktoren nicht stillgelegt würden, drohe „eine Wiederholung der Katastrophe von Tschernobyl“. Die Vorsitzende des Umweltausschusses, Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), sicherte im Namen aller Fraktionen die Hilfe Deutschlands zu. Es müsse jetzt genau überlegt werden, „wie wir Unterstützung leisten können, auch für die Zivilgesellschaft vor Ort“, sagte sie. Im Anschluss an die Ausführungen Kuznetsovs berichtete der frühere Premierminister Japans, Naoto Kan, dem Ausschuss von den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011. Kan, der zum Zeitpunkt der Katastrophe Regierungschef war, betonte, dass seit der Atomkatastrophe Japans stillgelegt seien. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix sei massiv gestiegen und die japanische Wirtschaft komme ohne Atomkraft gut aus. Die Katastrophe von Fukushima sei indes noch nicht vorbei, so Kan. Bis heute trete Grundwasser in das Gelände ein, ein Teil des versuchten Wassers fließe wahrscheinlich ins Meer. *joh*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSIIERT

Mark Mazower: Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte.
C.H. Beck Verlag, München 2013; 464 S., 27,95 €

„Vereinte Nationen!“, rief US-Präsident Roosevelt. „Gut!“, erwiderte Britanniens Premierminister Churchill und trat splitter-nackt aus dem Gästebadzimmer im Weißen Haus. Das Treffen fand im Dezember 1940 statt: Der Brite wollte mit den Amerikanern die weitere Zusammenarbeit im Kampf gegen Nazi-Deutschland besprechen. Roosevelt suchte nach Wegen, um das Bündnis seinen Landsleuten „schmackhaft“ zu machen, schreibt Mark Mazower, Leiter des „Center for International History“ der Columbia Universität in New York, in seinem neuen Buch. Um „Gefahren für die zivilisierte Welt“ abzuwenden, dachte man damals in London über die Gründung einer internationalen Organisation nach. Im Unterschied zum gescheiterten Völkerbund sollte sie die USA dazu verpflichten, „nach dem Krieg gemeinsam mit uns als Weltpolizisten“ aufzutreten, bis Ordnung und Sicherheit wiederhergestellt seien. Tatsächlich beendete Roosevelt den bisherigen isolationistischen Kurs der USA, entschied sich für eine Politik der Internationalisierung und stimmte der Gründung der Vereinten Nationen zu.

In seinem exzellenten Buch beschreibt Mazower, warum internationale Konferenzen und Organisationen, wie der Wiener Kongress von 1815, der Völkerbund oder die Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurden und was zu ihrem Scheitern führte. Kritisch bewertet er die Wirklichkeit des Kalten Krieges, als die Großmächte USA und Sowjetunion das Völkerrecht entsprechend ihren nationalen und ideologischen Interessen instrumentalisierten.

Die Rolle internationaler Experten-Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen (Global Governance) als Ersatz für die Vereinten Nationen lehnt der Historiker ab. Nachdrücklich plädiert er für den Erhalt der UNO, denn sie werde auch von der neuen Weltmacht China respektiert. Mazower fordert Regierende und Volksvertreter auf, ihren Auftrag wahrzunehmen und ihre Verantwortung nicht an Experten, Beamte und andere Akteure ohne politisches Mandat abzugeben. manu

Anne Applebaum: Der Eisernen Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956.
Siedler Verlag, München 2013, 639 S., 29,95 €

Für ihr Buch „Der Gulag“ erhielt die amerikanische Historikerin und Journalistin Anne Applebaum 2004 bereits den Pulitzer-Preis. Mit „Der Eisernen Vorhang“ hat sie erneut ein empfehlenswertes Werk über die osteuropäische Tragödie vorgelegt. Obwohl die Thematik bereits in Hunderten wissenschaftlichen Studien und Artikeln bearbeitet wurde, gelingt es der Autorin auf Grund ihrer journalistischen Erfahrung, die Fakten unter Einbeziehung menschlicher Schicksale neu zu erzählen.

Anne Applebaum berichtete Ende der 1980er Jahre für den „Economist“ und später für die „Washington Post“ aus Warschau. In den Folgejahren beschäftigte sie sich mit der Entwicklung in den drei osteuropäischen Staaten DDR, Polen und Ungarn zwischen 1944 und 1956. Verheiratet ist die Direktorin des Legatum-Instituts in London mit dem polnischen Historiker und Außenminister Radek Sikorski.

Für ihr neues Buch nutzte Applebaum zahlreiche in Russland veröffentlichte neue Archivalien, außerdem recherchierte sie in den Archiven osteuropäischer Geheimdienste. Mit diesem Material kann sie beweisen, dass die Sowjetunion die Zivilgesellschaften in ihren Satellitenstaaten Osteuropas bewusst zerstörte. Nachdem dieses Ziel erreicht war, folgte die kommunistische Umorganisation.

Besonders eindrucksvoll sind die Berichte über die Juden, die den Holocaust überlebt hatten und anschließend in Osteuropa weiter diskriminiert wurden. Damit nicht genug: Als der Anführer der nationalistischen ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) realisierte, dass Nazi-Deutschland den Zweiten Weltkrieg verlieren würde, trieb er die Gründung eines unabhängigen Staates in Südpolen und in der Westukraine voran. Rund 50.000 polnische Zivilisten, die in dem Gebiet lebten, wurden ermordet, Zehntausende flohen. Der ukrainische KP-Chef Nikita Chruschtschow setzte die Vertreibung der Polen aus den annektierten Gebieten fort. Zugleich schickte er 80.000 Westukrainern in den Gulag. Ihre Enkel demonstrieren heute auf dem Maidan in Kiew. manu



Bundestagspräsident Norbert Lammert (2. von rechts) und die preisgekrönten ARD-Journalisten Jochen Graebert, Matthias Deiß und Robin Lautenbach (von links nach rechts)

Gegenseitiges Lob

AUSGEZEICHNET ARD-Dokumentation über den NSU-Untersuchungsausschuss erhält Medienpreis Politik 2013 des Bundestages

Gut eineinhalb Jahre arbeitete der Untersuchungsausschuss des Bundestages, um Licht in das Dunkel der Mordserie der Terrorzelle „Nationalesozialistischer Untergrund“ (NSU) und die Pannen der Ermittlungsbehörden zu bringen. Jetzt hat der Bundestag einen Film über die parlamentarische Aufarbeitung dieser Ermittlungen im NSU-Untersuchungsausschuss mit dem Medienpreis Politik 2013 gewürdigt. Bundestagspräsident Norbert Lammert ehrte die Autoren Matthias Deiß, Jochen Graebert und Robin Lautenbach von der ARD in der vergangenen Woche vor zahlreichen Gästen im Berliner Haus der Kulturen der Welt mit dem mit 5.000 Euro dotierten Preis.

„Staatsversagen. Der NSU-Ausschuss und die schwierige Aufarbeitung“ lautet der Titel der TV-Dokumentation, die im August 2013 im ersten Programm gesendet wurde. Die drei ARD-Hauptstadtstudio-Korrespondenten hatten hinter die Kulissen geschaut und gezeigt, wie die Abgeordneten im Ausschuss immer wieder mit plötzlich verschwundenen Akten, Zeugen, die sich nicht erinnern wollten, und unwilligen Verfassungsschutzbehörden kämpfen mussten.

Wie die Abgeordneten, so hatten sich auch die Filmautoren auf die Suche nach Antworten gemacht.

Sie führen zu den Tatorten, sichten geheime Akten und standen mit Tülin Özüdoğru, der Tochter eines NSU-Mordopfers, am Grab ihres ermordeten Vaters. „Emotional berührend wird die Geschichte aus der Perspektive der Opfer und ihrer Angehörigen erzählt“, sagte Thomas Kröter („Kölner Stadtanzeiger/Mitteldeutsche Zeitung“) als Vertreter der siebenköpfigen Medienpreis-Jury.

»Kollektives Entsetzen« Hauptpersonen sind die „politischen Antipoden“ des Untersuchungsausschusses, der ehemalige Polizist und heutige CDU-Abgeordnete Clemens Binninger, sowie Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau als Vertreterin der Linken, die bis vor Kurzem vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. „Pau und Binninger verkörpern das kollektive Entsetzen aller politischen Kräfte im Bundestag“, sagte Kröter. Am Ende des Films bleibe die Frage unbeantwortet: Wie konnte das passieren? Der Film lege nahe, sagte Kröter, dass es eine Ursache gibt, die in den Köpfen der Fahnder steck. „Welchen Schluss soll der Zuschauer ziehen? Die Autoren vertrauen auf dessen Urteilskraft“, sagte Kröter. Norbert Lammert ergänzte, an diesem besonders bedrückenden Beispiel werde gezeigt, wozu man Parlamente braucht und wozu sie in der Lage sind.

Kurz vor Fertigstellung des Films sei aufgefallen, dass die Abgeordneten in einem „außerordentlich guten Licht“ dargestellt würden, erinnerte sich Preisträger Robin Lautenbach. Auf der Suche nach „kritischer Distanz“ sei man nicht fündig geworden. Es sei der Tatsache des Verbrechens und der Tatsache des Versagens der Ermittlungsbehörden geschuldet, dass die Abgeordneten zusammengearbeitet hätten.

„Das war die Stärke dieses Ausschusses“, brachte Lautenbach seinen Respekt vor der Arbeit der Parlamentarier zum Ausdruck: „Unsere Abgeordneten können, wenn es darauf ankommt, eine gute Arbeit leisten.“ Deshalb hätten sie auf eine kritische Distanz verzichtet, betonte der Fernsehjournalist. „Tülin Özüdoğru hat uns ihre Gedanken mitgeteilt, dass man ihr den Vater genommen und ihn als Rauschgiftändler dargestellt habe, der aus dem Milieu heraus ermordet worden sei.“

Faktencheck Nominiert für den Medienpreis Politik waren ferner das Team des „ZDFcheck“, vertreten durch Eckart Gadum, Imke Pässler-Strauß und Sonja Schünemann, sowie Reinhard Bingener und Timo Frasch von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ für ihr Porträt über den „besten Bundestagsabgeordneten der Welt“.

Der „#ZDFcheck“ überprüfte Aussagen von Politikern im Bundestagswahlkampf 2013 auf ihren Wahrheitsgehalt. Gecheckt wurden nur Fakten, nicht Meinungen. Dies ließ sich live im Internet (zdfcheck.de) verfolgen. Der ZDF-Faktencheck habe sich von der Konkurrenz dadurch unterschieden, dass er seinen Namen zu Recht trägt, meinte Juror Kröter.

»Liebvolles Porträt« Die Autoren Reinhard Bingener und Timo Frasch hatten den „besten Abgeordneten der Welt“ in seiner niederbayerischen Heimat besucht. Ernst Hinken, mittlerweile 71, vertrat den Wahlkreis Straubing von 1980 bis 2013 im Bundestag. Bingener und Frasch fahndeten nach den Gründen für den Erfolg des Abgeordneten, der Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Tourismusbeauftragter der Bundesregierung und Vorsitzender des Tourismus- und des Wirtschaftsausschusses war. Entstanden sei „keine ‚Niedermach-‘Geschichte, sondern ein liebevolles Porträt“, urteilte Kröter. Der Leser lerne auf vernünftige Weise, „wie Politik so funktioniert, auch außerhalb des Wahlkreises“. Der Medienpreis würdigt seit 1993 publizistische Arbeiten, die zu einem tieferen Verständnis der parlamentarischen Arbeit beitragen. Bislang haben 24 Journalisten den Preis erhalten. Volker Müller

Granin dankt Lammert

BUNDESTAG Daniil Granin, Gastredner im Bundestag anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, hat sich in einem Brief bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ausdrücklich für dessen Gastfreundschaft bedankt. Der 95-jährige russische Schriftsteller hatte in den Jahren 1941/42 als Soldat im von der Wehrmacht eingekesselten Leningrad gekämpft. In seiner Rede vor dem Bundestag hatte er die Schrecken der 900-tägigen Blockade geschildert.



Daniil Granin

„Einer der Höhepunkte meines Besuchs im Bundestag war das Treffen mit Ihnen, insbesondere auf Ihre wunderbar herzliche Einladung hin fühlte ich mich als willkommener Gast. Das war nicht so einfach, denn im siegreichen Jahr 1945 sahen wir Ihren Reichstag, der für uns immer mehr zum Symbol für das ersehnte Kriegsende wurde“, schreibt Granin an Lammert. Die erfahrene Herzlichkeit während seines Besuchs werde er „vermutlich für immer in guter Erinnerung behalten“, versichert Granin. aw

Neuer Vorstoß zur Raubkunst

KULTUR Die Bundesregierung prüft derzeit, ob und inwieweit die Verjährungsfristen für NS-Raubkunst ausgesetzt werden können. Darüber informierte Staatsministerin Monika Grütters (CDU) den Kulturausschuss des Bundestages in der vergangenen Woche. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf eine erneute Initiative des Bundesrates. Die Länderkammer hatte in der Woche zuvor einen entsprechenden Entschließungsantrag Hamburgs angenommen. Die geltenden Verjährungsregelungen hätten insbesondere bei NS-Folgebündel entzogen und kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern zu „unangemessenen Ergebnissen“ geführt, heißt es in der Entschließung. So müsse NS-Raubkunst, wenn sie erst nach Ablauf der 30-jährigen Verjährungsfrist gefunden wird, nicht an die ursprünglichen Besitzer oder deren Erben zurückerstattet werden. Der Bundesrat will durch die Regierung vor allem prüfen lassen, ob die Verjährungsfrist an den „gutgläubigen Erwerb“ gekoppelt werden kann. Das heißt, der Besitzer müsste im Zweifelsfall nachweisen, dass er nicht wusste, dass es sich bei einem erworbenen Kunstobjekt um Raubkunst handelt. Über einen kürzlich eingebrachten Gesetzentwurf Bayerns, in dem dezidiert die Aufhebung der Verjährungsfrist im Fall von wissentlich erworbener NS-Raubkunst gefordert wird, wird die Länderkammer voraussichtlich erst Mitte April abschließend beraten. Eine Aufhebung der Verjährungsfrist in Einzelfällen gilt als verfassungsrechtlich sehr schwierig. aw



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Bauplan für ein festes Fundament

KÜNSTLERSOZIALKASSE Regierung will Prüfpflicht der KSK-Abgabe gesetzlich regeln

Etwa 180.000 freischaffende Künstler, Musiker, Journalisten und Publizisten sind über die Künstlersozialkasse (KSK) gesetzlich krank-, pflege- und rentenversichert. Sie haben den Vorteil, nur etwa die Hälfte der Beiträge aufbringen zu müssen, womit ihre Beitragslast derjenigen eines Arbeitnehmers entspricht. Die andere Hälfte wird von den zur Künstlersozialabgabe Verpflichteten und vom Bund aufgebracht. So weit – so gut. Doch nicht alle Unternehmen, die freiberufliche Künstler beauftragen und eigentlich abgabepflichtig wären, zahlen auch. Mit der Folge, dass der Beitragssatz für die beitragshehrlichen Unternehmen steigt. Lag er 2013 bei 4,1 Prozent der Honorarsumme, beträgt er 2014 bereits 5,2 Prozent.

Zeitnahe Entwurf So kann es nicht weitergehen, befand man beim Deutschen Tonkünstlerverband (DTKV) und reichte in Person des DTKV-Justizars Hans-Jürgen Werner eine Petition beim Bundestag ein. Ziel des Ganzen: Die Deutsche Rentenversicherung soll gesetzlich verpflichtet werden, im Rahmen ihrer Betriebsprüfungen – spätestens alle vier Jahre – die Kontrollen zur KSK-Abgabe vorzunehmen. Während der öffentlichen Beratung der Eingabe durch den Petitionsausschuss in der vergangenen Woche wurde deutlich: Auch die Bundesregierung sieht Handlungsbedarf. Um die KSK auf ein festes Fundament



Gabriele Lösekrug-Möller

zu stellen, werde man „zeitnah“ einen Gesetzentwurf vorlegen, kündigte Gabriele Lösekrug-Möller (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Sozialministerium, an. Schon im vergangenen Jahr, erinnerte sie, habe die schwarz-gelbe Bundesregierung die Deutsche Rentenversicherung zu den Kontrollen im Rahmen der Betriebsprüfungen verpflichten wollen. Das Gesetz sei jedoch schlussendlich ohne diesen Passus verabschiedet worden. Haupttreitpunkt seien die Kosten gewesen, die von der Ren-

tenversicherung deutlich höher geschätzt wurden als von der Regierung. Abgeordnete aller Fraktionen zeigten sich erfreut über die Ankündigung aus dem Bundessozialministerium. Es sei wichtig, „die KSK am Leben zu erhalten und für die Zukunft vernünftig auszugestalten“, sagte Stefan Schwartze (SPD). Paul Lehrieder (CSU) forderte eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Dazu müssten Unschärfen bei der Erfassung des Kreises der Abgabepflichtigen beseitigt werden. Auch Matthias W. Birkwald (Die Linke) sprach sich für eine zukunftsfähige Lösung aus. „Wir waren auch im letzten Jahr schon an einer Regelung interessiert“, sagte er mit Blick auf das seinerzeit gescheiterte Gesetzgebungsverfahren. Zugleich verwies er auf eine Äußerung des KSK-Beirats, wonach der Bund angesichts dieses Scheiterns für den Fehlbetrag aufkommen müsse.

Dichte Prüfung Corinna Rüffer (Grüne) verwies auf die soziale Lage der Künstler. Die sei abhängig davon, „dass wir hier eine Regelung finden, die dauerhaft tragfähig ist.“ Stabilität und Akzeptanz der KSK würden einander bedingen. „Wir finden es gut, dass sie erkennen, dass Unkenntnis nicht vor Abgabe schützt, aber eine dichte Prüfung die Voraussetzung für Abgabe ist“, sagte die Grünen-Abgeordnete an die Bundesregierung gewandt. Götz Hauding

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

AUFGEKEHRT

Raufen für Ramsauer

So viel Generosität unter Gegnern ist selten. Noch bevor die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, am Mittwochabend in der Bayerischen Landesvertretung einen Empfang für ihren Vorgänger Peter Ramsauer gab, der gerade sechzig geworden war, machten ihm die Grünen im Plenarsaal des Bundestages ein ganz besonderes Geschenk. Ungewollt hatte sie der Jubilar selbst auf die Idee gebracht. Er „schließe nicht aus“, hatte Ramsauer in einem Interview gesagt, dass man in ein paar Jahren angesichts aus dem Ruder laufender Energiekosten zu dem Schluss kommen könnte, lieber die Atomkraftwerke noch etwas länger laufen zu lassen. Auch wenn das derzeit niemand wollte (treuen Augenschlag bitte dazudenken). Sofort erkannten die Grünen die Chance für ein versöhnliches Signal an die Schwarzen und beantragten eine Aktuelle Stunde zu Ramsauers Äußerungen (siehe Seite 10). Schließlich weiß der Ober-Grüne aus München, der Hofreiter Toni, was für einen g'standenen Bayern wie Ramsauer der Höhepunkt eines gelungenen Festes ist: a g'scheit's Raffats (Rauferei). Denen, die das nicht glauben wollen, lieferte danach Ramsauers Vorgänger als Chef der christ-sozialen Parlamentariertruppe, der gute alte Michael Glos, den empirischen Beweis. „Der Anteil von Verurteilungen für gefährliche Körperverletzung“, so führte der Mainfranke vor den Gästen in der Bayern-Vertretung aus, „ist in Altbayern doppelt so hoch wie in Franken.“ Der vom Gegner derart trefflich Beschenke konnte sich denn auch noch am Abend vor Freude kaum halten. Voller Dankbarkeit rief er den Grünen zu: „Macht's es zum 65sten wieder so!“

Peter Stütze |

VOR 45 JAHREN ...

Rechte Hand der Parlamentarier

1. April 1969: Mitarbeiter für Abgeordnete Sie sind die stillen Arbeiter im Bundestag: die über 4.000 Mitarbeiter der Abgeordneten. In der Öffentlichkeit werden sie nur selten wahrgenommen. Als den Parlamentariern ab dem 1. April 1969 im Zuge der „Kleinen Parlamentarierreform“ Finanzmittel für die Beschäftigung von Mitarbeitern zugesprochen wurde, war das anders. Erst 1968 wurden die Diäten erhöht und gleichzeitig die Altersversorgung der Abgeordneten aufgebessert – nun also auch noch Mitarbeiter, für die jedem Parlamentarier 1.500 D-Mark pro Monat zur Verfügung gestellt wurden. Auch der Nutzen der Mitarbeiter wurde infrage gestellt: Viele Abgeordnete wüs-



Abgeordnete des Bundestages: Sie haben erst seit 1969 die Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen.

ten nicht, „wie sie ihre neuen Mitarbeiter sinnvoll beschäftigen könnten“, schrieb „Der Spiegel“ noch Ende 1969. Dabei beendete die Neuregelung eine „Dreiklassen-Gesellschaft“ im Bundestag: Inhaber von Bundestags- oder Fraktionsämtern hatten bereits eigene Büros mit Hilfskräften; einigen Abgeordneten wurden Arbeitsräume und Bürokräfte etwa von Parteien oder Unternehmen zur Verfügung gestellt; andere mussten vom Aktenablagen bis zum Post frankieren alles selbst erledigen. Da die anfangs zur Verfügung gestellten Mittel nur für einen Mitarbeiter reichten, legten Abgeordnete auch zusammen, um sich eine Sekretärin und einen wissenschaftlichen Assistenten leisten zu können. Heute sind die finanziellen Möglichkeiten besser: 16.019 Euro im Monat stehen mittlerweile jedem Abgeordneten für Mitarbeiter zur Bewältigung der Aufgaben in Berlin und dem Wahlkreis zur Verfügung. Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: BEGRÜSSUNG DER IP-STIPENDIATEN DES BUNDESTAGES



Die neuen IP-Stipendiaten des Bundestages stellen bei ihrer Begrüßung durch Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn (SPD, ganz links) ihre Herkunftsländer vor.



»Noch nie einen Menschen aus Moldau getroffen«

Der Ungar ist ewig schwermütig und träumt vom Meer und dem Gebirge. In Weißrussland gibt es nur Kartoffeln und Wodka zu kaufen. Französinnen haben an jedem Wochentag einen anderen Geliebten und Polen arbeiten in Kohleminen, sind andauernd betrunken und werfen sich in den Staub, sobald ein katholischer Würdenträger des Weges kommt. Mit einem gehörigen Maß an Selbstironie und teils erstaunlichen schauspielerischen Qualitäten haben die Teilnehmer am diesjährigen Programm des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) bei der offiziellen Eröffnungsveranstaltung am vergangenen Donnerstag in der Freien Universität (FU) Berlin sich und ihre Herkunftsländer vorgestellt. Getreu dem Motto: Vorurteile sind furchtbar – lässt uns darüber lachen. Einer der Höhepunkte aus schauspielerischer Sicht war der Auftritt der Vertreter aus Armenien, Russland und den USA. Sie stellten das derzeitige Leben des jungen Informatikers Edward S. nach, der – gestrandet in einem Land, „in dem die Menschen schon zum Frühstück Wodka trinken und

die Demokratie immer noch geschützt und überwacht wird“ – einen Brief an seinen Vater schreibt. Einfach köstlich: Stipendiaten, Abgeordnete und Ehrengäste waren begeistert. Für die 120 IPS-Teilnehmer aus 31 Ländern beginnt nun der Ernst des Praktikums: Bis Ende Juli werden sie in den Büros „ihrer“ Bundestagsabgeordneten arbeiten, die Wahlkreise besuchen oder an Veranstaltungen der politischen Stiftungen teilnehmen. „Vom IPS profitieren beide Seiten, das deutsche Parlament ebenso wie die Stipendiaten“, sagte Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn (SPD) während ihrer Begrüßungsansprache. Das Parlament betrachte die Zusammenarbeit mit den Stipendiaten als Bereicherung und kulturelle Anregung. „Das tut uns gut“, sagte Bulmahn. Die Stipendiaten wiederum könnten das politische System in Deutschland kennenlernen und erfahren, „wer bei uns wirklich das Sagen hat“. Gemeint seien damit natürlich die Abgeordneten, sagte augenzwinkernd der Leiter der für das IPS zuständigen Be-

richterstattergruppe, Bernhard Schulte-Drüggelte. Der CDU-Abgeordnete baute gleich mal ein bisschen positiven Druck auf. Nach dem Motto: Wer sich als Stipendiat gut macht, kann es weit bringen. Er verwies auf die der Veranstaltung beiwohnende Botschafterin Mazedoniens in Deutschland, Kornelija Utevska-Gligorovska, die auch einst zu den Stipendiaten gehört hat. Durch das IPS könnten Freundschaften geknüpft werden, „die ein Leben lang halten“, hatte zuvor schon Peter-André Alt, Präsident der FU und Gastgeber des Abends, angemerkt. Dass die Stipendiaten schon von Anfang an miteinander das Gespräch suchen, bestätigte Mona Sophie Meron aus Israel. Sie habe zwar noch nicht mit jedem einzelnen Stipendiaten gesprochen, „aber schon Vertreter aus jedem Land kennengelernt“. Und Betsy Crowder aus den USA sagte: „Ich hatte zuvor noch nie einen Menschen aus Moldau getroffen. Und jetzt habe ich dort schon einen guten Freund.“ Hört sich so an, als ob das IPS auch im Jahr 2014 ein Erfolg werden könnte. Götz Hausding |

LESERPOST

Leserbrief zur Ausgabe 6-7 vom 3.2.2014, „Der Wert der Wende“ auf Seite 2:

Es ist skandalträchtig, wenn immer noch Menschen, die sich etwas finanziell nicht mehr leisten können, als „sozial Schwache“ betitelt werden. Ich bin nicht „sozial schwach“, wenn ich mir etwas nicht mehr leisten kann, ich werde höchstens „sozial geschwächt“, wenn ich nicht mehr am kapitalen und kulturellen Leben teilnehmen darf – und das ist eine noch unbeantwortete Frage, die sich an unser gesamtes Gesellschaftssystem richtet. 37 Jahre Sozialversicherungspflicht, eine Leih- und zwei Studien führen offenbar zur „sozialen Schwäche“, aber nicht zur Geisteschwäche. Herbert Kleiner, Argenbühl

Ohne diese Geschäftsmodelle gäbe es heute kein Netz mehr. Und weil dieses Netz eben nie neutral und immer ein privatwirtschaftliches Geschäftsmodell ist, hat es mit dem Staat nichts zu tun. Jede staatliche Beteiligung, wie derzeit bei der Diskussion über die Versorgung mit Breitbandinternet, ist eine unzulässige Subvention für Privatunternehmen. Diese Subventionen kommen dann auch den Firmen zu Gute, die riesige Gewinne machen und nichts für das Netz bezahlen. Wenn es dem Staat wirklich um Fürsorge und Grundversorgung geht, reicht eine ISDN-Leitung, und die ist überall vorhanden. Alles darüber ist Privatvergnügen und sollte zwischen Anbietern und Konsumenten geregelt werden.

Hoffentlich hat der Internetausschuss mehr Kompetenz und kann staatliche Aufsicht von unternehmerischen Geschäften unterscheiden. Johannes Bauer, per E-Mail

Leserbrief zur Ausgabe 8 vom 17.2.2013, „Mehr Kooperation mit Togo“ auf Seite 4:

Der Artikel erweckt den Eindruck, dass Togo auf einem guten Weg zu mehr Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung ist. Die Äußerungen des togoischen Außenministers werden kritiklos wieder gegeben. Seit 47 Jahren herrscht eine Familie über das westafrikanische Land. Der togoische Präsident Faure Gnassingbé arbeitet an der Erhaltung seiner Macht und nicht an der Einführung demokratischer Strukturen. So

wurden die Parlamentswahlen 2013 auf keiner fairen Basis durchgeführt. Der Parlamentspräsident und seine Vizepräsidenten sind alle Abgeordnete der Regierungspartei, der Opposition werden bis heute zentrale Mitwirkungsrechte im togoischen Parlament verweigert. Seit 2012 geplante Kommunalwahlen wurden bis heute nicht durchgeführt, denn in vielen Städten rechnen man damit, dass die Opposition die Bürgermeisterwahlen gewinnt. Hinrich Kuessner, Greifswald

Leserbrief zur Ausgabe 9-11 vom 24.2.2014, „Flucht von allen Ämtern“ auf Seite 14:

Zum Rücktritt Oskar Lafontaines (SPD) 1999 fällt mir folgende Anekdote ein: Zur Besprechung mit den Abteilungsleitern des Bundesfinanzministeriums erschien der Minister mit einer Aktentasche, die er neben seinen Stuhl abstellte. Während der Besprechung erhob er sich wortlos und verließ den Raum. Alle meinten, er komme einem dringenden Bedürfnis nach. Aber er kam nie wieder. Seine Aktentasche wurde ihm nachgeschickt. Hans Buob, Mondorf am Rhein

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 7. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 31.3.-4.4.2014

Rentenversicherung (Do), Programm für Barrierefreiheit (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PERSONALIA

>Heinrich Pohlmeier † Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CDU

Am 6. März starb Heinrich Pohlmeier im Alter von 91 Jahren. Der promovierte Germanist aus Büren trat 1964 der CDU bei, stand von 1967 bis 1985 an der Spitze des CDU-Kreisverbands Büren beziehungsweise Paderborn und gehörte von 1970 bis 1980 dem NRW-Landtag an. Pohlmeier, Direktkandidat des Wahlkreises Paderborn, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1987 bis 1990 war.

>Benno Zierer Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CSU

Am 24. März begeht Benno Zierer seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Regensburg trat 1960 der CSU bei und gehörte von 1970 bis 1982 dem Bezirkstag Oberpfalz an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Regensburg engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Verteidigungsausschuss.

>Carl-Dieter Spranger Bundestagsabgeordneter 1972-2002, CSU

Am 28. März vollendet Carl-Dieter Spranger sein 75. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Ansbach wurde 1968 CSU-Mitglied, war von 1989 bis 2001 Bezirksvorsitzender seiner Partei in Mittelfranken und gehörte von 1977 bis 2001 dem CSU-Landesvorstand an. Von 1982 bis 1991 amtierte Spranger als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren und von 1991 bis 1998 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Spranger, Direktkandidat des Wahlkreises Ansbach, gehörte im Bundestag zuletzt dem Auswärtigen Ausschuss an, als dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1998 bis 2002 amtierte.

>Hans-Dirk Bierling Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Hans-Dirk Bierling wird am 29. März 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Großenhain/Kreis Meißen trat 1972 der CDU bei, war von 1976 bis 1990 Mitglied des Bezirksvorstands Dresden und 1989/90 Mitglied des Parteivorstands der Ost-CDU. Von 1974 bis 1984 Mitglied des Kreistages in Großenhain, gehörte Bierling 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Hier amtierte er als stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion. Im Bundestag arbeitete Bierling im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Martin Pfaff Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Am 31. März wird Martin Pfaff 75 Jahre alt. Der promovierte Volkswirt aus Augsburg trat 1976 der SPD bei, war Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Augsburg und stand von 1991 bis 1996 an der Spitze des Bezirksvorstands Schwaben. Von 1994 an leitete er die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Pfaff arbeitete im Bundestag im Gesundheitsausschuss mit.

>Martin Horstmeier Bundestagsabgeordneter 1965-1983, 1986-1987, CDU

Martin Horstmeier vollendet am 1. April sein 85. Lebensjahr. Der Landwirt aus Lübbecke, Agrarfachmann der CDU in Ostwestfalen-Lippe, stand von 1959 bis 1967 an der Spitze der Westfälisch-Lippischen Landesregierung und war von 1968 bis 1972 Bundvorsitzender der Organisation. Im Bundestag engagierte sich Horstmeier vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Hans Koschnick Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD

Am 2. April begeht Hans Koschnick seinen 85. Geburtstag. Der Verwaltungsbeamte aus Bremen trat 1950 der SPD bei, war von 1970 bis 1990 Mitglied des Bundesvorstands und von 1975 bis 1979 stellvertretender SPD-Parteivorsitzender. Von 1967 bis 1985 amtierte Koschnick als Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und war 1971/72 und 1981/82 Bundesratspräsident. Der Direktkandidat des Wahlkreises Bremen-West engagierte sich im Bundestag im Verteidigungs- sowie im Auswärtigen Ausschuss.

>Christine Lucyga Bundestagsabgeordnete 1990-2005, SPD

Am 6. April wird Christine Lucyga 70 Jahre alt. Die promovierte Philologin aus Rostock wurde im September 1989 Mitglied im Neuen Forum Rostock und trat Ende jenes Jahres der SPD bei. 1990 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Im Bundestag arbeitete Lucyga im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Verkehrsausschuss mit.

>Hans Verheyen Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Bündnis 90/Die Grünen

Hans Verheyen wird am 6. April 70 Jahre alt. Der Diplom-Theologe aus Bielefeld gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Grünen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. Im Bundestag gehörte Verheyen dem Haushaltsausschuss an. bnh |

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Die G8 gibt es in dieser Form nicht mehr



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Auf der Tagesordnung eines Frühjahrsrates der europäischen Staats- und Regierungschefs steht in der Regel die Frage, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und damit die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung verbessern können. Das wird auch dieses Mal so sein, und doch steht dieser Rat auch wieder ganz im Zeichen anderer Ereignisse; er steht im Zeichen der Entwicklungen in der Ukraine.

Die Entwicklungen führen uns nachdrücklich vor Augen, wie verletzlich der Schatz von Frieden in Freiheit in Europa auch über ein halbes Jahrhundert nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist. Wir hatten geglaubt, dass sich 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer der Friedensauftrag der europäischen Einigungsidee gleichsam umfassend erfüllt habe, und wir haben schon beinahe vergessen, dass der letzte Krieg auf dem europäischen Kontinent, dem westlichen Balkan, noch keine Generation her ist. Es grenzt an ein Wunder, dass sich viele Völker Europas nach Jahrhunderten des Blutvergießens und den Schlachten vor fast 60 Jahren zu ihrem Glück vereint haben. Wie kostbar dieses Glück ist, erleben wir gegenwärtig in der Ukraine.

Das sogenannte Referendum am vergangenen Sonntag auf der Krim entsprach weder den Vorgaben der ukrainischen Verfassung noch den Standards des Völkerrechts.

Die Stellungnahmen von OSZE und Europarat dazu sind eindeutig; Russland ist in allen internationalen Organisationen weitgehend isoliert.

Das Ergebnis dieser sogenannten Abstimmung auf der Krim wird die internationale Völkergemeinschaft nicht anerkennen. Es handelt sich um einseitige Veränderungen von Grenzen. Die

Annahme eines entsprechenden Resolutionsentwurfs im UN-Sicherheitsrat scheiterte, wenig überraschend, am russischen Veto. Dass alle anderen Sicherheitsratsmitglieder für die Resolution stimmten oder sich, wie China, enthielten, spricht jedoch eine deutliche Sprache.

Die Europäische Union hat am vergangenen Montag beim Rat der Außenminister mit ersten gezielten Sanktionen reagiert und gegenüber 21 Personen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen oder unterminieren, Reisebeschränkungen und Vermögenssperren ausgesprochen. Einen Tag später erfolgten die Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der Krim durch Russland und der Vertragschluss zu einem Beitritt der Krim zur Russischen Föderation, also weitere völkerrechtswidrige Schritte gegen die Einheit der Ukraine. Sie erfordern die entschlossene wie geschlossene Antwort Europas und seiner Partner:

Erstens. Auf dem heute beginnenden Europäischen Rat werden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union weitere Sanktionen der von uns vor zwei Wochen beschlossenen Stufe 2 festlegen. Dazu gehört eine Ausweitung der Liste von verantwortlichen Personen, gegen die Reisebeschränkungen und Kontensperren in Kraft gesetzt werden.

Darüber hinaus werden wir Konsequenzen für die politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie in den nächsten Tagen auch der G 7 zu Russland ziehen. Denn es ist doch offenkundig: Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G 8, so wie im Augenblick, nicht gegeben ist, gibt es die G 8 nicht mehr, weder den Gipfel noch das Format als solches.

Ich ergänze: In der Abwägung zwischen notwendigen Gesprächskontakten einerseits, für die wir uns immer einsetzen werden, und Formaten, die definitiv ein anderes Umfeld als das jetzige erfordern, auf der anderen Seite wird die Bundesregierung entscheiden, ob und, wenn ja, gegebenenfalls in welcher Form deutsch-russische Regierungskonsultationen Ende April stattfinden werden.

Außerdem wird der EU-Rat heute und morgen auch deutlich machen, dass wir bei einer weiteren Verschärfung der Lage jederzeit bereit sind, Maßnahmen der dritten Stufe einzu-

setzen. Dabei wird es ganz ohne Zweifel auch um wirtschaftliche Sanktionen gehen.

Zweitens. Um eine internationale Kontrolle insbesondere in der Ost- und Südukraine zu ermöglichen, setzt sich die Bundesregierung für eine starke OSZE-Mission ein. Der Bundesaußenminister und ich haben in den letzten Tagen zusammen mit vielen anderen, insbesondere dem Schweizer Vorsitz, sehr viel getan, um den Beschluss zu einer solchen Mission hinzubekommen, aber die Verhandlungen sind zäh und schwierig. Der Bundesaußenminister hat gestern noch einmal gesagt, binnen 24 Stunden sollte und müsste eine solche Mission zustande kommen. Sie kann nach unserer festen Überzeugung auch zustande kommen. Wir werden auch den heutigen Tag nutzen, um das hinzubekommen. Außerdem setzen wir uns für die notwendigen Gespräche zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung ein.

Drittens. Deutschland und die Europäische Union werden die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen. Der IWF führt mit Hochdruck Gespräche mit der ukrainischen Regierung über ein IWF-Programm. Die ersten Schritte des Hilfsprogramms der EU-Kommission müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Wir werden zudem auf dem heute beginnenden Europäischen Rat den politischen Teil des Assoziationsabkommens mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten unterzeichnen. Dieser politische Teil gibt wichtige Impulse, vor allem für die Rechtsstaatsentwicklung, und wir geben damit ausdrücklich ein politisches Signal der Solidarität und der Unterstützung für die Ukraine.

Meine Damen und Herren, im Lichte der aktuellen Ereignisse in der Ukraine wird einmal mehr deutlich, wie kostbar das Werk der europäischen Einigung ist. Daran konnte und kann auch die europäische Staatsschuldenkrise nichts ändern, so groß die Herausforderung auch war und im Übrigen immer noch ist. Wenn wir wollen, dass die Europäische Union auch für kommende Generationen ihr Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand erfüllen kann, dann müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Wenn wir wollen, dass unser einzigartiges eu-

ropäisches Wirtschafts- und Sozialmodell auf Dauer im globalen Wettbewerb erfolgreich ist, dann dürfen wir jetzt in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Nur eine wirtschaftlich erfolgreiche, wettbewerbsfähige Europäische Union kann ihre Werte und Interessen in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts auch nach außen selbstbewusst vertreten. Wir werden uns deshalb beim Europäischen Rat heute und morgen weiter damit beschäftigen, wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und damit die Grundlagen für Wachstum und vor allen Dingen Beschäftigung - das ist das zentrale Thema, mit dem wir uns, insbesondere mit Blick auf die jungen Menschen, in den nächsten Jahren auseinandersetzen müssen - verbessern können.

Die Europäische Union tut gut daran, gerade in diesen Zeiten engagiert daran zu arbeiten, stärker aus der Staatsschuldenkrise herauszukommen, als wir in sie hineingegangen sind. Wir können auch sagen, dass die Euro-Zone als Ganzes jetzt, im Frühjahr 2014, nach schweren Jahren zum ersten Mal die Rezession verlassen hat.

Deutschland und die Europäische Union werden die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen.

Die Kommission rechnet für 2014 mit einem Wachstum von ungefähr 1,2 Prozent. Das ist etwas mehr, als noch im Herbst erwartet wurde, aber wir wissen auch: 1,2 Prozent können noch gesteigert werden.

Neben Spanien konnte auch Irland im Dezember sein Programm erfolgreich beenden. Die Leistung der Iren verdient unseren großen Respekt. Portugal und Spanien konnten langjährige Leistungsbilanzdefizite im Jahr 2013 in Überschüsse umwandeln und werden diese in diesem Jahr noch ausbauen. Portugal hat zum Beispiel wieder ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Auch die Investoren blicken mit mehr Zuversicht auf die Euro-Zone, als sie das in den vergangenen Jahren getan haben. Die Renditen für die Staatsanleihen der besonders von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten sind deutlich gesunken. Für italienische, spanische und irische Anleihen etwa liegen diese im Umfeld der niedrigsten Stände seit der Einführung des Euro.

Meine Damen und Herren, das sind gute Nachrichten. Doch so erfreulich die Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität und Wachstum auch sind: Wir müssen uns trotzdem im Klaren sein, dass der Aufschwung keineswegs schon gesichert ist. Deshalb müssen wir uns natürlich weiter um die Ursachen der Krise kümmern und Vorsorge für die Zukunft treffen. Wir haben zu diesem Zweck in den vergangenen Jahren die wirtschafts- und finanzpoliti-

schen Überwachungsverfahren innerhalb der Euro-Zone und innerhalb der Europäischen Union immer weiter verbessert. Ich glaube, wenn wir dieses Instrumentarium schon vor der Krise zur Verfügung gehabt hätten, dann wäre vieles von dem, was wir durchleben mussten, so nicht passiert. Umso wichtiger ist es, dass wir die von uns selbst herausgearbeiteten Verfahren jetzt auch konsequent anwenden.

Da gibt es das Europäische Semester, das sich in den letzten vier Jahren etabliert hat. Es ist heute weitreichender und konkreter, als es jemals war. Ich begrüße das; aber ich glaube, wir dürfen dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen uns gerade in der Euro-Zone in den nächsten Monaten weiter für die wirtschaftspolitische Koordinierung in den nationalen Politikbereichen einsetzen. Nur so können wir in einer Kombination aus fiskalischer Solidarität und wirtschaftspolitischer Koordinierung die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig stärken. Ich habe es in diesem Plenum oft gesagt: Jacques Delors hat schon vor Einführung des Euros darauf hingewiesen, dass Fiskaldisziplin allein nicht ausreicht, um eine gemeinsame Währung auf Dauer stabil zu halten.

Wir werden auf diesem Rat eine Bestandsaufnahme vornehmen und über übergreifende Schwerpunkte des diesjährigen Europäischen Semesters diskutieren. Es geht dabei um wachstumsfreundliche Konsolidierung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Steigerung von Beschäftigung, vor allem der Jugendbeschäftigung, sowie Arbeitsmarktreformen.

Es zeigt sich, dass die Reformen, die in vielen Mitgliedstaaten beschlossen wurden, zu wirken beginnen; aber dennoch gehört zu der augenblicklichen Lage auch ein Stück Vertrauensvorschluss. Deshalb werben wir für einen umfassenden Ansatz - Strukturformen und mehr Wettbewerbsfähigkeit - und vor allen Dingen dafür, dass die EU-Institutionen, insbesondere die Kommission, die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Wir sind alle in der Pflicht. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken. Wir glauben, dass die Ergebnisse der

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Angela Merkel (CDU/CSU, Bundeskanzlerin)

Analysen im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens, die von vielen Mitgliedstaaten noch umgesetzt werden müssen, wirklich konsequent umzusetzen sind. Wir begrüßen, dass die Kommission, die sich mit den deutschen Ungleichgewichten befasst hat, nämlich mit den Leistungsbilanzüberschüssen, deutlich gemacht hat, dass sie nicht schädlich für die Euro-Zone sind. Das entspricht nach meiner festen Überzeugung den Tatsachen.

Wichtig ist, dass wir sicherstellen, dass Unternehmen auch weiterhin in Europa produzieren. Hier haben wir eine Vielzahl von Herausforderungen zu bestehen. Ich kann jetzt nicht auf alle Details eingehen, möchte aber sagen: Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen in Europa, bei denen wir Sorge haben müssen, ob wir im weltweiten Wettbewerb wirklich noch führend sind. Wenn ich mir die gesamte digitale Wirtschaft anschau, stelle ich fest, dass wir einen erheblichen Nachholbedarf haben. Deshalb werden wir uns von deutscher Seite sehr stark dafür einsetzen, dass der digitale Binnenmarkt möglichst schnell geschaffen wird. Wir wissen, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen – in Form von Forschung und Entwicklung –, und wir wissen, dass wir etwas tun müssen, um die Bürokratie abzubauen. Deshalb begrüßen wir die Initiative REFIT der Europäischen Kommission, mit der zum ersten Mal Bürokratie abgebaut wird, und deshalb weisen wir darauf hin, dass alle Verfahren, die in diesen Zeiten, in denen der weltweite Wettbewerb wirklich hart ist, die Lage für unsere Unternehmen erschweren, wirklich unterbleiben müssen.

Dazu gehören auch sehr harte Diskussionen über den Umgang mit der energieintensiven Industrie, die von

uns im Zusammenhang mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Frage des Beihilfeverfahrens jetzt geführt werden, insbesondere vom Bundeswirtschaftsminister. Ich kann nur sagen: Da die Energiepreise in den Vereinigten Staaten von Amerika heute deutlich niedriger sind als in Europa – um die Hälfte, zum Teil weniger als die Hälfte –, müssen wir die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen – das muss uns die Europäische Kommission ermöglichen –, dass zumindest die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und in Europa wettbewerbsfähig sind, im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Es macht doch keinen Sinn, wenn wir auf der einen Seite über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und über neue, gute, qualifizierte Arbeitsplätze sprechen und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Unternehmen im weltweiten Wettbewerb erkennbar nicht bestehen können. Deshalb hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass sie die EEG-Umlage insgesamt nicht als Beihilfe sieht. Trotzdem müssen wir natürlich vorsorglich mit der Kommission verhandeln. Denn unsere Unternehmen brauchen Investitionssicherheit, und die notwendigen Befreiungsbescheide müssen im Sommer des Jahres verschickt werden. Ansonsten werden Investitionen unterbleiben. Die Verhandlungen sind kompliziert. Ich bitte ganz einfach um breite Unterstützung auch aus diesem Hause.

Wir werden uns bei diesem Europäischen Rat zudem dafür einsetzen, dass die EU eine führende Rolle bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung einnimmt und jetzt zügig die Erweiterung der Zinsbesteuerungsrichtlinie verabschiedet sowie die Verhandlungen mit den europäischen Drittstaaten entschlossen voranbringt. Wir haben hier positive Signale aus Luxemburg, und wir werden schauen, dass wir möglichst schnell vorankommen.

Meine Damen und Herren, wir sind, glaube ich, in diesem Hause mit sehr breiter Mehrheit davon überzeugt, dass die Erfordernisse einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Industrie einen ambitionierten Klimaschutz beinhalten, dass sich diese beiden Dinge also nicht widersprechen, sondern sehr gut in Einklang zu bringen sind. Darum geht es auch in der laufenden Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der europäischen Klima- und Energiepolitik. Hier ist der heutige Europäische Rat, wenn es auch noch keine abschließende Beschlussfassung geben wird, eine wichtige Etappe. Er ist eine wichtige Etappe, weil es auch um die internationalen Klimaverhandlungen und die internationale Klimakonferenz am Ende des nächsten Jahres in Paris geht, die wir durch unsere europäischen Beschlüsse natürlich auch unterstützen wollen.

Die Europäische Kommission hat im Januar dieses Jahres eine EU-interne Treibhausgasreduzierung um 40 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 und einen Anteil der erneuerbaren Ener-

gien von mindestens 27 Prozent vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind die Basis für unsere Beratungen. Es ist kein Geheimnis, dass wir uns in einigen Teilen ambitioniertere Vorschläge der Kommission hätten vorstellen können, insbesondere beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber wir werden vor allen Dingen darum ringen müssen, dass wir zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommen. Deutschland setzt sich hier sehr intensiv ein. Wir wollen, dass ein starkes Signal von Europa ausgeht, um besagte Klimakonferenz in Paris deutlich zu unterstützen. Dass diese Verhandlungen schwierig werden, auch innerhalb der Europäischen Union, kann ich Ihnen jetzt schon voraussagen. Aber wir werden dafür werben, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Meine Damen und Herren, wir werden beim Europäischen Rat natürlich auch über die Energieversorgungssicherheit sprechen. Gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine spielt dieses Thema insbesondere für unsere östlichen Nachbarn eine große Rolle. Wir müssen mit Nachdruck und Hochdruck an einem europäischen Energiebinnenmarkt arbeiten. Hier sind in den letzten Jahren, auch durch die Initiativen des EU-Kommissars Günther Oettinger, vielfältige Verbesserungen erfolgt. Aber unsere Anstrengungen müssen fortgesetzt werden, um unsere Energiebezugsquellen und Transportwege weiter zu diversifizieren und unsere Importabhängigkeiten weiter zu verringern. Dazu müssen wir neben den Möglichkeiten des Energieimports auch die Möglichkeiten der Energieeffizienz ins Auge fassen. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist natürlich auch ein Beispiel dafür, wie man unabhängiger wird.

Der Netzausbau ist eine zentrale Voraussetzung, das Ziel eines EU-Energiebinnenmarkts zu verwirklichen; deshalb wird es auch genau darum gehen.

Sie sehen an der Themenstellung – erst recht, wenn das Thema Ukraine noch hinzukommt –, welch kompakten Arbeitsauftrag wir in den nächsten 24 Stunden haben. Sie sehen, dass es darum geht, einen Gesamtansatz einer Wirtschafts-, Industrie-, Energie- und Klimapolitik hinzubekommen, von dem wir der Überzeugung sind, dass er die Basis für Wohlstand und mehr Beschäftigung bilden kann. Wir sind uns allerdings bewusst, dass dies letztlich nur gelingt, wenn wir unseren Blick auch nach außen richten, weil wir uns immer mit den Besten in der Welt messen müssen und demzufolge unsere Wachstumschancen definieren müssen.

Das gilt auch mit Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika; ich habe auf die Energiepreise hingewiesen. Europa und die USA erwirtschaften gemeinsam fast die Hälfte der weltwei-

ten Wirtschaftsleistung. Fast ein Drittel des Welthandels wird über den Atlantik abgewickelt. Wir sind deshalb der tiefen Überzeugung, dass die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU von den Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen und dass wir hier zu einem solchen Abkommen kommen müssen.

Meine Damen und Herren, ich kenne all die Vorbehalte. Aber ich glaube, wenn wir nur mit Blick darauf, was alles schwierig ist, an dieses Thema herangehen, dann werden wir Folgendes erleben: Die USA werden mit nahezu allen anderen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen, und auch wir werden mit sehr vielen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen. Aber ausgerechnet die beiden führenden Märkte, im Übrigen noch angesiedelt in erkennbar demokratischen Gesellschaften, wären nicht in der Lage, miteinander ein Freihandelsabkommen abzuschließen. Wenn das unsere Maßgabe sein sollte, dann sind wir auf dem Holzweg; das ist meine tiefe Überzeugung. Das muss zu schaffen sein.

Aber ich sage auch: Es gibt komplizierte Sachverhalte. Ich nenne nur das Thema Datenschutz. Ich könnte viele andere Dinge nennen. Wir werden alle Bedenken ernst nehmen. Lassen Sie uns aber an diese Verhandlungen so herangehen, dass es etwas wird, und lassen Sie uns nicht Gründe finden, damit es nichts wird. Nur ein offenes und erfolgreiches Europa kann seine Interessen und Werte überzeugend vertreten und auch seine Partnerschaften leben.

Darum geht es auch, wenn am 2. und 3. April in Brüssel der EU-Afrika-Gipfel stattfindet. Der Europäische Rat heute und morgen dient auch der Vorbereitung dieses Treffens. An diesem Treffen werden etwa 80 Staats- und Regierungschefs teilnehmen. Wir wollen natürlich, dass von diesem Gipfel das Signal einer langfristigen, verlässlichen Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkontinent ausgeht. Das Thema des EU-Afrika-Gipfels lautet „In Menschen, Wohlstand und Frieden investieren“. Dieses Thema verdeutlicht die Bandbreite unserer EU-Afrika-Beziehungen, ihre Herausforderungen und Chancen. Es weist auf die besondere Rolle hin, die Afrika für Europa spielt.

Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden. Ich erinnere nur daran, dass wir bis zu den aktuellen Diskussionen über die Ukraine sehr intensiv über die Rolle und die Situation in Afrika gesprochen haben. Das darf jetzt nicht aus dem Blick geraten. Wir beobachten ein verstärktes Engagement, zum Beispiel von China, Indien, Brasilien, auch der Türkei, in Afrika. Das Gipfelthema betont natürlich nicht nur unsere Partnerschaft, sondern auch die Eigenverantwortung afrikanischer Staaten, die Verantwort-

tung für ihren eigenen Wohlstand und ihre Sicherheit. Dazu zählen der Schutz der Menschenrechte, der Kampf gegen Korruption und der Schutz von Minderheiten; was das angeht, mussten wir in diesen Tagen leidvolle Erfahrungen machen. Dafür werde ich sehr entschieden werben. Gute Regierungsführung und die energische Bekämpfung der Korruption sind nämlich entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Mit der wachsenden Transparenz, mit dem global verbreiteten Internet werden auch in Afrika die Menschen, die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger der Länder nicht mehr einfach hinnehmen, dass gute Regierungsführung nicht vorhanden ist, sondern sie werden dagegen aufbegehren. Wir können das gut verstehen.

Wir wollen diese gute Regierungsführung im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterhin unterstützen. Ich werde auch für unsere sogenannte Ertüchtigungsinitiative zur Befähigung geeigneter afrikanischer Partner der Afrikanischen Union und der Regionalorganisationen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent werben. Wir glauben: Wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe leisten, damit die afrikanischen Länder selber in der Lage sind, für ihre Sicherheit zu sorgen. Unsere afrikanischen Partner müssen durch Beratung, Ausbildung und auch durch Ausrüstung in die Lage versetzt werden, selbst für Stabilität und Sicherheit zu sorgen; denn Stabilität und Sicherheit sind die Grundvoraussetzungen für die weitere Entwicklung in vielen afrikanischen Staaten.

Die Übernahme von Eigenverantwortung in den Regionen und die Stärkung der Regionalorganisationen und der Afrikanischen Union, das sind die Ziele, mit denen wir an die Zusammenarbeit herangehen. Die Europäische Union kann hier noch mehr leisten. Wir werden unseren Verpflichtungen gerecht. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen kennen Sie: in Mali, am Horn von Afrika, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik. Hier zeigt sich die Bedeutung Europas als Partner Afrikas. Die Europäische Union engagiert sich in diesen Krisenherden mit ihren Krisenmanagementkapazitäten oder plant aktuelle Einsätze.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Europäische Union auch in Zukunft ihr Versprechen von Frieden, von Freiheit und Wohlstand einhalten kann. Gerade in diesen Tagen erleben wir, dass dies alles andere als selbstverständlich ist. Gerade in diesen Tagen erleben wir auch, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union immer wieder zu gemeinsamen Antworten findet. Ich bin überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen können. Deshalb arbeitet die Bundesregierung dafür, und ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 17. bis 21. März 2014 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Arbeit und Soziales „Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit“ (Bundesregierung, 18/272, 18/864).

Wirtschaft und Technologie Antrag „Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen“ (CDU/CSU, SPD, 18/764, 18/872).

Ablehnung

Wirtschaft und Technologie Antrag „Digitale Gründungen unterstützen – Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft schaffen“ (Die Linke, 18/771, 18/873).

Gregor Gysi, DIE LINKE:

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Frau Bundeskanzlerin, ich finde, Sie hätten lieber unseren Entschließungsantrag vorlesen sollen; das wäre inhaltsreicher gewesen.

Aber kommen wir zum Ernst der Lage zurück. Ich sage: Die Lage ist wirklich ernst im Bezug auf die Ukraine und Russland, aber nicht hoffnungslos. Die Krim soll nun, unter Bruch des Völkerrechts, Bestandteil Russlands werden. Das Verfassungsgericht in Russland hat schon zugestimmt; jetzt werden noch die beiden Kammern des Parlaments zustimmen. Es ist übrigens interessant, dass Russland sich keine Gedanken darüber macht, dass dadurch natürlich aufseiten der Ostukraine, wenn Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anstehen, über 1 Million Wählerinnen und Wähler fehlen – was ja auch Folgen hat. Aber das interessiert Russland nicht.

Wie vorhergesagt, hat sich Putin tatsächlich auf den Kosovo berufen. Ich bleibe dabei: Die Abtrennung des Kosovo war ein Bruch des Völkerrechts; da können Sie hier über edle Motive erzählen, was Sie wollen. Soldaten gab es nicht nur auf der Krim, Soldaten gab es auch im Kosovo. Einen Volksentscheid gab es übrigens nur auf der Krim und nicht im Kosovo.

Aber ich habe keine Zweifel, dass die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Kosovo die Abtrennung wollte. Wir können ebenfalls nicht leugnen, dass auch eine große Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim die Abtrennung will. Nur ist das für mich – das will ich auch gleich sagen – kein Grund.

Auf eines möchte ich Sie hinweisen: Aus dem Bruch des Völkerrechts kann irgendwann im Völkerrecht Gewohnheitsrecht entstehen, und das ist nicht ungefährlich. Deshalb habe ich Sie damals beim Kosovo so gewarnt. Ein bedrängter, unterdrückter Bevölkerungsteil – auch ein Bevölkerungsteil, gegen den Gewalt angewendet wird –, muss das Recht ha-

ben, sein Land zu verlassen – aber nicht mit Territorium; das geht nur mit Zustimmung des Staates, zu dem das Territorium gehört. Diesen Grundsatz haben Sie im Kosovo gebrochen, und dafür zahlen wir jetzt.

Ich weiß, es gibt auch andere völkerrechtliche Auffassungen, sowohl in Bezug auf den Kosovo als auch in Bezug auf die Krim. Zum Beispiel wird gesagt, dass Chruschtschow unter Verletzung sowjetischen Rechts damals die Krim der Ukraine übergeben hat; er war ja selbst Ukrainer. Ehrlich gesagt, meine Auffassung ist dies nicht. Ich sage: In beiden Fällen war beziehungsweise ist es völkerrechtlich nicht legitim.

Der Hinweis auf die ukrainische Verfassung, der von Ihnen immer kommt – auch von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin –, ist nicht besonders glaubwürdig. Sie sagen auf der einen Seite: Die ukrainische Verfassung verbietet eine eigene Volksabstimmung auf der Krim ohne Zustimmung der Zentralregierung.

Auf der anderen Seite interessiert es Sie aber nicht, dass in der ukrainischen Verfassung steht, dass der Präsident nur mit 75 Prozent der Stimmen im Parlament abgewählt werden darf – die nicht zusammenkamen. Also: Entweder die Verfassung gilt, oder sie gilt nicht.

Heraus kommt auf jeden Fall eines: dass der Übergangspräsident und die Übergangsregierung nicht legitim sind; daran können Sie nichts ändern. Man kann mit ihnen trotzdem verhandeln – das bestreite ich nicht –; aber man muss wissen – und es ihnen sagen –, dass sie nicht legitim sind.

Wie wird es weitergehen? Ich sage es Ihnen: Letztlich werden irgendwann, früher oder später, alle Regierungen irgendwie akzeptieren, dass die Krim zu Russland gehört.

Nun sagen Sie: Man muss Sanktionen beschließen; denn wenn man keine Sanktionen beschlösse, dann bedeutete das, eine Völkerrechtsverletzung einfach hinzunehmen. Wirklich?

Ich erinnere Sie an ein Beispiel: 1974 besetzten türkische Truppen den Nordteil Zyperns. Das war eindeutig und unbestritten völkerrechtswidrig. Sie haben damals nicht eine einzige Sanktion gegen die Türkei beschlossen. Warum nicht? Nur weil die Türkei im Gegensatz zu Russland in der NATO ist? Warum setzen Sie immer diese unterschiedlichen Maßstäbe? Warum können wir nicht mal einheit-

liche Maßstäbe setzen und anwenden?

Übrigens: Zypern ist bis heute geteilt.

Ich sage auch: Sanktionen sind keine Politik, sondern ein Ersatz dafür. Die USA drängen aber auf Sanktionen, weil die Antwort Russlands, die darauf erfolgen kann, nicht die USA, sondern die Europäerinnen und Europäer und insbesondere die Deutschen treffen würde. Frau Merkel, Sie sind hier wieder das, was Sie bei der US-Regierung immer sind: Sie sind hörig gegenüber der US-Regierung.

Das sind dieselbe Hörigkeit und dasselbe Duckmäusertum wie bei den millionenfachen Abhöraktionen der NSA in Deutschland. Sie tun nichts dagegen.

Es kommt noch etwas hinzu: Die USA planen jetzt neue Atomwaffen in Deutschland, Herr Kauder. Wir brauchen aber weder die alten noch neue Atomwaffen.

Ich bleibe dabei: Die Abtrennung des Kosovo war ein Bruch des Völkerrechts.

Ich sage Ihnen eines: Wenn je von Deutschland aus eine Atomwaffe von den USA gestartet wird, dann trifft die Antwort uns und nicht die USA. Der Höhepunkt dabei ist: Wir sollen uns auch noch mit 20 Prozent an den Kosten beteiligen. Das sind 30 Millionen Euro. Ich frage Sie wirklich, Frau Bundeskanzlerin, Herr Steinmeier und Herr Schäuble: Wollen Sie ernsthaft für neue Atombomben der USA in Deutschland auch noch 30 Millionen Euro bezahlen? Die brauchen wir wirklich dringender für ganz andere Zwecke.

Als Sanktionen wurden Kontensperrungen, Einreiseverbote und das Aussetzen der Verhandlungen über Visaerleichterungen und über wirtschaftliche Zusammenarbeit angesprochen. Außerdem soll Russland vom kommenden G-8-Gipfel ausgelassen werden; das wird also ein G-7-Gipfel. Daneben wurden weitere politische Maßnahmen und Wirtschaftssanktionen diskutiert.

Der Bundeswirtschaftsminister hat nun den Export von Rüstungsgütern nach Russland verboten. Dazu – das ist die Ausnahme – sagen wir: Das ist richtig. Das hat aber nichts mit den Sanktionen zu tun, sondern damit, dass Rüstungsexporte unserer Meinung nach generell eingestellt und verboten werden müssen.

Dieses Verbot wird die russische Armee allerdings nicht sehr beeindrucken.

Ich frage Sie schon jetzt: Wie wollen Sie wieder raus aus den Sanktionen? Wollen Sie sagen, das ge-

schieht, wenn die Krim wieder bei der Ukraine ist? Wenn das nicht geschieht: Wollen Sie sie ewig aufrechterhalten? Ich sehe schon, wie sich das nach einem oder zwei Jahren schleichend wieder auflösen wird.

Ich frage Sie: Gibt es keine andere Chance – auch dafür, auf die Völkerrechtswidrigkeit hinzuweisen? Doch, die gibt es! Wir müssten umgekehrt herangehen und einmal nicht negativ und nicht in Form von Sanktionen denken. Wir könnten jetzt doch Verhandlungen mit der russischen Regierung aufnehmen und sagen: Okay, die EU und die NATO haben auch Fehler begangen; das stimmt. – Das kann man doch einräumen; das kostet doch nichts und wäre eine Selbstverständlichkeit. Weiterhin könnte man den Russen sagen: Sie haben auch Fehler begangen, und jetzt zeigen wir Ihnen einmal, wie eine Perspektive für gute Beziehungen mit der EU und der NATO aussehen könnte und wie wir auch Ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigen könnten.

Ich nenne einmal ein Beispiel, nämlich die Raketen in Polen und Tschechien. Die Russen haben gesagt, das beeinträchtigt ihre Sicherheit. Der US-Außenminister hat daraufhin zum russischen Außenminister gesagt: Wieso das? Das hat doch gar nichts mit Russland zu tun. – Dieser hat geantwortet: Würden Sie es akzeptieren, wenn wir Raketen in Mexiko aufstellten und sagten, das habe nichts mit den USA zu tun? – Natürlich nicht!

Ich sage: Wir müssen anders herangehen, nämlich eine Perspektive aufzeigen und dann sagen: Das knüpfen wir aber an die Bedingung, dass diese Art von Politik aufhört. Sie dürfen jetzt nicht lauter russische Inseln suchen und meinen, sie Russland wieder einverleiben zu können. – Das wäre doch eine Perspektive. Gehen Sie doch einmal positiv und nicht nur negativ an die Sache heran, damit wir endlich ein Europa nicht gegen und ohne Russland, sondern mit Russland bekommen; denn sonst wird es auch mit unserer Sicherheit nichts.

Nun wollen Sie mit der Übergangsregierung der Ukraine den politischen Teil des Assoziierungsabkommens unterschreiben, mit einer Regierung, die nicht aus demokratischen Wahlen hervorgegangen ist und der Faschisten angehört. Wenn Sie uns schon angreifen – Sigmar Gabriel tut das ja auch; das, was ich hier sage, können Sie ihm einmal bestellen – und uns in die Ecke der kalten Krieger stellen, was Blödsinn ist – das muss ich Ihnen einmal ganz klar sagen –, dann hören Sie doch wenigstens auf den ehemaligen EU-Kommissar und Sozialdemokraten Günter Verheugen. Er sagt, dass es richtige Faschisten und nicht nur irgendwelche Nationalisten sind. – Das ist ein fataler Tabubruch, und denen wollen Sie auch noch Geld geben. Ich bitte Sie! Ich finde, eine deutsche Bundesregierung muss hier ganz andere Maßstäbe setzen.

Ich meine das auch so. Am 13. März dieses Jahres habe ich ein Zitat von dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Swoboda Tjagnibok gebracht.

Er hat gesagt:

Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.

Dann haben Sie, Frau Göring-Eckardt, erklärt, das Zitat sei von 2004. Was wollten Sie denn damit sagen? Meinten Sie, es sei verjährt? Oder wollten Sie damit sagen, dass er jetzt anders denkt? Entweder haben Sie nicht die Wahrheit gesagt oder sich zumindest geirrt; denn das Zitat stammt vom Oktober 2012. Lesen Sie das im sozialdemokratischen Vorwärts nach.

Ich würde mit dem Mann kein Wort wechseln, ihm schon gar nicht einen einzigen Euro übergeben und mit ihm auch keinen Vertrag schließen.

Gestern haben Swoboda-Leute den Programmdirektor des Fernsehens in Kiew zusammengeschnitten und zum Rücktritt gezwungen, weil er die Rede von Putin dokumentiert hat. Der Hauptschläger ist im Parlament Mitglied des Ausschusses für Pressefreiheit.

Am 9. Februar 1990 hat US-Außenminister Baker zu Gorbatschow gesagt, die NATO werde sich keinen Inch nach Osten ausdehnen. Frau Merkel, Sie und ich säßen heute vielleicht nicht hier im Bundestag, Herr Gauck wäre vielleicht nicht Bundespräsident, wenn die NATO diese Zusage nicht gegeben hätte. Der Preis von Gorbatschow für die deutsche Einheit und die Zugehörigkeit ganz Deutschlands zur NATO war der Verzicht auf die Ostausdehnung der NATO; auch Genscher hatte das zugesichert. Diese Vereinbarung haben Sie verletzt.

Im Übrigen hat Gorbatschow vielleicht etwas mehr für die deutsche Einheit getan als die britische Regierung, wenn ich daran einmal erinnern darf.

Aus der NATO wurde ein Interventionsbündnis, und zwölf Staaten des ehemaligen Ostblocks wurden aufgenommen: Tschechien, Polen, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Kroatien.

Ich habe nicht bestritten, dass sie beitreten wollten; das weiß ich. Aber die NATO wollte das auch, sonst wäre dieser Beitritt nicht zustande gekommen.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 wollten die USA das NATO-Gebiet auch auf Georgien und die Ukraine ausdehnen – die wollten das vielleicht auch –, aber da hat die Bundesregierung Nein gesagt, in den anderen Fällen nicht. Immerhin das haben Sie verhindert.

Putin sagte auf dem Gipfel in Bukarest wörtlich Folgendes – ich zitiere –:

Das Entstehen eines mächtigen Militärblocks an unseren Grenzen

Fortsetzung von Seite 3: Gregor Gysi (Die Linke)

würde in Russland als direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes betrachtet werden.

Warum wurde daran nicht gedacht, warum von vornherein das Gezerre um die Ukraine, entweder zur EU oder zu Russland? Nie wurde begriffen, dass die Ukraine eine Brücke zwischen der EU und Russland sein muss.

Jetzt sage ich Ihnen ganz schnell die Lösungen.

Erstens. Lassen Sie den Unsinn mit den Sanktionen. Eine neue Spi-

rale und weitere Zuspitzungen bringen nichts. China macht da nicht mit; das ist für Russland viel wichtiger. Sie müssen diese Sanktionen eines Tages sowieso wieder zurücknehmen. Das wird eher peinlich.

Zweitens. Keine Abkommen und Verträge mit dieser Übergangsregierung, sondern Unterstützung bei der Vorbereitung und Beobachtung demokratischer Wahlen in der Ukraine. Erst dann, mit legitimer Regierung und ohne Faschisten,

können Verhandlungen geführt werden.

Drittens. Die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine muss ausgeschlossen werden.

Viertens. Der Status der Ukraine als Brücke zwischen EU und Russland ginge auch mit einer Perspektive der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU, wenn sie auch mit Russland ausgehandelt ist und wir insgesamt eine Zusammenarbeit vereinbaren können.

Fünftens. Russland bleibt aufgefordert, auf weitere militärische Drohungen und Androhungen, erst recht auf die Anwendung von Gewalt, in der Ukraine und anderswo zu verzichten und die Ukraine als souveränen Staat anzuerkennen. Das muss mit einer klaren, positiven Perspektive der Beziehungen zu Russland seitens der EU und seitens Deutschlands verbunden sein, und zwar mit Russland als Bestandteil Europas und nicht außen vor.

Sechstens. Faschistische Organisationen und Parteien sowie paramilitärische Einheiten und andere illegale bewaffnete Formationen in der Ukraine sind aufzulösen. Das staatliche Gewaltmonopol muss durchgesetzt werden. Darauf müssen Sie bestehen, bevor Sie ihnen einen einzigen Euro überweisen oder Verträge mit ihnen abschließen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Dieser Konflikt darf nicht weiter eskalieren



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Niemand zweifelt daran, dass sich dieser Gipfel neben den wichtigen wachstums- und wirtschaftspolitischen Fragen mit einer der schwersten Krisen befassen muss, die es in den letzten Jahrzehnten auf unserem Kontinent gegeben hat. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat in Europa ein Staat eigenmächtig seine Grenzen neu definiert und einen Teil des Gebietes eines anderen Staates unter Verstoß gegen das Völkerrecht annektiert. Das zeigt, dass die europäische Friedensordnung alles andere als selbstverständlich ist, und es zeigt, dass wir jetzt alles dafür tun müssen, dass wir nicht in die Denkmuster und Handlungsstrukturen des Kalten Kriegs zurückfallen. Dieser Konflikt darf nicht weiter eskalieren.

Deshalb bin ich froh, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister so entschieden und so besonnen agieren. Ihrer Umsicht und ihrem klaren Kurs ist es zu verdanken, dass das Blutvergießen auf dem Maidan gestoppt werden konnte und dass die Gewalt in der Ukraine nicht weiter ausgeföhrt ist. Dafür möchte ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich danken.

In seiner Rede am Dienstag hat Wladimir Putin die Russen als „das größte geteilte Volk der Welt“ bezeichnet. Damit bezieht er sich ganz offensichtlich auf die russischen Minderheiten in den Nachfolgestaa-

ten der Sowjetunion. Wenn sich hinter diesen Worten aber eine neue Putin-Doktrin nach dem Motto „Überall wo Russen leben, ist auch Russland“ verbergen sollte, dann verheißt das nichts Gutes.

Denn das liefe auf ein automatisches Interventionsrecht hinaus, sobald Wladimir Putin die Interessen im Ausland lebender Russen bedroht sieht. Ein solches Recht gibt es nicht, meine Damen und Herren. Ein solches Recht kann es gar nicht geben.

Wladimir Putins Rede war aber auch ambivalent. Er sucht förmlich nach Argumenten, um das Referendum auf der Krim und die anschließende Annexion durch Russland zu rechtfertigen. Überzeugend war das nicht. Unsere Haltung ist eindeutig: Die faktische Besetzung, das eilige Referendum und die Annexion der Krim sind nach Auffassung der internationalen Staatengemeinschaft klar verfassungswidrig; sie sind völkerrechtswidrig, und sie sind politisch brandgefährlich.

Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung das Ergebnis des Referendums und die Annexion nicht anerkennt.

Das Referendum verstößt gegen ukrainisches Verfassungsrecht. Weder die alte noch die neue Verfassung erlauben ein Referendum in einem Landesteil ohne Berücksichtigung der Interessen des Zentralstaates. Im Übrigen hat das Referendum unter der Bedingung einer Besetzung und mit der klaren Absicht Russlands stattgefunden, sich die Krim einzuverleiben, und dies, obwohl Russland in Verträgen mehrfach die bestehenden Grenzen und die politische Unabhängigkeit der Ukraine zugesichert hat: im Budapester Memorandum von 1994 wie auch im bilateralen Vertrag von 1997.

Insbesondere der Bruch des Budapester Memorandums ist verhee-

rend, weil es der Ukraine explizite Sicherheitsgarantien im Gegenzug für die Rückgabe ihrer Atomwaffen gab.

Russland war einer der Signatarstaaten. Wie wollen wir jemals wieder einen Staat zum Verzicht auf seine Nuklearwaffen bewegen, wenn solche Garantien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind?

Wladimir Putin praktiziert das Recht des Stärkeren. Er nutzt seine militärische Übermacht für die Einverleibung eines fremden Staatsgebietes. Die Annexion ist eindeutig völkerrechtswidrig. Das sieht auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen so, und Sie ja auch, Herr Gysi. Aber wenn Sie dann den Völkerrechtsbruch, der dort begangen worden ist, mit Hinweis auf tatsächliche oder angebliche Völkerrechtsverstöße durch andere relativieren, dann finde ich das allerdings unerträglich. Das zeigt, dass Ihre Kritik nicht ernst gemeint ist.

Große Sorge bereitet auch Russlands Begründung für dieses Vorgehen. Es beruft sich auf den Willen der auf

der Krim lebenden russischen Bevölkerung und geriert sich damit als deren Schutzmacht. Dass Grenzen unter Berufung auf den Schutz von Minderheitenrechten und auf ethnische Gesichtspunkte neu gezogen werden, ist nicht akzeptabel. Das internationale Recht stellt dafür angemessene Mittel zur Verfügung. Eigentlich sollte gerade Russland wissen, welche Folgen sein bisheriges Vorgehen für einen Vielvölkerstaat haben kann. Die dortigen Ethnien werden die Entwicklung auf der Krim sehr genau beobachten und sich hierauf berufen. Wladimir Putin, spätestens aber sein Nachfolger, wird mit den Geistern, die er rief, fertig werden müssen.

Deshalb können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir können nicht sagen: Das Völkerrecht

und die Souveränität der Ukraine sind uns egal.

Die jetzt verhängten Sanktionen sind eindeutig und angemessen. Wir reden nicht über Sanktionen, wie sie vor 20 Jahren in Form umfassender Handelsembargos verhängt worden sind, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung leiden musste; das kann nicht unser Ziel sein. Wir reden heute über sogenannte Smart Sanctions, die sich ganz gezielt gegen einzelne Entscheidungsträger richten. Die jetzigen Sanktionen auf der Stufe 2 nehmen die russische Bevölkerung nicht in Mithaftung für das Handeln ihrer politischen Führung. Aber sie können ein sehr wirkungsvolles Instrument sein, wenn sie sich gegen politische Entscheidungsträger und oligarchische Eliten dieses Landes richten. Deshalb begrüßen wir diese Schritte.

Es muss klar sein, dass dann, wenn Russland nicht einlenkt und weitere Teile der Ukraine bedroht, weitere Maßnahmen unausweichlich sind. Wir sind uns bewusst, dass Sanktionen auch eine Gefahr für die eigene Wirtschaft darstellen können. Niemand wünscht sich das. Dennoch ist es richtig, dass die Option schärferer Sanktionen auf dem Tisch bleibt. Ich bin dem BDI-Präsidenten, Ulrich Grillo, für seine klaren Worte vom vergangenen Freitag dankbar. Er hat zwar seine Vorbehalte gegen Wirtschaftssanktionen offen angesprochen, aber zugleich klargemacht, dass das Völkerrecht über allem steht und dass Wirtschaftssanktionen eine Frage der Politik sind. Dass führende Vertreter der deutschen Wirtschaft so verantwortungsvoll argumentieren und die Einhaltung und Durchsetzung internationalen Rechts über ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen stellen, ist sehr gut und ein verantwortungsvolles Zeichen.

Gerade deshalb kommt der Politik an dieser Stelle eine besondere Verantwortung zu. Staatliche Sanktionen, seien sie wirtschaftlicher Natur oder nicht, müssen so ausgestaltet sein, dass sie diplomatische Lösungen nicht behindern. Es darf keinen Automatismus zu einer Sanktionsspirale geben. Für eine politische Bearbeitung des Konflikts

mit Russland darf es niemals zu spät sein.

Im Übrigen müssen wir selbstverständlich bedenken, dass Russland auch in Zukunft als internationaler Verhandlungspartner gebraucht wird. Es gibt Konfliktherde wie den anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien oder die Atomverhandlungen mit dem Iran, die ohne Mitwirkung Russlands kaum zu lösen sind.

Das vorrangige Ziel muss es jetzt sein, die weitere Destabilisierung der Ukraine im Osten und im Süden zu verhindern. Die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen russischen und ukrainischen Streitkräften besteht nach wie vor. Gestern hat es die ersten Toten gegeben. Wladimir Putin hat am Dienstag erklärt: Wir wollen keine Teilung der Ukraine; wir brauchen das nicht.

Wir werden ihn beim Wort nehmen. Deshalb ist es richtig, dass jetzt auf Vorschlag der Bundesregierung eine OSZE-Beobachtermission prüfen soll, ob es Aktivitäten im Süden und Osten der Ukraine gibt, die zu einer Destabilisierung führen können. Eine solche Mission könnte einen Wiedereinstieg in einen politischen Prozess ermöglichen. Ich hoffe sehr, dass das gelingt.

Wir haben aber auch klare Forderungen an die ukrainische Regierung, auch wenn sie es im Augenblick sehr schwer hat. Sie muss die Rechte aller nationalen Minderheiten achten und aktiv schützen. Niemand darf sich in der Ukraine als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Ich bin deshalb froh, dass das geplante Sprachengesetz gestoppt wurde. Es hat unnötig Ängste geschürt und die Spannungen verschärft.

Weiterhin muss die Regierung die militanten Gruppen entwaffnen und das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen. Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in der neuen Ordnung der Ukraine keinen Platz haben.

Rechtsextremes und nationalistisches Denken wollen wir nicht in Europa, nicht in Deutschland und auch nicht in der Ukraine.

Schließlich muss die ukrainische Regierung die Arbeit an einer neuen Verfassung, wie das in der Verständigung vom Februar vorgesehen war,

Die jetzt verhängten Sanktionen sind eindeutig und angemessen.

Wir sind uns bewusst, dass Sanktionen auch eine Gefahr für die eigene Wirtschaft sind.

vorantreiben, und sie muss die Verbrechen auf dem Maidan lückenlos aufklären.

Ich will zum Schluss noch etwas zu den angekündigten Hilfen der EU und des IWF sagen. Ich begrüße sehr, dass diese Hilfen jetzt auf den Weg gebracht werden. Aber die Programme haben eine ganz entscheidende

Voraussetzung: Das Geld muss für den Aufbau des Landes und für öffentliche Aufgaben eingesetzt werden.

Es darf nicht in den privaten Taschen korrupter Machteliten verschwinden. Die Menschen in der Ukraine wollen, dass die Korruption endlich aufhört in diesem Land.

Wenn die Ukraine am Freitag den politischen Teil des EU-Assoziierungsabkommens unterschreibt, dann verpflichtet sie sich zur Einhaltung von mehr Rechtsstaatlichkeit. Das ist richtig; denn nur eine rechtsstaatliche und demokratische Ukraine wird stark genug sein, die Herausforderungen der nächsten

Tage, Wochen und Monate zu bewältigen.

Die Vorschläge zur Regelung des Konflikts liegen auf dem Tisch. Jetzt ist es an Russland, auf diese Vorschläge einzugehen. Jetzt geht es darum, den politischen Dialog wieder in Gang zu bringen. Ich wünsche der Bundeskanzlerin

und dem Außenminister auf dem jetzt anstehenden Gipfel eine glückliche Hand für die ganz sicher nicht einfachen Verhandlungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sorgen Sie dafür, dass es eine koordinierte Energiepolitik gibt



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Eine mutige Bürgerbewegung hat in der Ukraine eine Regierung gestürzt, die für Korruption und Unfreiheit stand. Ein Teil der Menschen, die das gemacht haben, hat dafür einen extrem hohen Preis bezahlt, den höchsten Preis, den man sich vorstellen kann; denn diese Menschen haben mit ihrem Leben dafür bezahlt. Das verdient unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

Die Menschen in der Ukraine haben es verdient, dass alle anderen Länder um sie herum ihre demokratischen Entscheidungen achten, dass alle anderen Länder um sie herum darauf achten, in welche Richtung sich die Ukraine entwickeln will, und dass sie darauf achten, dass die Ukraine kein geostrategisches Spielfeld ist, das man in die eine oder andere Richtung zeren kann. Das ist von großer Bedeutung.

Die russische Regierung tritt mit der Annexion der Krim das Völkerrecht mit Füßen. Hier herrscht nicht das Recht, sondern das Unrecht des Stärkeren. Für jeden, dem an friedlichen Konfliktlösungen gelegen ist, dem an Abrüstung gelegen ist, der dafür kämpft, dass es in der Welt weniger Atomwaffen gibt, ist diese Entwicklung ganz besonders bitter. Denn die Ukraine war eines der ersten Länder, die freiwillig auf Atomwaffen verzichtet haben. Dafür gab

es eine Reihe von Garantiestaaten. Einer dieser Garantiestaaten war Russland.

Insofern geht es hier nicht nur um das Völkerrecht als solches; vielmehr hat Russland explizit die Unabhängigkeit, die Freiheit und die territoriale Integrität der Ukraine garantiert. Bei allem Streit, ob das russische Vorgehen völkerrechtswidrig war, ist das ein ganz klarer Bruch dieses Vertrages. Das muss jeden ganz besonders hart treffen, der wirklich für friedliche Lösungen eintritt. Es muss besonders scharf verurteilt werden, was Russland da gemacht hat.

Es ist wichtig, dass es Europa gelingt, mit einer Stimme zu sprechen. Es ist wichtig, dass wir auf die russische Regierung einwirken – sowohl diplomatisch als auch wirtschaftlich –, dass sie ihren Kurs ändert.

So wichtig es ist, dass man da einwirkt und entsprechend Druck ausübt: Wir wissen andererseits, dass niemandem daran gelegen sein kann, dass es zu einer weiteren Eskalation kommt. Die Situation ist brandgefährlich. Es gab bereits erste

Tote. Umstritten ist, was die Ursache dafür war. Eine zentrale Aufgabe der europäischen Außenpolitik ist es, eine weitere Eskalation auf der Krim zu verhindern. Jeder Schritt, den wir tun, muss deeskalierend wirken.

Deshalb sind Reaktionen, die nervös oder hysterisch wirken, falsch. Schnellschüsse, auch solche politischer Natur, können am Ende Menschenleben kosten. Folglich ist es wichtig, dass wir klug und abgewogen reagieren.

Wir Grüne unterstützen den Dreistufenplan der EU. Wir Grüne sind fest davon überzeugt, dass das Zünden der zweiten Stufe richtig war. Jetzt sagen viele: Das hilft alles nichts. Putin ist mit der Annexion der Krim vorgeprescht. Das beeindruckt die russische Regierung überhaupt nicht. – Aber besonnene Reaktionen sind in einer so schwierigen Krise klug. Will denn irgendjemand fordern, dass man auf Putin'sches

Großmaulheldentum mit gleicher Münze reagiert? Das ist doch keine europäische Art der Politikgestaltung.

Aber man muss sich klarmachen, dass Putin und die russische Regierung trotzdem unbeirrt an ihrem Kurs festhalten. Deshalb ist es wichtig, weitere Schritte zu erwägen, wie man auf die russische Regierung erfolgreich einwirken kann.

Einen ersten kleinen Schritt gab es bereits: Der Export eines Gefechtsübungszentrums wurde abgesagt. Aber das reicht nicht. Schauen wir uns an, wie viele Waffen allein Deutschland nach Russland exportiert hat: 2011 für 140 Millionen Euro, 2012 für 40 Millionen Euro. Damit muss jetzt Schluss sein. Wir brauchen ein Waffenembargo in Richtung Russland.

Schluss sein muss auch mit dem achselzuckenden Darüber-Hinweggehen, dass Investoren, Oligarchen aus Russland – zum Teil steckt Gazprom dahinter, zum Teil stecken andere Putin-nahe Investoren dahinter – in großem Umfang Energieinfrastruktur, offensichtlich sogar zu überhöhten Preisen, ausgerechnet jetzt in Deutschland aufkaufen. Die Regierung tut so, als wenn sie da machtlos wäre. Erstens stimmt das nicht, und zweitens ist es jetzt an der Zeit, das Außenwirtschaftsgesetz zu benutzen und dafür zu sorgen, dass das Erpressungspotenzial nicht noch höher wird. Das heißt: Stoppen Sie diese Art von Politik!

Es ist allerdings auch von großer Bedeutung, dass wir von Energieimporten insgesamt unabhängiger werden. Deshalb ist es schlichtweg falsch, was die Bundesregierung gerade macht: Sie würgt die Energiewende ab, sie stoppt die Energiewende.

Es ist grundfalsch, in welche Richtung sich die Klimapolitik auf EU-Ebene gerade bewegt, nämlich dahin, Klimaziele abzuschwächen, so zu tun, als wenn die Klimakatastrophe nicht stattfinden würde. Selbst wenn Ihnen der Klimaschutz und das Überleben zukünftiger Generationen nicht so wichtig sind:

Sie müssten doch wenigstens erkennen, dass es wichtig wäre, wie sich anhand dieser Krise zeigt, von

Importen fossiler Rohstoffe unabhängiger zu werden.

Wenn Sie zum EU-Gipfel gehen: Sorgen Sie dafür, dass es wieder eine koordinierte Energiepolitik gibt! Frau Merkel, Sie haben selber davon gesprochen, dass wir einen Energiebinnenmarkt brauchen, dass wir eine koordinierte Energiepolitik brauchen. Und was machen Sie? Sie machen das Gegenteil! Früher gab es vernünftige Ziele – sie waren zwar schwach, aber immerhin vorhanden – für den Ausbau erneuerbarer Energien auf EU-Ebene für die einzelnen Länder. Sie haben zugelassen, dass das gestrichen wurde. Was soll denn das Ganze? Wohin wollen Sie denn damit kommen? Am Ende wird Frankreich wieder auf Atom setzen, wird Großbritannien auf Atom setzen; andere Staaten – wie Polen – setzen stark auf fossile Energieträger. Das erhöht doch nur die Abhängigkeit von Importen aus Krisenländern. Auch Uran muss importiert werden. Steinkohle muss weitgehend importiert werden. Selbst bei Erdöl ist Russland einer der größten Exportstaaten, auch für uns. Schon allein aus Unabhängigkeitsgründen, aus

Klimaschutzgründen: Ändern Sie Ihren Kurs!

Aber auch aus Wettbewerbsgründen sollten Sie Ihren Kurs ändern. Sie haben viel von der Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Wenn die südlichen Krisenstaaten die Möglichkeit hätten, Energie selbst zu erzeugen – Europa importiert für 500 Milliarden Euro fossile Energieträger –, dann hätten sie eine ausgeglichene Handelsbilanz. Es genügt nicht, von Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen; man muss dafür sorgen, dass diese Staaten eine Perspektive haben. Eine Perspektive ist der Green New Deal, eine Perspektive sind erneuerbare Energien, und eine Perspektive ist Energieunabhängigkeit; denn das stärkt die lokale Wirtschaftskraft.

Frau Merkel, ändern Sie Ihren Kurs in Bezug auf die europäische Politik, was Banken angeht, was erneuerbare Energien angeht, was Klimaschutz angeht! Dann hätten Sie eine Chance, dass von den Zielen, von denen Sie hier gesprochen haben, auch in der Realität etwas umgesetzt werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk (rechts) während des EU-Frühjahrgipfels

Volker Kauder, CDU/CSU:

Wir in Europa stehen zusammen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Wir haben uns das Jahr 2014 beim Start etwas anders vorgestellt, als es jetzt in Wirklichkeit ist. Wir haben in diesem Jahr vor, Termine zum Gedenken an Ereignisse wahrzunehmen, die wir in unserer Zeit nie mehr erleben wollen. Ein Termin in diesem Jahr ist beispielsweise der Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Wir sagen in diesem Jahr: In diesen 100 Jahren haben wir gelernt, dass Konflikte nicht mehr militärisch beziehungsweise mit Kriegen zu lösen sind. Die Antwort auf das, was wir im Ersten und Zweiten Weltkrieg erlebt haben, war, dass nicht das Recht des Stärkeren gelten darf, sondern dass das Recht das Starke in der Welt sein muss.

Entsprechend wurde auch in der Charta der Vereinten Nationen formuliert.

Jetzt erleben wir auf einmal, dass in Russland ganz anders argumentiert wird. Wenn wir in Europa nicht unsere Lektion gelernt hätten, würde von der konkreten Situation, wenn wir auf die Instrumente der letzten 100 Jahre zurückgriffen, wieder eine große Kriegsgefahr ausgehen. Dass Friede herrscht, hat nichts mit Russland zu tun, sondern mit Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deshalb ist es richtig, was die Bundesregierung, insbesondere die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister, in den letzten Wochen gemacht haben. Ich kann nur sagen: Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am letzten Donnerstag hat gezeigt, dass der überwiegende Teil dieses Hauses, mal von den Linken abgesehen, genau hinter dieser Politik steht. Ich bin dankbar, dass wir eine so klare Position im Deutschen Bundestag haben.

Der Respekt, Frau Bundeskanzlerin, Herr Bundesaußenminister, kommt nicht nur aus dem Bundestag, sondern auch aus der Breite der Bevölkerung und – der Kollege Oppermann hat es angesprochen – aus der deutschen Wirtschaft. Nicht nur der Präsident des BDI sagt das, sondern auch

Präsident Schweitzer hat gestern auf der großen Tagung der Industrie- und Handelskammern in Deutschland unter Beifall erklärt, dass der Kurs der Bundesregierung in Ordnung sei.

Wirtschaftssanktionen könnten natürlich auch für sie schmerzhaft sein; aber nichts sei schmerzhafter, als der Willkür ausgeliefert zu sein. Deshalb müsse man sich hinter das Recht stellen. Auch das sei ein wichtiger Aspekt für Investitionen unserer deutschen Wirtschaft.

Wir sind der Wirtschaft außerordentlich dankbar für dieses Verständnis.

Wir haben natürlich auch darauf zu achten – darauf hat die Bundesregierung mehrfach hingewiesen –, dass wir in dieser konkreten Situation Europa zusammenhalten. Nichts wäre schlimmer, als wenn Putin auch noch den Erfolg hätte, dass wir uns in Europa über die notwendigen Maßnahmen zerstreiten. Deswegen wird auf dem europäischen Gipfel, der heute beginnt, sehr viel abhängen von der Botschaft: Wir in Europa stehen zusammen. – Es könnte insbesondere auch eine Botschaft sein, dass dieses Europa bei allen Schwierigkeiten, die wir haben – ich komme nachher noch kurz darauf zu sprechen –, für uns nicht nur eine Veranstaltung von Euro und Cent ist, sondern dass dieses Europa für uns auch eine Werte-, eine Schicksalsgemeinschaft und einen Garant für Friedenssicherung darstellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Europa hat ganz offenkundig eine enorme Anziehungskraft. Es gibt viel mehr, die zu Europa wollen, als wir uns im Augenblick vorstellen können in Europa verkraften zu können. So war es auch nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht, als sich die Länder und Menschen in neuer Freiheit überlegt haben, wohin sie sich orientieren wollen.

Jetzt muss ich die linke Seite, Herr Gysi, an Folgendes erinnern: Es ist doch unbestritten, auch bei Ihnen, dass es nach internationalem Recht ein Selbstbestimmungsrecht der Völker und ein Selbstbestimmungsrecht der Menschen gibt. Dieses Selbstbestimmungsrecht kann auch nicht von Russland eingegrenzt werden. Wenn sich Länder, die zu Europa gehören, für die Europäische Union frei entscheiden, dann kann dies von keinem anderen Land sanktioniert werden. Wo kommen wir sonst hin in dieser Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Es war nicht Europa, sondern es waren Bulgarien, Rumänien, Polen und die baltischen Staaten, die ihre Zukunft nicht nach Osten zugewandt gesehen haben, sondern zur Europäischen Union.

Vielleicht sollte den jetzigen Machthabern in Russland ein bisschen zu denken geben, warum die einen attraktiv und die anderen weniger attraktiv sind.

Trotz dieses Rechtsbruchs, den wir so nennen müssen und nicht unbeantwortet lassen dürfen, ist klar, dass die notwendigen Maßnahmen mit Augenmaß getroffen werden müssen. Das haben die Europäische Union und die Bundesregierung bisher auch gezeigt.

Ich bin mir nicht sicher, ob der jetzige Zustand das Ende der Entwicklung bedeutet. Deshalb müssen wir die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen. Klar ist auch, dass wir die Ukraine nicht nur finanziell unterstützen müssen, sondern dass wir sie auch beraten und ihr helfen müssen, in dieser schwierigen Situation mehr Stabilität zu gewinnen und – Sie haben völlig recht, Herr Kollege Oppermann – eine Regierung zu bilden, die auch demokratischen und rechtsstaatlichen Werten, die wir in Europa haben, entspricht. Das alles muss auf den Weg gebracht werden – eine Herkulesaufgabe.

Die Kraft Europas brauchen wir jetzt in der Diskussion über die Ukraine und Russland.

Als wir die Große Koalition gebildet haben, hat niemand daran gedacht, dass wir wieder einmal – wie bei den letzten Regierungen – große Herausforderungen und Aufgaben bekommen, an die wir zunächst einmal gar nicht gedacht haben. Bei der Lösung dieser Aufgaben – davon bin ich hundertprozentig überzeugt – wird sich auch diese Koalition bewähren müssen, und sie wird sich bewähren.

Der bevorstehende europäische Gipfel steht aber auch unter der Frage: Wie können Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Stärke in Europa hergestellt, wiedergewonnen und auch weiterverfolgt werden? Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass sich die Kommission in ihren letzten Stellungnahmen klar und deutlich dahin gehend positioniert hat, dass die Stärke Deutschlands keine Schwäche Europas bedeutet. Ganz im Gegenteil: Wenn ich daran denke, was wir für Europa finanziell leisten, so macht es keinen Sinn, die Starken schwach zu machen, sondern es macht nur Sinn, die Schwachen stark zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb ist der Weg, Wettbewerbsfähigkeit in Europa herzustellen, rich-

tig. Dass dieser Weg, der durchaus umstritten war und bei dem es andere Vorstellungen gab, richtig ist, zeigt sich – die Bundeskanzlerin hat es bereits angesprochen –, wenn wir die Entwicklungen in Irland, Portugal und Spanien sehen.

Es war völlig richtig, Anstrengungen zu verlangen und Reformmaßnahmen umzusetzen. Wir in Deutschland als wirtschaftlich stärkste und federführende Kraft in Europa müssen bei allem, was wir tun, immer vor Augen haben, dass wir Verantwortung dafür tragen, dass die Reformfähigkeit in Europa nicht nachlässt. Wir müssen mit unserer Regierungsarbeit gute Beispiele setzen und immer darauf achten, Dinge, die wir in Bezug auf -Europa eigentlich richtig machen könnten, nicht falsch zu machen.

Das gilt auch für die Energiepolitik. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auf unserem Weg, Industriestaat und erneuerbare Energien erfolgreich miteinander zu verbinden, weiter vorankommen.

Herr Hofreiter, ich kann Ihnen nur raten, dass Sie sich einmal genau anschauen, was die Bundesregierung im Bereich der erneuerbaren Energien wirklich macht.

Selten habe ich einen führenden Politiker einer Fraktion so mit seiner Argumentation danebenliegend erlebt wie Sie gerade an diesem Rednerpult.

Es geht darum, dass wir die erneuerbaren Energien voranbringen. Dazu, Herr Hofreiter – hören Sie gut zu –, können und müssen Sie einen Beitrag leisten. Wenn jemand dabei ist, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erschweren und zu problematisieren, dann ist es der eine oder andere Hinweis auch aus grün regierten Bundesländern, die wir im Bundesrat für den Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen. Leisten Sie Ihren Beitrag bei diesem Thema also nicht durch Blockieren, sondern durch Mitmachen! Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten sehen, ob Sie das tun.

Natürlich müssen wir in der Übergangsphase, in der wir die erneuerbaren Energien fest verankern wollen, die Wettbewerbsfähigkeit von strom- und energieintensiven Firmen erhalten. Deswegen bin ich der Bundesregierung außerordentlich dankbar dafür, dass sie so intensiv mit der Europäischen Kommission verhandelt. Die Europäische Kommission riskiert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit von einzelnen Branchen bei uns in Deutschland. Was viel schlimmer wiegt und den Einsatz der Bundesregierung umso notwendiger macht, ist, dass mit dem Kurs der Europäischen Kommission der Weg in die erneuerbaren Energien in ganz Europa erschwert wird. Wir wollen nicht mehr Kernkraft in Frankreich. Aber dann muss der Weg der Unterstützung der Implementierung der erneuerbaren Energien in Deutschland auch weiter beschritten werden. Dazu kann ich die Europäische Kommission nur aufordern.

Wenn Länder in Europa, die sich auf den Weg machen, die erneuerbaren Energien stärker auszubauen, von der Europäischen Kommission den Hinweis bekommen, dass dies wettbewerbsschädigend sein kann, dann ist dies verheerend. Deswegen muss dieser Weg gemeinsam mit der Europäischen Kommission angegangen werden. Die Kommission trägt Verantwortung für Wachstum und nicht für Stillstand in Europa.

Ein letzter Hinweis. Neben der Situation in der Ukraine und der Wettbewerbsfähigkeit in Europa ist das Thema Afrika ein weiterer Schwerpunkt. Die Bundesregierung – das habe ich jetzt gesehen, Herr Bundesaußenminister – trifft sich in diesen Tagen mit den Zuständigen – oder hat sich getroffen –, um ein Afrika-Konzept zu entwickeln. Wir werden es sicher sehr bald in den Fraktionen vorgelegt bekommen und beraten. Ich halte dies auch für notwendig. Die Bevölkerung Afrikas wächst schneller als die Bevölkerung Asiens. Wir haben in Afrika 1 Milliarde Menschen, und diese Zahl wird sich sehr rasch weiter vergrößern. Afrika ist wahrscheinlich der jüngste Kontinent überhaupt, und junge Menschen verlangen nach einer Perspektive, und dies auch zu Recht. Wenn wir nicht alle dazu beitragen, dass in Afrika eine Perspektive für junge Menschen entsteht, dann werden die starken Jungen dorthin gehen, wo sie sich eine Perspektive versprechen, und die schwächeren zurückbleiben. Dies wird den Kontinent insgesamt nicht stärken.

Insofern haben wir eine Verantwortung, in Afrika für mehr Wachstum und Zukunftschancen zu sorgen. Das wird nur gehen, indem wir die Menschen in Afrika ernst nehmen, indem wir fragen, was sie wollen, und nicht nur von außen einwirken, indem wir die Kräfte in der Wirtschaft als auch die Kräfte, die für staatliche Ordnung und Sicherheit sorgen. Deswegen ist der Weg, den die Bundesregierung geht, genau richtig. Sie sagt: Wir schicken Ausbilder und Berater nach Afrika, die helfen, die dortigen Strukturen zu stärken. Frau von der Leyen und Herr Bundesaußenminister, genau dies ist der Weg in Afrika: keine Interventionstruppen einzusetzen, sondern Hilfsangebote zu machen und Unterstützungsmaßnahmen umzusetzen. Auf diesem Weg wünsche ich uns allen viel Erfolg.

Die Kraft Europas, der Europäischen Union – Friede, Wirtschaft, Stabilität, Zukunftschancen – brauchen wir jetzt in der Diskussion über die Ukraine und Russland. Diese Kraft muss auch wirken, wenn entsprechende Möglichkeiten in Afrika genutzt werden sollen. Ich glaube, dass wir eine Menge Aufgaben vor uns haben. Wenn das ganze Haus – da habe ich bei der einen oder anderen Frage meine Zweifel – oder der größte Teil dieses Hauses hinter diesem Konzept steht, dann wird das gut für unser Land und für die Welt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Norbert Spinrath, SPD:

Die Ukraine bedarf unserer Hilfe



Norbert Spinrath (*1957)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung und der überwiegende Teil dieses Hauses haben klare Botschaften zur Situation in der Ukraine gesendet: Die Unabhängigkeitserklärung der Krim in der vergangenen Woche und das dann folgende Referendum verstoßen gegen die Verfassung der Ukraine; das Ergebnis und dessen Folgen dürfen von der internationalen Staatengemeinschaft keinesfalls anerkannt werden.

Die perfide eingeleitete Annexion der Krim durch Russland verstößt gegen das Völkerrecht.

Der russische Staatspräsident Putin hat mit seiner Rede am vergangenen Dienstag in Moskau Öl ins Feuer gegossen und stellt den in den letzten 25 Jahren nach dem Zerreißen des Eisernen Vorhangs gewachsenen Zusammenhalt Europas auf eine Art und Weise infrage, die wir längst überwunden zu haben glaubten. Ja, er löst damit Verunsicherung, gar Angst in vielen Staaten Osteuropas aus, in denen viele russischstämmige Bürger leben.

Die Europäische Union hat in Reaktion darauf Sanktionen beschlossen, die Russland dazu bringen sollen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Zur Notwendigkeit von Sanktionen hat mein Fraktionsvorsitzender, Thomas Oppermann, alles gesagt; ich unterstütze das nachdrücklich. Beim heutigen EU-Gipfel gilt es auch, den politischen Teil des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zu unterschreiben und ein Hilfspaket der Europäischen Union und des IWF für die Ukraine auf den Weg zu bringen. Dies darf aber keinesfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer Entweder-oder-Entscheidung führen. Vielmehr muss der Ukraine die Option eines Sowohl-als-auch erhalten bleiben, also die Option einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und mit Russland.

Das Hilfspaket trägt in erheblichem Maße zur Stabilisierung der Situation in der Ukraine bei. Die Ukraine darf nicht allein gelassen werden. Die Reste an staatlicher Ordnung dort dürfen nicht aufgrund von Zahlungsunfähigkeit zusammenbrechen. Die wirtschaftliche Grundlage für das Leben der Menschen muss erhalten bleiben. Genau dieselbe Bevölkerung, die sich monatelang in überwiegend friedlichen Protesten ihren Weg zur Freiheit und Souveränität erkämpfen wollte, darf in der Ukraine nicht zum wirtschaftlichen Opfer werden.

Die Auszahlungen des Hilfspakets müssen an eindeutige Bedingungen geknüpft werden. Das heißt für mich insbesondere, dass die Konditionen des von den Außenministern des Weimarer Dreiecks vermittelten Abkommens vom 21. Februar schnellstmöglich eingelöst werden müssen: Entwaffnung von Milizen, Präsidentschaftswahlen am 25. Mai, Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit und vor allen Dingen eine zügige Verfassungsreform. Aus meiner Sicht müssen daran anschließend ganz schnell Neuwahlen des Parlaments durchgeführt werden. Daneben ist es unerlässlich, die Verwaltung neu aufzubauen, und zwar basierend auf den Prinzipien der

Rechtsstaatlichkeit, und die überbordende Korruption zu bekämpfen.

Die Inkraftsetzung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine ist kein zwingender Bestandteil der Hilfsangebote. Dennoch ist es ein notwendiges Fundament, weil sie auf Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, Reformpakete auferlegt werden können und Vertrauen geschaffen werden kann. Ich sage aber auch ganz deutlich: Zur Stabilisierung der maroden Staatsfinanzen der Ukraine müssen auch diejenigen herangezogen werden, die in den letzten Jahren auf mehr als fragwürdige Weise, auf kriminelle Weise, das Volk geschädigt und rechtswidrig Vermögen angehäuft und außer Landes geschafft haben.

In der Ukraine bedarf es dringend Reformen, die diese hemmungslose Selbstbedienung und das ungeheuerliche Ausmaß an Korruption in Zukunft verhindern. Die rücksichtslose Ausbeutung des Volkes war nicht unmittelbarer Auslöser, aber Beweggrund für die Protestbewegung auf dem Maidan.

Wir sollten alles daransetzen, den Reformprozess in der Ukraine

zu begleiten und zu unterstützen. Die Verhältnisse müssen sich grundlegend ändern, ansonsten werden sich die Menschen irgendwann wieder auf den Weg machen, nämlich zum Maidan. Das sollte auch Russland zu denken geben. Die gestiegenen Popularitätswerte des Staatspräsidenten werden schnell verblassen. Russland muss

nun wieder zum politischen Dialog und zur Diplomatie zurückkehren, idealerweise in einer internationalen Kontaktgruppe. Noch sind die Korridore dafür offen.

Zum Schluss gebe ich zu bedenken, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn die Menschen in Russland mit der Zeit erkennen, dass sich ihre Regierung international ins Abseits manövriert und isoliert hat, dann werden auch sie sich mehr und mehr Fragen stellen. Die Menschen in Russland werden sich nicht nur

politisch, sondern auch wirtschaftlich als Opfer sehen. Sie werden merken, dass ihnen die bisherige Politik schadet. Eine solche Zuspitzung kann nicht im Interesse der russischen Regierung, erst recht nicht im Interesse der Menschen sein. Mit einer solchen Zuspitzung läuft Russland Gefahr, dass vielleicht auch seine Bürger eines Tages zu ihrem eigenen Maidan aufbrechen, dem Roten Platz in Moskau.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das Hilfspaket trägt in erheblichem Maß zur Stabilisierung der Situation in der Ukraine bei.

Marieluise Beck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Stimmt unsere Prämisse gegenüber Russland noch?



Marieluise Beck (*1952)
Landesliste Bremen

Ich möchte zunächst den verehrten Josef Zissels begrüßen, der unsere Debatte auf der Tribüne verfolgt.

Er kommt aus der Ukraine und ist Vorsitzender des Euro-Asian Jewish Congress und damit Vertreter des Dachverbandes von etwa 300 jüdischen Gemeinden.

Ich möchte zu Beginn meiner Rede an den Satz anknüpfen, Herr Spinrath, mit dem Sie geendet haben. Es geht um die Furcht von Präsident Putin, dass sich die Ereignisse auf dem Maidan eines Tages auch auf dem Roten Platz abspielen könnten. Wie werden in den kommenden Wochen und Monaten vermutlich erleben, dass alle russischen Demokraten, die in der russischen Zivilgesellschaft arbeiten, einem zunehmenden Druck ausgesetzt sind, weil genau diese Furcht die Politik im Kreml mitbestimmt. Wir müssen doch ehrlich feststellen, dass wir alle fassungslos sind, mit welcher Kaltblütigkeit ein Schritt vor den anderen gesetzt worden ist, während wir immer wieder diplomatische Angebote unterbreitet haben. Es gab verschiedene Kompromissangebote, verschiedene

Treffen und Gespräche – es gab Gespräche mit Lawrow, und die Kanzlerin hat mit Putin telefoniert –; trotzdem gab es gar keine Möglichkeit, Putin von diesem dramatischen Völkerrechtsbruch und einer Annexion, die es seit 1945 in Europa nicht mehr gegeben hat, abzubringen.

Ich möchte gerne noch einmal daran erinnern: Zu der Östlichen Partnerschaft wurde Russland eingeladen. Hier, in diesem Haus, haben wir über Jahre hinweg gesagt, dass wir eine strategische Partnerschaft mit Russland wollen. Wir haben von der Modernisierungspartnerschaft gesprochen, die wir mit Russland eingehen wollten.

Ich weiß, dass dieser Außenminister in dieser Legislaturperiode wirklich etwas anderes vorhatte als das, was er jetzt gestalten muss; er wollte die Beziehungen zu Russland vertiefen. Wir müssen uns fragen: Stimmt die Prämisse, mit der wir in den vergangenen Jahren Politik gemacht haben, noch? Sind Putin und der Kreml wirklich noch an einer engen Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert? Wollen Putin und der Kreml gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, russische Interessen mit unseren Interessen zu verknüpfen? Oder ist Putin nicht inzwischen in einer anderen Welt, in der geostrategisch gedacht wird, in der Öl und Gas als Machtinstrumente betrachtet werden, in der es auf unsere Ansprache gar keine Antwort gibt, weil die Gedankenwelt eine vollkommen andere ist?

Das beunruhigt nicht nur uns hier im Westen, sondern das beunruhigt auch solche Länder wie Belarus und

Kasachstan. Kasachstan hat eine große russische Minderheit im Norden seines Landes. Der Satz, dass dort, wo russische Bürger sind, auch russische Interessen sind, verunsichert ein Land wie Kasachstan, das zukünftig Mitglied der Eurasischen Union sein soll, zutiefst.

Dieser Vertrauensbruch geht unendlich tief, und er wird auf lange Sicht Russland schaden. Dabei blutet mir das Herz für die russischen Bürgerinnen und Bürger, die unsere Freunde sind; denn wir wollen mit ihnen gemeinsam das europäische Haus gestalten, wie Gorbatschow es einst gesagt hat.

Zur Ukraine: Ich hoffe, dass Putin als Nächstes nicht einen Schritt in Richtung Ostukraine unternimmt. Was wir jetzt tun müssen, ist Festigkeit zu zeigen, dass wir das nicht akzeptieren werden, und wir

müssen die Ukraine mit allem, was uns zur Verfügung steht, stabilisieren. Die Ukraine muss faktisch einen neuen Staat aufbauen. Sie braucht rechtsstaatliche Institutionen und eine effektive Verwaltung.

Sie muss ein Staat werden, der mit der Krake der Korruption fertig wird. Janukowitsch hat faktisch ein insolventes Land hinterlassen. Wir brauchen jetzt eine entschiedene Politik. Wir müssen diejenigen stabilisieren, die die schwierige Aufgabe übernommen haben, dieses Land aus der Krise herauszuführen. Das ist unsere wichtigste Aufgabe, und wir werden sie in Europa gemeinsam schultern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Vertrauensbruch geht unendlich tief und wird auf lange Sicht Russland schaden.

Dr. Hans-Peter Friedrich, CDU/CSU:

Europa muss sich auf seine Prinzipien besinnen



Hans-Peter Friedrich (*1957)
Wahlkreis Hof

Dieser Gipfel wird beherrscht von der Krise in der Ukraine. Volker Kauder hat es richtig gesagt: Diese Frage berührt im Grunde den Kern des europäischen Gedankens. Kern des europäischen Gedankens war es von Anfang an – das galt schon in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren –, in und für Europa eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Alle Konstruktionen, auch die ökonomischer Art, von der Montanunion bis zum heutigen Binnenmarkt, dienten nur einem Ziel, nämlich der Absicherung dieses Kerngedankens.

Im Laufe der Jahre ist das Ziel der Friedenssicherung in Europa als Kerngedanke der Europäischen Union verloren gegangen, weil viele geglaubt haben, dieses Ziel sei selbstverständlich, sei bereits erreicht. Wir stellen nun fest, dass das ein großer Irrtum ist. Eine stabile Friedensordnung in Europa ist und bleibt eine Daueraufgabe. Sie muss immer wieder gefestigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa beziehungsweise die EU steht heute genauso auf dem Prüfstand wie in der Schulden- und Finanzkrise 2008/2009, und zwar hinsichtlich ihrer Handlungsfähigkeit und hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit. Ich glaube, dass bei diesem Gipfel und in den nächsten Wochen das wichtigste Ziel überhaupt ist, Europa geschlossen zu halten. Das ist eine schwierige Aufgabe, die auf die Führer Europas und der EU zukommt, insbesondere auf unsere Bundeskanzlerin. Denn in den 28 Mitgliedstaaten der EU ist nicht nur die geografische und ökonomische Situation sehr unterschiedlich, sondern auch die historische Situation. Außerdem haben sie sehr unterschiedliche Befindlichkeiten, insbesondere was den Umgang mit Russland angeht. In diesen Wochen entscheidet sich, ob die Europäische Union für unsere Partner, für unsere Gegner, aber auch für unsere Bürger eine außenpolitische Größe oder

nur ein aufgeblasener Bürokratenhaufen ist. Das ist die zentrale Frage, die in den nächsten Wochen beantwortet werden wird.

Der russische Präsident Putin hat Völkerrecht gebrochen, er hat Verträge und Abkommen über den Haufen geworfen, und er hat den Geist des sowjetischen Imperialismus des letzten Jahrhunderts wiederbelebt.

Die Weltgemeinschaft, die Wertegemeinschaft und die Europäische Union können nicht zur Tagesordnung übergehen. Der Sicherheitsrat – dafür können wir alle, glaube ich, sehr dankbar sein – hat Russland isoliert. Bei der Abstimmung über die Anerkennung des Referendums haben 13 der 15 Staaten mit Nein gestimmt; China hat sich enthalten, und nur Russland hat isoliert und einsam dagegen gestimmt. Das war eine gute und richtige Antwort. Das zeigt, dass Russland allein dasteht.

Ich glaube, dass der Dreistufenplan eine richtige Antwort ist, insbesondere weil er auf jeder Stufe die Möglichkeit zum Dialog lässt. Kollege Oppermann hat es richtig gesagt: Es muss eine Spirale der Sanktionen vermieden werden. – Ich glaube, das wird durch diesen Dreistufenplan erreicht. Das ist wichtig.

Den Putin-Freunden, insbesondere unserem Altkanzler Gerhard Schröder, sei gesagt: Gerhard Schröders Argumentation, Putin habe Einkreisungsängste, ist geradezu grotesk. Putin hat überhaupt keine Ängste, sondern Putin versucht kaltblütig, seine machtpolitischen Spielräume auszunutzen. Es liegt an uns, diese Spielräume entsprechend einzuengen. Es ist geradezu grotesk, zu behaupten, Europa habe Putin zu dem, was er jetzt macht, provoziert.

Die Bundeskanzlerin war es, die an diesem Pult mehrfach gesagt hat: Wir wollen nicht, dass sich die Staaten der Östlichen Partnerschaft in einem Entweder-oder für Russland oder die Europäische Union entscheiden müssen. – Nein, wir wollen, dass die Staaten der Östlichen Partnerschaft eine Brücke zwischen der EU und Russland darstellen; das ist das Entscheidende. Ich sage allen Russenverstehern in diesem Land – die in Wahrheit ja nur geschäftliche Interessen im Blick haben –: Wenn wir zulassen, dass Putin das Völkerrecht und Abkommen bricht, dann werden wir auch nicht verhindern, dass er eines Tages, wenn es ihm passt, die westlichen Investoren entzweit; das muss jeder wissen.

Wenn wir das Recht jetzt nicht durchsetzen, wird es auch in der Zukunft nicht gelten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antwort muss viel langfristiger und viel grundsätz-

licher sein. Es ist an der Zeit, dass wir unser weltpolitisches Koordinatensystem in Deutschland und in Europa wieder zurechtrücken. Seit 20 Jahren glauben wir, dass wir permanent, alljährlich die Friedensdividende kassieren können. Die Wahrheit aber ist eine andere. Wer es riskiert, sich von Staaten, die unsere Werte von Freiheit und Demokratie nicht teilen, abhängig zu machen, gefährdet sein eigenes Wertefundament und wird erpressbar. Deswegen danke ich unserer Bundeskanzlerin ganz herzlich, dass sie im Hinblick auf die Ukraine-Krise den Schulterchluss mit Präsident Obama gefunden hat.

Ich danke Ihnen, Herr Außenminister, sehr verehrter Herr Steinmeier, dass Sie in Washington deutlich gemacht haben, wie eng das Band der Freundschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika ist. Dafür herzlichen Dank. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Es wird höchste Zeit, dass wir bei allen politischen Weichenstellungen – in der Sicherheitspolitik, in der Außenpolitik wie in der Wirtschaftspolitik – Abhängigkeiten von Staaten vermeiden, die nicht unseren Vorstellungen von Freiheit und Demokratie entsprechen und die nichts damit zu tun haben. Andernfalls werden wir erpressbar, andernfalls gefährden wir unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit, andernfalls gefährden wir unser eigenes Wertesystem.

Bei diesem europäischen Gipfel stehen zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung, nämlich die indus-

trielle Wettbewerbsfähigkeit und die Energiepolitik. Diese zwei Punkte hängen unmittelbar zusammen. Die EU wird nicht dadurch wettbewerbsfähig, dass sich irgendwelche schlaue Kommissare, Räte oder Bürokraten schlaue Programme ausdenken, sondern sie wird dadurch wettbewerbsfähig, dass wir Unternehmen und Investoren, Menschen, die etwas tun wollen, Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die sie nicht zu Verlierern auf den internationalen Märkten machen. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch in der Energiepolitik die Weichen richtig stellen. Energie ist der Lebenssaft der deutschen und der europäischen Wirtschaft, überhaupt jeder Volkswirtschaft. Die Kommission muss wissen: Wenn sie die energieintensive Industrie in Deutschland plattmacht, schädigt sie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft insgesamt.

Die EU braucht Gestaltungswettbewerb und keine zentralistischen Fünfjahrespläne von Räten, Etatisten und Bürokraten.

Ich wünsche mir, dass der Geist von Ludwig Erhard über ganz Europa weht. Das ist mein Wunsch für die nächsten Jahre. Dann wird Europa auch erfolgreich sein.

Seit Jahren reden wir in der Energiepolitik zu Recht über Klimaschutzziele und technologische Machbarkeit. Aber es wird Zeit, dass wir auch darüber reden, wie wir in der Energiepolitik unabhängig von nichtdemokratischen Staaten werden können. Wer das in den letzten Jahren thematisiert hat, ist als Ewiggestriger, der nicht begriffen hat, was alles global, frei und offen ist, gebrandmarkt worden. Die Wahrheit ist, dass wir uns abhängig gemacht

haben von Staaten, die nicht unserem Wertefundament entsprechen. Ich habe für unsere polnischen Freunde jedes Verständnis, wenn sie sagen: Lieber nutzen wir unsere eigenen Kohlereserven, als dass wir uns noch mehr von Russland abhängig machen. – Ich kann das begreifen. Das ist eine richtige Argumentation.

Unabhängigkeit vom Ausland, von nichtdemokratischen Staaten in der Energie-, in der Ernährungs- und in der Technologiepolitik ist ein entscheidender Punkt, den wir zum Kernpunkt der Politik in Europa machen sollten. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist erreichbar, wenn wir die Vielfalt Europas als Chance und nicht als Belastung begreifen, wenn wir begreifen, dass der Gestaltungswettbewerb von 28 Akteuren etwas Positives ist und die Vielfalt

am Ende dazu führen wird, dass wir beim Ringen um die beste Lösung auch die beste Lösung erhalten werden. Wenn Deutschland entschieden hat, eine Energiewende herbeizuführen, dann werden uns

die anderen folgen, wenn wir bei dieser Energiewende erfolgreich sind. Wenn andere in anderen Bereichen erfolgreicher sind als wir, werden wir ihnen folgen. Das ist die Idee des Gestaltungswettbewerbs in Europa, dem Raum gegeben werden muss.

Ich bin ganz sicher: Wenn sich Europa auch in dieser Krise auf seine Prinzipien – auf Freiheit, auf Demokratie der westlichen Wertegemeinschaft, auf Vielfalt, auf Wettbewerb, auf Subsidiarität – besinnt, dann wird es auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir das Recht jetzt nicht durchsetzen, wird es auch in Zukunft nicht gelten.

Gabriele Groneberg, SPD:

Noch weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung des Gipfels



Gabriele Groneberg (*1955)
Landesliste Cloppenburg/Vechta

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! In der Tat wird bei der anstehenden Tagung des Europäischen Rates die Lage in der Ukraine in der Diskussion alles überlagern. Dennoch stehen weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung.

Der Rat hat in diesen schwierigen Tagen die Aufgabe, Ziele festzulegen, die die Grundlagen für nationale Reformprogramme und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer bilden sollen, um so die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Das hört sich alles gut an. Das ist aber natürlich al-

les nicht möglich, ohne letztendlich die Ziele für die Klima- und Energiepolitik der EU im Zeitraum 2020 bis 2030 zu sichern. Das ist Voraussetzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zur vorherigen Bundesregierung gehen wir bei diesem Thema einig und stark in die Gespräche: Wir gehen einig in die Gespräche, weil wir einen Wirtschaftsminister und eine Umweltministerin haben, die sich zur Energiewende bekennen und, ganz wichtig, an einem Strang ziehen und sich nicht gegenseitig behindern, wie es in der Vorgängerregierung der Fall war.

Wir wollen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, und wir werden das EEG europarechtskonform weiterentwickeln. Das ist unbestritten eine schwierige Aufgabe, aber eine vernünftige Lösung muss uns gelingen; schließlich hängen bei uns in Deutschland ganz viele Arbeitsplätze davon ab. Letztendlich wird unsere wirtschaftliche Entwicklung davon auch bestimmt werden.

Wir gehen stark in die Gespräche, weil wir uns im Koalitionsvertrag eindeutig positioniert haben. Ich will diese Passage vor allen Dingen für Herrn Hofreiter, der jetzt leider nicht da ist, noch einmal zitieren:

Wir bekräftigen unseren Willen, die internationalen und nationalen Ziele zum Schutz des Klimas einzuhalten, uns in der Europäischen Uni-

on für 2030 für ambitionierte Ziele auf der Grundlage der weltweiten langfristigen Ziele für 2050 einzusetzen, und wir werden uns auch international für ambitionierte Klimaschutzziele und verbindliche Vereinbarungen engagieren.

Wir wissen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle hat, und wir werden sie auch nutzen. Wie bereits erwähnt, setzen wir uns selbstverständlich für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein und haben dabei durchaus die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit insgesamt im Blick.

Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene. An dieser Stelle gibt es – die Kritik wird zu Recht geübt – durchaus großen Handlungsbedarf. Es wird ei-

ne große Aufgabe auch der nächsten Tage sein, hier Pflöcke einzuschlagen.

Der Dialog mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten darüber, wie diesen Zielen dienende Förderbedingungen europarechtskonform weiterentwickelt werden können, ist eine zentrale Aufgabe dieses Wirtschaftsministers. Ich bin davon überzeugt, Sigmar Gabriel wird diese Aufgabe meistern.

Wir bekennen uns ebenso eindeutig zu dem Ziel der Steigerung der Energieeffizienz. Ich würde dazu gerne noch mehr ausführen, nur, leider fehlt mir die Zeit. Aber ich will noch einmal, auch wenn er nicht da ist, auf den Herrn Kollegen Hofreiter eingehen: Ich bin wirklich enttäuscht von seiner Analyse, mit der er unterstellt, die Klimaschutzziele seien der EU beziehungsweise dem Europäischen Rat unwichtig und würden überhaupt nicht berücksichtigt werden. Das ist meiner Ansicht nach voll daneben, ist polemisch, ist

unsachlich. Herr Hofreiter müsste wissen, dass die Ziele der EU in diesem Bereich schon lange festliegen. Er selber beziehungsweise seine Fraktion hat sie in der Vergangenheit mit geprägt. Es ist richtig: Nicht alle unsere Ziele stoßen in der EU auf helle Begeisterung. Es gibt durchaus Kritiker in den Ländern des Südens und des Ostens, für die angesichts hoher Arbeitslosigkeit eine zielführende Beschäftigungspolitik und sozialpolitische

Fragen im Vordergrund stehen, ebenso wie die Versorgungssicherheit im Bereich Energie und das Preisniveau.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt doch: Wenn wir es in Deutschland nicht schaffen, die Menschen bei der Energiewende mitzunehmen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern,

wenn wir es nicht schaffen, die Energiewende sicher, sauber und bezahlbar hinzubekommen, dann werden wir – da können wir uns noch so viele Ziele setzen und noch so viele schöne Papiere schreiben – scheitern. Deshalb empfehle ich Ihnen allen in diesem Hause, diese Verhandlungen zu unterstützen. Die Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD werden dies tun. Wir erwarten von unserer Bundesregierung vollen Einsatz auf der Basis der Formulierungen unseres Koalitionsvertrages. Der Auftrag, den dieses Haus der deutschen Delegation mitgibt, ist klar.

Wir sollten auf jeden Fall aus diesem Hause Rückendeckung für die anstehenden Verhandlungen geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene.

Es ist richtig: Nicht alle unsere Ziele stoßen in der EU auf helle Begeisterung.

Michael Stübgen, CDU/CSU:

EU hat geopolitische Sprengkraft der Ukraine-Frage unterschätzt



Michael Stübgen (*1959)
Wahlkreis Elbe-Elster –
Oberspreewald-Lausitz II

Wir reden im Abstand von einer Woche das zweite Mal – diesmal im Zusammenhang mit dem kommenden Europäischen Rat – im Wesentlichen über ein Thema, nämlich die Krise in der Ukraine.

Die Ereignisse dort vollziehen sich mit einer enormen Geschwindigkeit. Mir fällt dazu nur ein Begriff aus dem Kalten Krieg ein: Hinsichtlich der „Eskalationsdominanz“ hat Putin eindeutig die Nase vorn. Russland bestimmt die Agenda und setzt die Fakten, und der Westen ist scheinbar schwach und läuft den Ereignissen lediglich hinterher. Die diplomatischen Kanäle zwischen der EU und Russland waren selten so schlecht und so dünn wie heute.

Für die Analyse der jetzigen Situation sind mir zwei Punkte besonders wichtig:

Erstens. Ich fange bei uns selber an; denn wenn man sich nicht mit den eigenen Fehlern beschäftigt, dann lernt man nichts. – Bei einer solchen diplomatischen Katastrophe wie der jetzigen zwischen der Europäischen Union, der Ukraine und Russland sind nie nur auf der einen Seite Fehler gemacht worden, nein, dann sind immer – das ist auch hier der Fall – auf beiden Seiten, also auch auf unserer Seite, der Seite des Westens, Fehler gemacht worden.

Meine Einschätzung ist, dass die Europäische Union mit ihrer Politik zur Ukraine und den Assoziierungsverhandlungen nicht das notwendige Augenmaß gewahrt hat. Die Europäische Union hat die geopolitische Sprengkraft der Ukraine-Frage gerade für Russland und auch die fundamentalen innenpolitischen Konflikte in der Ukraine evident unterschätzt. Dies kann man nicht einfach mit einem Assoziierungsvertrag, in Vilnius unterschrieben, übertünchen; denn darunter bleiben die Konflikte bestehen.

Zweitens. Auf der anderen Seite ist auch klar: Der scheinbare Vorteil, den Russland jetzt hat, steht auch nur auf tönernen Füßen. Natürlich unterstützt im Moment eine demokratische Mehrheit auf der Krim und auch in Russland die Politik Putins – auch gegenüber der

Krim – jubelnd und euphorisch. Euphorie hat aber eine Eigenart: Sie ist niemals und nirgends nachhaltig.

Die Menschen auf der Krim und in Russland werden sehr bald wieder auf den Boden der Tatsachen zurückfallen, und dieser Boden ist sowohl auf der Krim als auch in Russland hart und unkomfortabel.

Russland hat – und das seit Jahren wachsend – enorme wirtschaftliche und soziale Probleme, die auch jederzeit Sprengkraft in diesem Land erzeugen können. Eines ist eindeutig: Russland braucht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik den Westen. Das weiß Putin im Übrigen genauso, wie es eine Tatsache ist.

Weil ich aus Zeitgründen nicht intensiv darauf eingehen kann, möchte ich nur kurz sagen, dass ich die jetzige Krisenreaktion bei aller Kritik – auch an der EU-Diplomatie in den letzten Jahren – grundsätzlich für richtig halte. Sie wird von mir unterstützt.

Hinsichtlich der »Eskalationsdominanz« hat Putin eindeutig die Nase vorn.

Es ist wichtig, dass wir der Ukraine kurzfristig helfen, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden, und es ist richtig, dass wir die Assoziierung vorantreiben – auch mit dem Signal der Unterschrift morgen. Es ist aber auch richtig, obwohl das auch in der EU kritisiert wird, dass die Bundesregierung sich hinsichtlich der Sanktio-

nen zwar klar bekennt, aber auch zurückhaltend agiert.

Ich bin der festen Überzeugung – es ist für mich besonders wichtig, das zu sagen –, dass der Schlüssel für gegenwärtiges Handeln und für die Möglichkeit, einen Prozess der Krisenlösung in diesem Ukraine-Konflikt zu beginnen – es geht noch längst nicht darum, ihn abzuschließen; das wird Jahre dauern –, in der Ukraine, in Kiew, liegt.

Das sind die harten Fakten: Die Ukraine hat eine der schwächsten Wirtschaftsentwicklungen in ganz Osteuropa. Sie hat notwendige Reformen immer wieder aufgeschoben, die Rechtsstaatlichkeit steht infrage, und die Korruption ist völlig frei – bis in höchste Regierungskreise hinein.

Die Ukraine ist auch ein multiethnisches Land. Neben sehr vielen Minderheiten hat sie – das kommt erschwerend hinzu – zwei fast gleich starke Bevölkerungsgruppen: zum einen russischstämmige Ukrainer und zum anderen Ukrainer, die in den Siedlungsräumen überwiegend auch noch getrennt leben.

Die Kluft zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen ist in den letzten Jahren wesentlich größer geworden. Nachhaltig kann die Ukraine aber nur leben, wenn diese Kluft geringer wird und es Brücken über diese Kluft gibt.

Ich glaube, es ist richtig, nachhaltig zu fordern, dass in der Ukraine neben der notwendigen Präsidentschaftswahl am 25. Mai – wir wissen allerdings, dass die dann stattfindenden Wahlkämpfe wie in jedem anderen demokratischen Land der Welt nicht unbedingt deeskalierend wirken werden – sehr bald

auch der Verfassungsprozess, also die Neubestimmung einer Verfassung beziehungsweise die Reform der vorhandenen Verfassung, einschließlich grundlegender Wirtschafts- und Sozialreformen, begonnen werden muss.

Ich halte das für absolut notwendig. Es ist so, dass ich im Moment in der Ukraine – das ist verständlich, weil der Druck auf die Politiker in der Ukraine enorm hoch ist – dafür zu wenig Ansätze finde. So wichtig es ist, dass wir die Ukraine unterstützen, so wichtig ist es auch, dass die europäische Politik, aber auch die Bundesregierung und wir als Deutscher Bundestag die Ukraine dazu drängen und dabei unterstützen, ihr

Land zu reformieren, sodass es nachhaltig lebensfähig werden kann. Dann besteht zum Beispiel auch die Chance, dass die Krim-Frage auf lange Sicht ganz anders gestellt wird, als das bisher der Fall ist.

Ich will mit Folgendem schließen: Für mich hat fast kein anderer Satz so entscheidend gewirkt – bis 1990 und danach – wie der alte Artikel 23 des Grundgesetzes von 1949, den wir 1990 aufheben konnten. Mit Deutschland hat es sich ähnlich wie jetzt mit der Ukraine verhalten, dass sich nämlich Deutschland erst einmal ohne die ostdeutschen Länder strukturiert und den Anspruch auf eine Wiedervereinigung nie aufgegeben hat. Nach Jahrzehnten konnte dieser Anspruch erfüllt werden. Auch das könnte für den Umgang der Ukraine mit der Krim innerhalb dieses Verfassungsprozesses beispielgebend sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Kluft zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen der Ukraine ist größer geworden.

Christian Perty, SPD:

Der EU-Gipfel hat noch andere Themen als die Ukraine



Christian Perty (*1965)
Landesliste Saarland

Neben dem wichtigen Thema Ukraine und der Krise dort hat der EU-Gipfel auch noch die Stärkung des Wirtschaftsraums Europa, die Finanzwirtschaft

und Afrika zum Thema. Die Krise in den südlichen Ländern, die Währungs-, Wirtschafts- und auch Sozialkrise, hat uns gezeigt, dass Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität leisten kann und ein Motor in diesem Bereich ist.

Wichtig ist dabei, dass die Regulierung der Finanzmärkte gelingt. Der europäische Fiskalpakt ist rechtens. Die Rechte des Parlaments sind einzuhalten. Wir haben ein Europäisches Semester und eine bessere Abstimmung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten. Dazu gibt es auch ein Nationales Reformprogramm 2014, das uns im Entwurf vorgelegt wurde.

Vertrauen in die Euro-Zone zu schaffen, ist dabei das Ziel, und Deutschland ist hier sehr gut aufgestellt: gute Daten beim Arbeitsmarkt, stabile Haushaltslage, Verbesserun-

gen in der Bildung, eine starke Wirtschaft und ein guter Weg in der Umwelt- und Energiepolitik. Auch in den Stellungnahmen des DGB werden uns gute Noten gegeben. Das sieht schon etwas anders aus als in den Vorjahren. Hier wirkt bereits die Große Koalition. Ich glaube, darauf können wir stolz sein.

Lediglich hinsichtlich der makroökonomischen Lage wird Kritik geübt. Die Exporte – das muss in diesem Zusammenhang genannt werden – müssen beibehalten werden. Sie sichern Arbeit. Deshalb gilt es, die Binnenentwicklung zu stärken: gute Lohnentwicklung, gute Löhne für gute Arbeit, und es müssen Anreize für inländisches Kapital, nicht zu sparen, sondern zu investieren – Sigmar Gabriel hat dies im Ausschuss angesprochen – gegeben werden.

Die Importe müssen gestärkt werden, bei uns liegt ein Importdefizit vor. Das kann aber nur dadurch behoben werden, dass sich die anderen Volkswirtschaften entsprechend stabilisieren, die Produktion steigern und den industriellen Teil, der in Deutschland stark geblieben ist, wieder stärken. Dann können wir dort wieder einkaufen. Das stärkt unsere Importquote und wird die Leistungsbilanz ausgleichen. Hier werden wir auf europäischer Ebene wirken müssen. Auch das ist ein Thema des Gipfels: eine vernünftige Industriepolitik in Europa.

Des Weiteren gilt es, die Finanzmärkte weiter zu regulieren. Die Bankenunion wird kommen, und sie wird auch kommen müssen. Die Bankenabgabe kommt. In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung der Gläubigerhaftung ein wichtiges Feld. Das haben wir immer gefordert. Das wird eingeführt werden; das ist gut so.

Insgesamt wird Deutschland dadurch attraktiver, auch was den Finanzmarkt betrifft. Vielleicht gelingt es, Kapital aus dem Ausland wieder zurück nach Deutschland zu bringen. Ich meine nicht das von Herrn

Hoeneß. Es gibt auch noch andere, die im Ausland sind und dann vielleicht wieder in Deutschland am Finanzmarkt investieren. Ich glaube, das ist sehr lohnenswert.

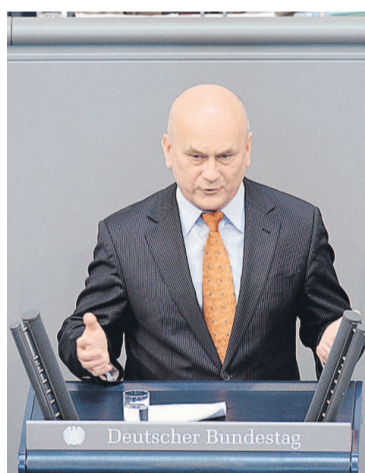
Der Gipfel befasst sich auch mit Afrika. Ich glaube, dass es wichtig ist, eine Entwicklung auf Augenhöhe, in Partnerschaft, zu betreiben, dass wir den Stolz der afrikanischen Länder respektieren und Bereitschaft zeigen sollten, im Bereich Ausbildung und auf anderen Gebieten zu helfen. Ich halte es für zentral und sehr wichtig, dass wir dies in Partnerschaft und auf Augenhöhe machen. Das wünsche ich mir von der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin mir sicher, dass dies so gelingen wird.

Kolleginnen und Kollegen, es ist unsere Aufgabe, Europa weiter voranzubringen; es ist unsere Aufgabe, Freiheit und Wohlstand in Europa zu sichern; es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir auch weiterhin ein weltoffenes, tolerantes Europa haben. Lassen Sie uns dies gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Manfred Grund, CDU/CSU:

Unsere Hand ist zur Kooperation ausgestreckt



Manfred Grund (*1955)
Wahlkreis Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I

Man kann in Deutschland russisches Staatsfernsehen empfangen, und die russischen Staatsmedien sind mit Büros in Deutschland vertreten. Deshalb ist es nicht unbedingt notwendig, Herr Kollege Gysi, dass Sie in jeder Sitzungswoche als Lautsprecher der russischen Staatsmedien auftreten.

Mit der Übernahme der Argumentation dieser Medien begeben Sie sich auf Schmierseife, und zwar mit beiden Füßen.

Ich fange mit dem ersten Punkt an. Sie sprechen von der Weiterentwicklung des Völkerrechts und davon, dass aus Rechtsbruch auch Gewohnheitsrecht entstehen kann. Ich möch-

te ein solches Gewohnheitsrecht nicht haben. 2008 wurden Abchasien und Südossetien aus Georgien herausgerissen. Im März dieses Jahres wurde die Krim herausgerissen. Wer ist als Nächstes dran: Odessa oder Donezk?

Ich möchte diese Art der Weiterentwicklung des Völkerrechts nicht haben.

Im Jahre 2008 hat Präsident Putin auf einer internationalen Konferenz in Bukarest gesagt: Die Ukraine ist gar kein richtiger Staat. – Das steht in der Tradition der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität sozialistischer Länder. Eingeschränkte Souveränität bedeutet: Das, was Russland – damals der Sowjetunion – nutzt, wird gemacht. Alle anderen Staaten werden in ihren Grenzen – zumal es ja auch russischer Boden gewesen sein kann – infrage gestellt.

Frau Kollegin Beck hat zu Recht auf Kasachstan hingewiesen. Wir wissen um die Ängste im Baltikum, in Polen oder in Transnistrien, der Republik Moldau. Auch hier träfe eine solche Argumentation zu. Also: Sie begeben sich wirklich auf Schmierseife.

Selbstbestimmung ist immer dann gut, wenn sie Russland nutzt, wie zum Beispiel bei der Abstimmung auf der Krim. Selbstbestimmung der Balten, deren Staaten aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind und die sich unter den NATO-Schutz-

schirm gestellt haben, weil sie Angst vor einem wiedererstarkenden Russland hatten, wäre nicht möglich; denn – so ist Ihre Argumentation – zwischen Gorbatschow und Kohl ist ja etwas anderes vereinbart worden.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion haben möglicherweise eine Vereinbarung getroffen. Aber die Sowjetunion hat sich verflüchtigt. Übrig geblieben ist nicht Russland als Nachfolgestaat, sondern es sind souveräne Staaten wie im Baltikum, die ein Recht auf eine eigene Zukunft haben. Also: Ihre Interpretation des Selbstbestimmungsrechts ist problematisch.

Zweitens, die Legitimität der Übergangsregierung. Die Übergangsregierung in Kiew basiert auf einer Vereinbarung, die zwischen Janukowitsch, drei europäischen Außenministern und einem Vertreter Russlands am 21. Februar getroffen wurde.

Am 22. Februar war Janukowitsch weg. Er hatte sich aus dem Staub gemacht und seine Koffer nachweislich schon drei Tage zuvor gepackt. Die Legitimität bezieht sich also auf diese geschlossene Vereinbarung und Artikel 111 der geltenden ukrainischen Verfassung.

Die Übergangsregierung repräsentiert übrigens im Gegensatz zu dem, was hier gelegentlich verbreitet wird, die ukrainische Bevölkerung und auch die Regionen der Ukraine, weil

viele Abgeordnete der Partei der Regionen heute im Parlament aufseiten der Regierung sind und damit die politischen Lager, aber auch die Regionen – der Süden und der Osten der Ukraine – im Parlament vertreten sind.

Drittens, zum Vorwurf des Faschismus und des Antisemitismus. Ich will mit dem Vorwurf des Antisemitismus beginnen. Es ist richtig, dass in der jetzigen Regierung mehrere Minister und ein stellvertretender Ministerpräsident mit jüdischen Wurzeln vertreten sind. Es ist weiterhin richtig, dass drei der von der Übergangsregierung neu eingesetzten Gouverneure jüdischer Herkunft sind, unter anderem der Gouverneur von Dnipropetrowsk, Kolomojyski, der der Leiter der jüdischen Gemeinden in der Ukraine und Vorsitzender des Europäischen Rates der Jüdischen Gemeinden ist.

Zum Vorwurf des Faschismus. Ja, Vertreter von Swoboda und andere Vertreter des Rechten Sektors sind unappetitliche Gesellen. Mit denen wollen wir alle nicht gesehen werden; das ist völlig richtig.

Aber deswegen ist die ukrainische Regierung nicht faschistisch.

Vielmehr unternimmt sie den Versuch, alle Gesellschaftsteile zu repräsentieren.

Jetzt will ich eines sagen: Der Faschismusvorwurf wurde und wird immer erhoben, wenn er der Sowjetunion beziehungsweise Russland nutzt. Ich erinnere an den Faschismusvorwurf im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR. „Faschistische Umtriebe“ mussten damals angeblich mit sowjetischen Panzern gestoppt werden. Dieselbe Argumentation lässt sich im Zusammenhang mit den Er-

eignissen 1956 in Ungarn und der Niederschlagung des Prager Frühlings 1967 finden. Heute verwendet Russland dieselbe Argumentation, um sich die Krim anzueignen und möglicherweise einen Vorwand für den Einmarsch in Odessa oder Charkiw zu haben. Also, Herr Kollege Gysi, gehen Sie weg von dieser verlogenen Argumentation. Sie haben es gar nicht nötig.

Ich will neben der Ukraine auf zwei Länder hinweisen, die dringend unsere Unterstützung brauchen, europäische Unterstützung und Unterstützung aus Deutschland, einmal auf Georgien und zum anderen auf die Republik Moldau. Beide werden im Spätsommer das mit der Europäischen Union ausgehandelte Assoziationsabkommen unterzeichnen. Beide stehen bereits jetzt unter massivem russischen Druck, mit dem das verhindert werden soll. Das heißt, wir müssen uns diesen beiden Ländern viel stärker zuwenden und ihnen nach Möglichkeit eine europäische Perspektive bieten.

Zum Abschluss. Unsere Hand ist zur Kooperation ausgestreckt. Wir wollen nicht hoffen, dass Konfrontation die nächsten Jahre bestimmt. Ich will mit einem ukrainischen Sprichwort schließen, das heißt: Wenn die Fahnen wehen, rutscht der Verstand in die Trompete. – Ich hoffe, dass in Moskau der Verstand nicht gänzlich in die Trompete gerutscht ist und dass wir zur Normalität und zur Diplomatie zurückkehren können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es gab keine weiteren Redner.

Debatte über den Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten / 23. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 20. März 2014

Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages:

Das Berichtsjahr 2013 war für die Soldaten ein Jahr des Umbruchs



Hellmut Königshaus (*1950)
Wehrbeauftragter

Es ist bemerkenswert, dass sich das Hohe Haus schon so kurz nach der abschließenden Beratung des Jahresberichts 2012 mit dem Jahresbericht 2013 befasst. Das ist ein wirklich gutes Signal an die Soldatinnen und Soldaten und auch an ihre Familien. Es zeigt, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht nur Belastungen beschließen, sondern sich auch mit den Folgen für die Truppe, für die Soldatinnen und Soldaten, übrigens auch für die Zivilbeschäftigten, befassen wollen. Es gibt eine ganze Reihe von Herausforderungen, denen sich die Angehörigen der Bundeswehr stellen müssen. Deshalb ist das besonders wichtig.

Die Herausforderungen, meine Damen und Herren, sind immens. Das schlägt sich auch in den Eingaben, die uns erreichen, immer wieder nieder. Mit knapp 5.100 Zuschriften erreicht die Eingabenquote im Berichtsjahr einen absoluten Höchststand, gemessen an der Kopfzahl der Soldatinnen und Soldaten. Gegenstand der Eingaben waren schwerpunktmäßig Probleme in den Bereichen Personalführung, Ausbildung, Einsatz, Betreuung und Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien. Übrigens, damit nicht der Eindruck entsteht, das alles seien nur Sonderentwicklungen wegen der Frage der Beihilfebearbeitung: Auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres hat sich diese Quote auf dem gleichen hohen Niveau bewegt wie im vorangegangenen Jahr. Ich glaube, das sollte schon Anlass sein, die angekündigte Evaluierung der Neuausrichtung umgehend anzugehen, um den eingeschlagenen Kurs der Umstrukturierung der Streitkräfte zum Erfolg zu führen.

Das Berichtsjahr 2013 war für unsere Soldatinnen und Soldaten

ein Jahr des Umbruchs. Die Neuausrichtung der Bundeswehr stellte die neue Struktur neben die bisherige. In der Praxis bedeutete das: Trotz erheblicher Reduzierung des Personals mussten beide Strukturen unter der vollen Belastung der Einsätze ausgefüllt werden. Hinzu kam die Verunsicherung vieler Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien, aber auch vieler Zivilbeschäftigter über die Frage, ob, wo und in welcher Verwendung sie künftig ihren Platz in der sogenannten neuen Bundeswehr finden werden.

Ich erwähne übrigens die Zivilbeschäftigten an dieser Stelle, weil die Verlagerung von Zuständigkeiten der Bundeswehrverwaltung in die Bereiche der Innen- und Finanzverwaltung zu massiven Verzögerungen bei der Bearbeitung der Beihilfe- und Versorgungsanträge führte und darüber hinaus auch verfassungsrechtliche Fragen zur zukünftigen parlamentarischen Kontrolle dieser Bereiche aufwirft, die sich aus meiner Sicht bisher noch nicht abschließend beantworten lassen. Ich will nicht über die Frage reden, ob die besonderen Rechte des Verteidigungsausschusses durch diese Verlagerung berührt sind; das wird sicherlich das Parlament selbst beantworten. Rechte des Wehrbeauftragten sind allerdings sehr wohl betroffen; denn insbesondere Auskunfts- und Besuchsrechte hat er nur unmittelbar gegenüber Dienststellen aus dem Bereich der Bundesministerin der Verteidigung.

Im Bereich der Streitkräfte gibt der Verlauf der Neuausrichtung durchaus noch immer Anlass zur Sorge, zu der Sorge nämlich, dass eine nachhaltige Verbesserung der Einsatzfähigkeit, Finanzierung und Attraktivität der Streitkräfte nicht erreicht werden kann, wenn nicht nachgesteuert wird. Trotz der bisher erfolgten Umstrukturierung steht die Bundeswehr mit den laufenden Einsätzen personell und materiell nach wie vor an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Operativer Bedarf und strukturelle Ausplanung klaffen auf absehbare Zeit weiter deutlich auseinander. Der Jahresbericht geht darauf ausführlich ein.

Ich nenne in diesem Zusammenhang hier nur einige besonders kritische Bereiche wie den Lufttrans-

port und den Luftumschlag, die Flughafenfeuerwehr, den Flugverkehrskontrolldienst sowie die Flugberatung bei der Luftwaffe. In der Marine ist es ein offenes Geheimnis, dass die Besatzungen der Schiffe und Boote im Einsatz nur unter Rückgriff auf die letzten Reserven auch in Stäben und Dienststellen zusammengestellt werden können. Auch im Heer reicht das verfügbare Personal nicht aus, um Einsatzkontingente unter Berücksichtigung des Grundsatzes „4 Monate Einsatz, 20 Monate Inlandsdienst“ wirklich verlässlich abbilden zu können. Das Prinzip „Breite vor Tiefe“ ist angesichts dieser Situation meines Erachtens zu überprüfen. In der jetzigen Form führt es zur Überlastung insbesondere der einsatzrelevanten Bereiche. Es bedarf daher einer Korrektur. Die für dieses Jahr vorgesehene Evaluierung der Neuausrichtung wird dies erweisen und bietet auch eine gute Grundlage und Gelegenheit dafür.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch in diesem Jahr beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“. Jenseits aller Entbehrun-gen, die der Beruf des Soldaten unvermeidbar mit sich bringt, muss der Dienst so gestaltet werden, dass er auch ein befriedigendes Familienleben zulässt. Dazu bedarf es natürlich

Ein wesentliches Thema im vergangenen Jahr war die Situation der Frauen in der Bundeswehr.

mehr als bloßer Bekenntnisse, so unter anderem auch der Bereitschaft, zusätzliche finanzielle Mittel für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Ich bin froh, dass Sie, Frau Bundesministerin, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit machen wollen. Dieses Signal ist bei den Soldatinnen und Soldaten und vor allem bei ihren Familien gut angekommen. Sie erwarten nun allerdings, dass Verbesserungen in diesem Bereich unmittelbar und konkret spürbar werden. Ich hoffe, Frau Ministerin von der Leyen, dass Sie auf diesem Gebiet tatsächlich klare Linie halten.

Ein wesentliches Thema war im vergangenen Jahr die Situation der Frauen in der Bundeswehr. Beunruhigende Meldungen über sexuelle Übergriffe haben deren Situation stärker in das Blickfeld gerückt. Jenseits der gravierenden Fälle, über die in den Medien berichtet wurde, klagten zahlreiche Soldatinnen

über frauenspezifische Diskriminierung. Sie bestätigten damit die inzwischen veröffentlichte Studie „Truppenbild ohne Dame?“. Im Gespräch mit Betroffenen wurde deutlich, dass oftmals Hemmungen bestehen, Mobbing, sexuelle Belästigungen oder sogar sexuelle Übergriffe zu melden. – Das hat übrigens dazu geführt, dass auch bei mir ein falscher Eindruck entstanden ist. Manche meiner Stellungnahmen würde ich heute so nicht mehr abgeben. – Dies wurde im Gespräch, aber auch aufgrund der Diskussion in der Öffentlichkeit deutlich. Als Gründe für die Zurückhaltung, dies zu melden, wurde vorwiegend die Furcht vor negativen Auswirkungen auf die eigene Beurteilung und mögliche Laufbahnachteile genannt. Alle Vorgesetzten bleiben daher aufgefordert, frauenfeindlichen Tendenzen konsequent entgegenzutreten und verlorenes Vertrauen in ein kameradschaftliches Miteinander zurückzugewinnen.

Meine Damen und Herren, die Auswirkungen der Veränderungen durch die Neuausrichtung brachten es mit sich, dass die Personalführung noch stärker ins Blickfeld geriet; das versteht sich von selbst. Aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen brachten erhebliche Veränderungen. Bei den Auswahlverfahren zur Übernahme von Soldatinnen und Soldaten in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin beziehungsweise eines Berufssoldaten wurden Geburtsjahrgänge bisher immer getrennt betrachtet. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in einer Grundsatzentscheidung zu Recht als unzulässig verworfen, weil Eigenleistung und Befähigung nicht unbedingt im Zusammenhang mit Jahrgängen zu sehen sind. Es gibt auch Menschen älterer Jahrgänge, die durchaus eine Leistungsfähigkeit erbringen, die bei jüngeren vergeblich gesucht wird.

Für Offiziere wurde diese Gerichtsentscheidung im Auswahlverfahren 2013 bereits berücksichtigt. Das Auswahlverfahren für Feldwebel dagegen wurde im Berichtsjahr zunächst ausgesetzt und auf das laufende Jahr verschoben. Das ist bei den betroffenen Bewerbern nachvollziehbar auf Unverständnis gestoßen. Je mehr sich das Auswahlverfahren verzögert, desto größer ist die Gefahr, dass sich die besten Bewerberinnen und Bewerber beruflich bereits anderweitig orientiert haben oder dass sie persönliche Nachteile erfahren, auch wenn sie in der Bundeswehr bleiben.

Schwer tut sich die Bundeswehr auch mit der Umsetzung der euro-

päischen Arbeitszeitrichtlinie. Schon bei den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte der Ausgleich für mehr geleisteten Dienst personell nicht oder nur schwer kompensiert werden, sodass einzelne Arbeitsbereiche vorübergehend stillgelegt werden mussten, etwa die Flughafenfeuerwehr. Dem Grunde nach gilt die Arbeitszeitrichtlinie nach meiner Auffassung auch für Soldatinnen und Soldaten, sodass eine Umsetzung in diesem Bereich unausweichlich ist. Es macht keinen Sinn, davor die Augen zu verschließen. Je eher sich die Bundeswehr, aber auch das Parlament mit den personellen und finanziellen Folgen einer entsprechenden Umsetzung beschäftigt, desto besser wird darauf reagiert werden können. Ich sage auch – ich weiß nicht, ob Herr Kam-peter heute anwesend ist –: Kostenneutralität steht dabei nicht in Aussicht.

Operativer Bedarf und strukturelle Ausplanung klaffen auf absehbare Zeit weiter deutlich auseinander.

Ein letztes Stichwort: Sanitätsdienst. Erhebliche Sorgen bereitet nach wie vor die sanitätsdienstliche Versorgung. Ohne einen massiven Rückgriff auf zivile Kapazitäten ist die Versorgung heute nicht mehr sicherzustellen. Deshalb gibt es eine immer engere Kooperation zwischen zivilen und militärischen Bereichen. Allerdings darf dabei der militärische Versorgungsauftrag nach meiner Auffassung nicht aus dem Blick verloren werden. Ich habe den Eindruck, dass vielfach die Fragen der Wirtschaftlichkeit den eigentlichen Daseinszweck des Sanitätsdienstes mehr und mehr überlagern. Das darf nicht sein.

Ich sehe, dass ich meine Zeit schon überschritten habe, und möchte Ihnen an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit danken. Aber wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin, möchte ich noch einen besonderen Dank an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, die wirklich Großartiges geleistet haben. Wir hatten nicht nur eine hohe Zahl von Eingaben, sondern eben auch sehr komplizierte und konkrete Fragen zu klären. Diese Arbeit ist auf großartige Art und Weise geleistet worden. Das Gleiche gilt natürlich für unsere Ansprechpartner in den Ministerien, in den militärischen Organisationen und auch im Parlament. Wenn Sie erlauben, richte ich an dieser Stelle meine Grüße auch an alle Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Nochmals ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Ursula von der Leyen, CDU/CSU, Bundesministerin für Verteidigung:

Doppelte Herausforderung für die Bundeswehr



Ursula von der Leyen (*1958)
Bundesministerin

Bevor wir in die Debatte eintreten, möchte ich vorwegstellen, dass der Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2013 wie jeder Jahresbericht ein Ergebnis langer Recherchen, vieler Mühen und verantwortlicher Bewertung ist. Deshalb, Herr Königshaus, möchte auch ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Einsatz danken. Wir alle wissen aus der Erfahrung der vergangenen Jahre – ich merke es auch jetzt im neuen Amt –, dass Ihnen die Belange der Soldatinnen und Soldaten wirklich ein Herzensanliegen sind. Ich danke für diesen Einsatz.

In Ihrem aktuellen Bericht werden naturgemäß Mängel genannt. Es werden aber auch Lösungsvorschläge unterbreitet und Verbesserungsvorschläge nicht verschwiegen. Auch dafür möchte ich ausdrücklich danken.

Ich möchte auf einige Themenbereiche des Berichts eingehen. Haben Sie Verständnis dafür, dass ich nicht alles abarbeiten kann. Ich möchte vor allen Dingen die beiden wichtigsten Punkte ansprechen. Das sind einerseits die Auslandseinsätze und andererseits die Attraktivität der Bundeswehr nach innen; denn zwischen diesen beiden großen Komponenten spielt sich das zentrale Thema, nämlich die Herausforderung, die eine doppelte ist, ab.

Sie haben eben schon ganz richtig skizziert, Herr Königshaus, dass die Bundeswehr einer Doppelbelastung ausgesetzt ist. Auf der einen Seite steht die Reform, die Neuausrichtung, die noch lange nicht abgeschlossen ist; wir stecken mittendrin. Das bedeutet für viele: Umstrukturierungen, Standortverlagerungen, neue Zuständigkeiten, Unsicherheit auch in Bezug auf die Fragen, wie es weitergeht, wie die neue Kapazität aussieht und wann sie aufgebaut ist. Auf der anderen Seite stehen die Auslandseinsätze. Wir wissen alle, dass die Welt nicht stillsteht und Einsätze hinzukommen, so wie im letzten

Jahr im Hinblick auf die Türkei und Mali. Diese Doppelbelastung – Neuausrichtung und Auslandseinsätze – verlangt von den Angehörigen der Bundeswehr viel Geduld und Verständnis. Sie verlangt aber auch vonseiten des Ministeriums und der Leitungsebene viel Verständnis für die besondere Situation der Soldatinnen und Soldaten. Es bedarf immer Ideen und Bemühungen für jede Art von Verbesserung und kluger Planung, damit wir in dieser besonderen Situation das Beste für die Soldatinnen und Soldaten ermöglichen.

Bei Auslandseinsätzen besteht die grundsätzliche Regel 4/20, die alle kennen, also im Grundsatz 4 Monate Einsatz und 20 Monate der Vor- und Nachbereitung sowie der Regeneration. Tatsache ist aber, dass wir das nicht immer einhalten.

Bei der großen Mehrheit der Einsätze, bei weit mehr als 75 Prozent, funktioniert das. Aber in bestimmten Teilen der Truppe, vor allen Dingen, wenn Spezialisierung und hohe Qualifizierung gefordert sind, spüren wir den Mangel an Personal und vor allem den Fachkräftemangel, den in Bezug auf genau diese Komponenten inzwischen auch die deutsche Wirtschaft und der deutsche Mittelstand spüren.

Das moderne Gesicht der veränderten Bundeswehr beinhaltet, dass wir Einsätze niemals alleine, sondern immer unter dem Dach der Vereinten Nationen, der EU oder der NATO leisten, also mit geteilten Fähigkeiten und immer im vernetzten Ansatz. Der Einsatz des Militärs ist die Ultima Ratio. Wir wissen: Es gibt keine Entwicklung ohne Sicherheit. Es gibt aber eben auch keine Sicherheit ohne Entwicklung.

Das bedeutet für uns nach innen, dass zwar in den verschiedenen Bereichen eine Grundausstattung da sein muss, aber wir uns zunehmend auf unsere Stärken konzentrieren sollten, die auch immer stärker von den Bündnispartnern nachgefragt werden. Die Komponenten sind eben benannt worden. Da ist das weite Thema der Luftunterstützung, da ist die Logistik, da ist das breite Feld der Ausbildung, und zwar nicht nur der militärischen Ausbildung, sondern auch der Ausbildung im Hinblick auf Fertigkeiten bis hin zu Pionierspezialwissen. Da geht es aber auch um die Frage der wertebundenen Führung – wie führe ich eine Armee innerhalb demokratischer Strukturen, wissend, dass Militär keine Politik macht, sondern ei-

ne dienende Funktion hat? – und um das große Thema der medizinischen Versorgung und der Sanität.

Ich habe eben die Schlüsselqualifikationen nicht abschließend aufgeführt, aber die dominierenden genannt; ich habe angeführt, wo die Hauptprobleme liegen. Es geht um die beruflichen Fähigkeiten von Technikern, Flugzeugprüfern, Spezialpionieren, aber eben auch von ärztlichem Personal. Dort ist die Bundeswehr besonders nachgefragt und wird die Belastung – da dürfen wir uns nichts vormachen – weiterhin hoch sein, gerade im Vergleich zu anderen Truppenteilen, in denen die Regel „4 Monate Einsatz, 20 Monate zu Hause“ gut funktioniert. Das wird ein Dauerthema bleiben; denn wir konkurrieren nicht nur innerhalb der Bündnisse um diese Fähigkeiten, die immer wieder nachgefragt werden, sondern auch mit der gesamten

Wirtschaft. Das betrifft die Berufe der Ärztinnen und Ärzte, der IT-Spezialisten sowie technische Felder; Sie kennen sie alle. Das sind genau die Bereiche, in denen die Wirtschaft inzwischen den Fachkräftemangel spürt; alle stehen bei diesen Fähigkeiten in Konkurrenz. Das bedeutet für uns: Wir müssen bei den Lösungen flexibler und kreativer werden.

Die Bundeswehr bietet inzwischen ein Splittingmodell an – man würde das in der Wirtschaft wahrscheinlich Jobsharing nennen –: Einsatzdienstposten werden von zwei Soldatinnen oder Soldaten besetzt. Dadurch kann die Einsatzdauer flexibler und kürzer gestaltet werden. Die Luftwaffe hat ein entsprechendes Projekt und macht damit gute Erfahrungen. Wir werden das ganz sicher ausbauen. Eines ist aber auch klar: Mit Flexibilisierung allein ist es nicht getan; denn viele Arbeitgeber fragen, wie ich eben geschildert habe, diese Schlüsselqualifikationen nach. Wir müssen also als Arbeitgeber die richtigen Antworten geben.

Die Bundeswehr hat als Arbeitgeber zwei große Stärken: Erstens. Sie bietet einen sicheren Arbeitsplatz; es gibt keine feindlichen Übernahmen oder Konzernrestrukturierungen, um in der Wirtschaftssprache zu sprechen. Zweitens. Die Bundeswehr hat eine außergewöhnlich verlässliche Personalentwicklung wie kaum ein anderer Arbeitgeber. – Das sind die großen Stärken.

Sie muss sich andererseits bei den Themen viel breiter aufstellen, die sich hinter dem Begriff „Vereinbarkeit von Dienst und Familie“ verbergen: flexible Arbeitszeitmodelle, selbstverständlich die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie – wenn die Hochleistungsmedizin das geschafft hat, wenn andere kritische Berufe das geschafft haben, dann muss das auch die Bundeswehr schaffen –, mobiles Arbeiten – damit meine ich physisch unabhängiges, IT-gestütztes Arbeiten – und das Mitdenken von Kindern und Eltern, die gepflegt werden müssen. Das möchte ich nicht nur auf Soldatinnen reduziert sehen; es betrifft genauso elementar die Soldaten, die selbstverständlich gute Väter für ihre Kinder sein wollen. Vielleicht hat nicht jede Soldatin oder jeder Soldat Kinder; aber sie alle haben Eltern. In einer Gesellschaft im demografischen Wandel kommt dieses Thema mit großer Geschwindigkeit auf uns zu. Wir müssen darauf Antworten geben; sonst werden wir nicht mehr das Personal halten können, das wir halten wollen.

Herr Königshaus, Sie sprachen das Thema „Truppenbild ohne Dame“ an, also die Stellung der Frauen in der Bundeswehr. Ich glaube, etwas mehr als zehn Jahre nach der Öffnung der Bundeswehr für Frauen – am Anfang stand sicherlich auch das Interesse am Neuen und Ungewöhnlichen im Raum – kommt jetzt die Phase, in der man die Konkurrenz spürt; das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich finde es in dieser Zeit ganz wichtig, dieses Thema offen anzusprechen und zu debattieren und die Truppe im Hinblick auf ihre Sprache und ihre Umgangsformen zu sensibilisieren. Es dürfen keine Nachteile

daraus entstehen, dass man dies zum Thema macht. Hier bedarf es ganz klar der Führung, die deutlich machen muss, dass das Thematisieren keinen Nachteil bedeutet. Diskriminierung oder Belästigung sind keine Tabuthemen. Man muss sich nicht in die Ecke stellen und schämen, wenn man sie anspricht. Im Gegenteil: Indem man sie aufs Tapet bringt, kann man die Wurzel des Übels finden und damit eine Veränderung des Verhaltens in der Truppe herbeiführen.

Ein weiterer Punkt, der mir in Bezug auf das Thema „attraktiver Arbeitgeber“ wichtig ist, ist das Thema Verwendungsaufbaumodelle. Schon allein der Begriff ist etwas starr und sicherlich auch überfrachtet. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass die sehr verlässliche Personalplanung eine große Stärke der Bundeswehr ist. Aber es ist eher so, dass sich die Soldatinnen und Soldaten nach der Personalplanung richten müssen. Ich hingegen glaube, dass wir lernen müssen, vom Soldaten, von der Soldatin her zu denken und die Planung

an deren Lebenswirklichkeit anzupassen. Ein Beispiel wäre, die Verwendungslaufbahnen regional zu organisieren, damit man nicht mehr von Pontius zu Pilatus reisen muss, um eine Verwendungslaufbahn zu absolvieren. Vielmehr sollte es den Soldatinnen und Soldaten ermöglicht werden, die Verwendung in der Region zu realisieren, in der sie ihren Lebensmittelpunkt, ihre Familie haben. Bei der Planung muss man vom Menschen her denken und nicht umgekehrt. In Ihrem Jahresbericht schreiben Sie, Herr Königshaus, dass die Attraktivität eine Überlebensfrage der Bundeswehr sei. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu.

Ich möchte meinen Blick kurz auf das Thema „Werbung von Nachwuchs bei der Bundeswehr“ richten. Die Ausgangslage ist sehr gut. Für 2014 konnten wir bis heute, also 9 Monate vor Ende des Jahres, bereits 54 Prozent aller verfügbaren Stellen für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit besetzen. Das ist ausgezeichnet. Auch die Qualifikationen stimmen. 70 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber haben mindestens die mittlere Reife. Mehr als zwei Drittel – das finde ich ganz klasse – bringen eine abgeschlossene Berufsausbildung mit. Es bewerben sich also bereits qualifizierte Leute bei der Bundeswehr. Das ist hocheffizient. Genau da müssen wir weitermachen.

Ich möchte zum Schluss einen Aspekt herausgreifen, der wenig Beachtung findet, aber ein Kleinod innerhalb der Bundeswehr ist, und zwar das Thema „Bildung und Qualifikation“. Die Bundeswehr ist ein bedeutender Bildungs- und Ausbildungsträger in unserem Land, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Wir können auf einer vielfältigen Bildungs- und Qualifizierungslandschaft aufbauen, die im Vergleich zu anderen Arbeitgebern einzigartig ist. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Das betrifft die Themen Berufsausbildung, fachliche Fort- und Weiterbildung und akademischer Abschluss. Ich will Ihnen hierzu zwei Zahlen nennen. Allein 5.000 Soldatinnen und Soldaten nehmen zurzeit an 500 unterschiedlichen Maßnahmen auf Gesellenebene oder auf Meisterebene teil. Allein 4.500 Studentinnen und Studenten werden in 55 unterschiedlichen Studiengängen ausgebildet, um ihren Masterabschluss zu machen. Die Bundeswehr bildet gewissermaßen eine ganze Ausbildungs- und Universitätslandschaft im Kleinen ab. Das ist ein riesiger Marktvorteil, den wir weiter ausbauen wollen.

Ich möchte noch einige Bereiche kurz antippen, in denen wir besser werden können; wir haben zwar den Marktvorteil, aber den wollen wir auch behalten. Soldatinnen und Soldaten erwerben im Dienst viele

Das moderne Gesicht der Bundeswehr beinhaltet, dass wir Einsätze niemals alleine leisten.

Diskriminierung oder Belästigung sind keine Tabuthemen mehr.

Kompetenzen und Qualifikationen. Warum zertifizieren wir diese nicht für den Zivilberuf? Erhält man ein Zertifikat über das, was man bei der Bundeswehr gelernt hat, dann eröffnen sich im Anschluss beim Über-

gang in den zivilen Beruf viel größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit Blick auf unseren Binnenarbeitsmarkt fragt man sich: Warum nutzen wir solche Zertifikate nicht viel stärker bei Soldatinnen und Soldaten

auf Zeit, um sie in jene zivile Berufe zu übernehmen, in denen genau ihre Qualifikation nachgefragt wird? Die Bildungseinrichtungen, die ich eben genannt habe, sind vom Feinsten. Wieso öffnen wir sie eigentlich

nicht für alle Angehörigen der Bundeswehr? Lebenslanges Lernen und Aufstiegsqualifizierung sind die Schlüsselkompetenzen, die eine Gesellschaft im demografischen Wandel braucht. Die Bundeswehr

braucht sie genauso. Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir haben in der Bundeswehr alle Möglichkeiten. Nutzen wir sie!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Christine Buchholz, DIE LINKE:

Eine riesige Kluft zwischen Realität und Imagekampagne



Christine Buchholz (*1971)
Landesliste Hessen

Der Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten verdeutlicht vor allen Dingen eines: Wenn Frau von der Leyen sagt, der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen – das haben Sie zumindest zum Ende Ihrer Rede gesagt –, dann hat das mit der Realität in der Bundeswehr allzu oft nichts zu tun. Umgerechnet auf die Personalstärke haben 2013 mehr Soldaten als je zuvor über Missstände geklagt. Das ist eine schallende Ohrfeige für den abgetretenen Verteidigungsminister de Maizière. Ich füge hinzu: Die ersten Initiativen von Frau von der Leyen lassen Zweifel aufkommen, dass sich an diesem Zustand etwas ändern wird.

Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr. Sie wird zu einer global agierenden Interventionsarmee ausgebaut. Allein im Berichtsjahr 2013 kamen Einsätze im Senegal, in Mali und in der Türkei hinzu. Dabei wird nicht nur die Mehrheit unserer Bevölkerung ignoriert, die diese Einsätze zu Recht ablehnt. Der gesamte Umbau der Bundeswehr wird sogar auf dem Rücken der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien ausgetragen. Das ist die Realität, die einem ins Auge springt, wenn man den Bericht des Wehrbeauftragten liest.

Frau von der Leyen, Sie haben von einem „sicheren Arbeitsplatz“ bei der Bundeswehr gesprochen. Erstmals seit zwei Jahren ist wieder ein Soldat in einem Feuergefecht in Afghanistan gestorben. Das ist tragisch. Schlimm ist auch, wenn Soldatinnen und Soldaten mit psychischen Störungen und traumatisiert nach Hause zurückkehren. Es

geht um Depressionen, um Alkoholabhängigkeit und um PTBS, Posttraumatische Belastungsstörungen. 2006 wurden 83 Soldaten mit PTBS in Bundeswehrkrankenhäusern behandelt, 2013 waren es laut Bericht bereits 1.500 – Tendenz: stark zunehmend. Dazu kommen jene, die privat in Therapie sind, und jene Fälle, die gar nicht erkannt werden. Selbst das zur Bundeswehr gehörende Psychotraumazentrum in Berlin geht davon aus, dass ein Viertel der Soldatinnen und Soldaten, die zurückkommen, unter einsatzbedingten psychischen Störungen leidet.

Es ist traurig, aber 15 Jahre systematische Ausrichtung der Bundeswehr auf internationale Einsätze haben PTBS zu einer in Deutschland verbreiteten Krankheit gemacht. Insgesamt waren allein in Afghanistan 160.000 deutsche Soldaten im Einsatz. Es gibt heute kaum einen Ort in Deutschland, in dem keine Familien leben, die davon betroffen sind. PTBS-Kranke leiden zum Beispiel unter Schlaflosigkeit. Schlüsselreize wie Hitze oder Rauch, die an die traumatisierenden Erfahrungen im Krieg erinnern, können Wutattacken auslösen. Kinder, Freunde, Partnerinnen und Partner, sie alle bekommen tagtäglich die Auswirkungen zu spüren. Die Scheidungsraten bei Heimkehrern liegen in einzelnen Einheiten bei bis zu 80 Prozent. Der NATO-Einsatz in Afghanistan hat Zehntausenden Afghanen das Leben gekostet; aber dieser Krieg macht auch Soldaten und ihre Familien krank. Dieses Problem muss endlich in all seiner Schärfe anerkannt werden.

Das Problem wird sich verstärken, wenn Ende des Jahres eine größere Zahl aus Afghanistan zurückkehrt; denn aus der Erfahrung vergangener Kriege weiß man, dass viele psychische Erkrankungen erst später auftauchen. Aber was macht die Bundesregierung? Sie verschärft das Problem weiter. Sie verweigert sich einer ehrlichen Bilanz von zwölf Jahren Krieg in Afghanistan. Sie hält weiter über 3 000 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Von einem echten Abzug kann keine Rede sein.

Die Bedrohungslage im Norden wird teilweise immer noch als erheblich eingeschätzt; trotzdem wird das immer wieder vom Tisch gewischt.

Der nächste Bundeswehreininsatz in einem Bürgerkriegsland steht vor der Tür. Heute noch wird im Bundestag über die Entsendung von Soldaten nach Mogadischu in Somalia diskutiert.

Wer im Bundestag solche Entsendungsbeschlüsse fällt, ist mitverantwortlich für die Traumatisierten von morgen. Hören Sie endlich auf damit!

Man sollte meinen, die psychisch erkrankten Soldaten würden nach ihrer Heimkehr wenigstens vernünftig behandelt. Das ist aber beileibe nicht der Fall. Im Bericht wird das Einsatz-Weiterverwendungsgesetz erwähnt. Es verpflichtet die Bundeswehr seit 2012, Soldaten ab einem

Der nächste Bundeswehreininsatz in einem Bürgerkriegsland steht vor der Tür.

einsatzbedingten Schädigungsgrad von 30 Prozent weiterzubeschäftigen. Erkrankte bekommen somit eine berufliche Perspektive, können eine Therapie machen oder eine weitere Ausbildung. Das ist eine

Verbesserung. Doch das Problem liegt in der Umsetzung. Viele Verfahren landen vor dem Gericht, weil die Bundeswehr die Ansprüche einfach nicht anerkennen will. Viele Soldaten mit PTBS müssen mit der Bundeswehr erst mühsam um jedes Detail ringen. Das ist unwürdig.

Noch schwieriger ist es für die Soldatinnen und Soldaten, bei denen die psychischen Störungen erst nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst auftreten. Für sie – ich zitiere den Wehrbeauftragten – „bietet der Dienstherr ... lediglich Informationen und Kontaktadressen in Merkblättern über das Internet an.“ Merkblätter im Internet zu PTBS – meine Damen und Herren, das ist zynisch.

Herr Königshaus stellt dazu nüchtern fest, dieses Angebot genüge nicht der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das ist richtig. Man bekommt den Eindruck, es gehe darum, den Soldaten den Weg zu einer Therapie zu erschweren, um die Folgekosten der Einsätze zu minimieren. Ich sage: Hier geht es um das Schicksal von Menschen, von Familien. Dafür

muss Geld bereitstehen und nicht für immer neue Waffensysteme.

Dieses Bild zieht sich durch den Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Hier ein paar Schlaglichter: Sanitätsärztliche und medizinische Betreuung weisen – Zitat – „erhebliche Mängel“ auf. Dienstposten der Bundeswehr, an die Eingaben bei Missständen gerichtet werden können, sind – Zitat – „in weiten Bereichen“ nicht besetzt. Darüber hinaus ist die Bundeswehr nicht bereit, Dienstposten auszuschreiben, um das Problem der Familientrennung durch Standortversetzungen zu reduzieren.

Bei der Beihilfe gibt es einen Rückstau von 60.000 Anträgen. Beihilfeberechtigte mussten bei Arzt- und Behandlungskosten in Vorleistung treten, in einzelnen Fällen mit Summen in Höhe von 20.000 Euro. Das trifft vor allen Dingen die, die besonders auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn angewiesen sind: chronisch Kranke oder Krebspatienten. Der Wehrbeauftragte schreibt:

Ein Petent berichtete weinend am Telefon, er habe bereits seine Kinder um Geld bitten müssen und ihnen nichts zum Geburtstag schenken können. Auch wurde nach Angabe von Petenten auf notwendige Arztbesuche verzichtet, aus Angst, die Kosten nicht begleichen zu können.

Nein, meine Damen und Herren, bei der Bundeswehr stehen nicht die Menschen im Mittelpunkt, sondern die geostrategischen Interessen Deutschlands. Das ist die Wahrheit.

Was einen so maßlos ärgert, ist, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird: 60.000 Soldatinnen und Soldaten warten auf Geld, das ihnen zusteht. Doch der Rüstungsbetrieb MTU bekam im Dezember letzten

Jahres mal eben 55 Millionen Euro per Eilüberweisung aus dem Verteidigungsministerium, ohne dass, wie vorgeschrieben, der Bundestag konsultiert wurde. Wofür erhielt MTU 55 Millionen Euro? Für Eurofighter-Triebwerke, die nie gebaut wurden; denn die Kosten für den Eurofighter sind derart explodiert, dass die Bestellung reduziert werden musste. Nun kommt auch noch Airbus und will 900 Millionen Euro für dieselben nie gebauten Eurofighter haben. Ich sage: Das Geld, das so bei der Aufrüstung verpulvert wird, fehlt im Land für Kitas, Krankenhäuser und die Versorgung der Soldatinnen und Soldaten.

Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, muss ich noch zwei aktuelle Themen ansprechen.

Der erste Punkt betrifft die nächste Aufrüstungsrunde. Das Bundesverteidigungsministerium hat im Januar dieses Jahres einen weiteren wichtigen Auftrag erteilt, um den Weg zur Beschaffung der US-Drohne Predator B freizumachen. Nicht, dass die Abgeordneten im Verteidigungsausschuss darüber informiert worden wären – erst aus dem Spiegel haben sie davon erfahren.

Dann schob das Ministerium hastig eine Erklärung nach. Frau von der Leyen, wo ist Ihre Initiative für Transparenz geblieben?

Um es klar zu sagen: Diese Drohne wird Unmengen an Geld verschlingen, das an anderer Stelle dringend gebraucht würde. Es handelt sich bei dem Typ um eine Drohne, die bis zu 1.300 Kilogramm an Raketen tragen und abschießen kann. Mit anderen Worten: Offensichtlich werden hier die Weichen für die Beschaffung von Kampfdrohnen gestellt, auch wenn es offiziell noch heißt, der Auftrag würde keinerlei Vorentscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen sein. Ich bin gespannt, ob die SPD ihrer Ankündigung aus den Koalitionsverhandlungen Taten folgen lässt. Bitte tun Sie das! Denn wir können keine Kampfdrohnen gebrauchen.

Diese Drohnen haben auch nichts mit dem Schutz der eigenen Soldatinnen und Soldaten zu tun, wie manche behaupten, sondern ausschließlich mit der Fähigkeit, selbst an zukünftigen Drohnenkriegen teilzunehmen. Das lehnt die Linke entschieden ab.

Der zweite Punkt ist der Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze, den die Union aufweichen möchte. Frau Nahles hat in den Koalitions-

verhandlungen wörtlich gesagt: „Am Parlamentsvorbehalt wird nicht gerüttelt.“ Aber warum stimmen Sie dann der Einsetzung einer Kommission zu, die genau das zum Inhalt hat? Offenbar ist die SPD ganz einver-

standen damit, Parlamentsrechte einzuschränken, um Auslandseinsätze im Rahmen von Bündnisverpflichtungen zu erleichtern. Aber auch wenn es um den Einsatz von Soldaten in NATO-Stäben, den Einsatz von AWACS-Flugzeugen oder den Einsatz von Spezialkräften geht: Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Parlamentsrechte.

Ganz nebenbei: Im Interesse von Soldaten und Soldatinnen ist das

Der gesamte Umbau der Bundeswehr wird auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen.

Fortsetzung von Seite 13: Christine Buchholz (DIE LINKE)

auch; denn wenn Auslandseinsätze nicht mandatiert werden, hat das Folgen für die soziale Versorgung von Soldatinnen und Soldaten. Zudem greifen manche private Lebensversicherungen nur, wenn ein Einsatz mandatiert ist. Aber auch hier das gleiche Bild: Die Große Koalition will die Hürden für Auslandseinsätze senken, aber die so-

zialen Interessen der Soldatenfamilien sind das Letzte, woran Sie denken.

Frau von der Leyen, Ihr positives Bild hat Kratzer bekommen. Auch wenn Sie über die Bildung, dieses Kleinod, reden, hinterlässt das mehr Fragezeichen als Ausrufrungszeichen. Es besteht eine riesige Kluft zwischen der Realität

und dem, was die Bundeswehr in ihrer Imagekampagne jungen Leuten verspricht. Wenn wir schauen, was der Bericht zu den Themen Bildung und Ausbildung sagt, dann lesen wir über die Unzufriedenheit mit der Beförderungssituation in der Bundeswehr. Wie sieht es also mit den Karrierechancen aus? Zahlreiche Soldatinnen

und Soldaten beklagen, dass sie unzutreffende oder gar keine Dienstzeugnisse erhalten haben. Zudem werden organisatorische und fachliche Mängel im Bereich der zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung beklagt.

Anstatt millionenschwere Imagekampagnen zu bezahlen und die Bundeswehr in Schulen zu schicken,

sollten Sie das Geld besser für soziale Belange ausgeben.

Aber für die Linke ist das Wichtigste: Beenden Sie die Auslandseinsätze! Holen Sie die Soldatinnen und Soldaten nach Hause, besser heute als morgen, und schicken Sie sie nicht in neue Einsätze!

(Beifall bei der LINKEN)

Heidtrud Henn, SPD:

Wir haben noch viel zu tun auf dem Weg zur neuen Bundeswehr



Heidtrud Henn (*1962)
Landesliste Saarland

Die Medien haben nach der Übergabe des 55. Jahresberichtes des Wehrbeauftragten an den Bundestagspräsidenten vor allem die Nachricht verbreitet, noch nie seien so viele Eingaben beim Wehrbeauftragten eingegangen wie im Berichtszeitraum 2013. Ich freue mich nicht über die aufgezeigten Probleme. Ich danke aber allen Soldatinnen und Soldaten, die die Mühe und den Mut auf sich genommen haben und auf Schwierigkeiten aufmerksam gemacht haben. Ihr Recht auf Anrufung des Wehrbeauftragten ist ein hohes Gut, auf das sich die Soldatinnen und Soldaten verlassen können. Gleich zu Beginn möchte ich deshalb betonen, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass Petenten keine Angst vor einer Benachteiligung durch die Anrufung des Wehrbeauftragten haben.

Sehr geehrter Herr Königshaus, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich dafür, dass Sie sich um jeden einzelnen Menschen hinter der Zahl von insgesamt 5.095 Eingaben gekümmert haben, und auch dafür, dass Sie sich bei Ihren zahlreichen Besuchen ein eigenes Bild von der Lage der Truppe machen.

Danke, dass Sie den Soldatinnen und Soldaten dienen, deren Anwalt sind und dass Sie uns die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte möglich machen.

Dass Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Eingaben nicht zügig bearbeiten konnten, weil zu-

ständige Dienstposten nicht besetzt waren, ist nicht zu akzeptieren. Hier sind wir Parlamentarier gefragt. Auf die versprochene Abhilfe müssen Sie sich verlassen können.

In Ihrem Vorwort, Herr Königshaus, danken Sie den 20.000 Soldatinnen und Soldaten und Reservisten für deren Leistung bei der Bekämpfung des Hochwassers. Dem schließen wir uns an. Diese Leistung für die Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit den zivilen Kräften, darf nicht vergessen werden. Sie hat ganz konkret die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Bundeswehr gezeigt.

Sehr geehrter Herr Wehrbeauftragter, Sie können sich darauf verlassen: Wir werden Ihren Bericht und die Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums dazu sehr aufmerksam lesen, prüfen und gemeinsam mit Ihnen, den Verbänden und allen Beteiligten nach Verbesserungen und Lösungen suchen.

Es ist beeindruckend, dass sich viele Betroffene auf die neue Situation eingestellt und eingelassen haben. Die von Ihnen beschriebenen Umbrüche durch die Neuausrichtung der Bundeswehr und deren zukünftiger Struktur werden in diesem Jahr evaluiert werden. Klar ist: Wir haben noch viel zu tun auf dem Weg zur neuen Bundeswehr.

Wir sind wegen der Aussetzung der Wehrpflicht darauf angewiesen, dass junge Menschen zur Bundeswehr finden. Junge Menschen sind kritisch bei der Wahl des Berufes, und der soldatische Dienst verlangt Mühe und Einsatz. In unserem Koalitionsvertrag haben wir versprochen, die Attraktivitätsoffensive für die Streitkräfte voranzutreiben. Hier helfen keine kosmetischen Maßnahmen, hier nutzt, um eines der Fallbeispiele aus dem Bericht des Wehrbeauftragten aufzugreifen, kein neuer Anstrich auf einer verschimmelten Wand. Ohne eine gute Ausstattung insgesamt kann die Bundeswehr nicht attraktiv sein. Hier wollen und werden wir anpacken. Eine gute Bundeswehr braucht eine gute Infrastruktur. Das kostet Geld – freilich –, und das Geld muss sinnvoll verteilt werden.

Kostenlos ist allerdings ein ordentlicher Umgangston. Wenn es hier zu Fehlverhalten von Vorgesetzten kommt, ist das nicht akzeptabel, schon gar nicht in einer Bundeswehr, die auf Freiwillige angewiesen ist. Es ist schlimm, wenn wegen schlechten Führungsverhaltens junge Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr den Rücken kehren. Ein attraktiver Arbeitgeber schätzt und unterstützt die Männer und Frauen, die für ihn arbeiten.

Die „neue Bundeswehr“ braucht natürlich Frauen. Die gewinnen wir nicht, wenn Diskriminierung, Sexismus, Mobbing und sexuelle Belästigung nicht mit allem Nachdruck bekämpft werden. Von einem modernen Arbeitgeber Bundeswehr dürfen Frauen zu Recht einen anderen Umgang erwarten. Es ist eigentlich kaum zu glauben, dass Soldatinnen mit Nachnamen angesprochen werden, während Soldaten mit Dienstgrad und Nachnamen angesprochen werden. Das ist keine Nachlässigkeit, sondern eine unerträgliche Form der Abwertung. Bei einem guten Arbeitgeber hat das nichts zu suchen.

Es ist bedauerlich, dass wir überhaupt darüber reden müssen; aber hier muss die Bundeswehr besser werden, wenn sie gut bleiben will.

Auslandseinsätze wird es auch zukünftig geben. Die besondere Belastung für Soldaten und Angehörige ist uns bewusst. Es muss alles dafür getan werden, dass mit genügend Personal zu häufige Einsätze verhindert werden und ausreichend lange Erholungsphasen zur Verfügung stehen. Wir schulden unseren Soldatinnen und Soldaten neben bestmöglicher Ausrüstung auch eine optimale Planbarkeit ihrer Einsätze.

Der Sanitätsdienst – er nimmt einen großen Teil des Berichtes ein – ist, finde ich, selbst ein Patient. Dem hohen Anspruch kann die Bundeswehr nur gerecht werden, wenn die notwendigen Dienstposten besetzt sind. Ärztliches und nichtärztliches Sanitätspersonal leisten einen wichtigen Dienst. Dieser muss sich zunächst an der Versorgung der Soldatinnen und Soldaten orientieren. Wer krank ist, wer verwundet ist, muss sich darauf konzentrieren kön-

nen, gesund zu werden. Dafür muss alles getan werden; auch das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig.

Es ist ein Fortschritt, dass über Posttraumatische Belastungsstörungen mittlerweile offen gesprochen wird. Der Wehrbeauftragte berichtet von insgesamt 1.500 – davon 200 neuen – Fällen. Da ehemalige Zeitsoldaten nicht erfasst werden, weil sie sich in zivilen Einrichtungen behandeln lassen, haben wir kein genaues Bild vom Leid der Einsatzrückkehrenden und deren Angehörigen. Über die Ansprüche unterschiedlicher Soldatinnen und Soldaten und die Einsatz- und Beschädigtenversorgung müssen wir intensiv beraten. Wer dem Land dient, muss erwarten können, dass er aufgefangen wird, wenn er krank an Körper und Seele wird.

Herr Königshaus, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in Ihrem Bericht die Arbeit der Militärseelsorge so anerkennend erwähnen. Militärseelsorge wirkt nicht nur in Zeiten größter Not. Sie leistet mit ihren großen Angeboten zwischen Freizeitaktivitäten, ethischer Orientierung, theologischem Diskurs und Unterstützung im Einsatz ebenfalls einen wichtigen Beitrag für einen attraktiven Arbeitgeber Bundeswehr.

Es ist wichtig, dass sich die Soldatinnen und Soldaten Militärggeistlichen anvertrauen können. Ich bin froh darüber, dass der Wehrbeauftragte keine Beschwerden im Hinblick auf die Einhaltung religiöser Gebote und Feiertage zu verzeichnen hat. Die Sicherung der freien Re-

ligionsausübung ist grundgesetzlich gesichert.

Wer die Besonderheiten eines Einsatzes nicht kennt und nicht selbst erlebt hat, kann nur schwer den soldatischen Dienst verstehen. Verständnis ist aber die erste Voraussetzung für den Dienst am Nächsten. Darum ist die Militärseelsorge unverzichtbar. Das gilt nicht nur für den Einsatz, sondern auch für die Einsatznachsorge und dann, wenn die Angehörigen die Einsatzfolgen nicht richtig einordnen können. Neben der ärztlichen Versorgung ist die Sorge um die Seele ein ganz wesentlicher Teil, der zur Genesung beiträgt.

Ich bin dafür, dass es neben dem christlichen Angebot auch Anlaufstellen für Angehörige anderer Religionen gibt. Der Wunsch danach ist nachvollziehbar, und diesem Wunsch sollte Rechnung getragen werden. Es sollte niemand, der geistlichen Beistand wünscht, alleingelassen werden – auch nicht bei der Bundeswehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werbe dafür, Standorte zu besuchen, mit Soldatinnen und Soldaten zu sprechen und auch das Gespräch mit der Militärseelsorge zu suchen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Not beten lehrt. Das Wichtigste im Leben sind deshalb lebendige und herzliche Begegnungen mit Menschen, damit die Seele nicht verkümmert und die kranke Seele genesen kann. Das gilt nicht nur für die Angehörigen der Bundeswehr, das gilt für uns alle.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die besondere Belastung für Soldaten und Angehörige durch Auslandseinsätze ist uns bewusst.



Aus der Kaserne in Seedorf verschwanden 30.000 Schuss Munition.

Doris Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Pflicht zur Fürsorge wird die Bundesregierung nicht gerecht



Doris Wagner (*1963)
Landesliste Bayern

Ich war vor 14 Tagen in Afghanistan, und ich muss Ihnen sagen: Durch Kabul zu fahren, ist schon ein sehr spezielles Erlebnis. Mit einer kiloschweren Sicherheitsweste und mit bewaffnetem Begleitschutz im Konvoi durch die Stadt, ständiger Funkkontakt zwischen den Fahrzeugen mit Anweisungen und Hinweisen auf Gefahrenquellen und auf der Straße bewaffnete Männer: Das hat mir noch einmal ganz klar vor Augen geführt, dass Soldatin oder Soldat zu sein eben kein normaler Beruf ist; denn sie setzen sich in ihren Einsätzen in unserem Auftrag besonderen Gefahren für Leib und Leben aus.

Deshalb lese ich den Wehrbericht, für den ich Herrn Königshaus heute auch noch einmal danken möchte, mit anderen Augen, und deshalb haben Sie, Frau Ministerin, eine spezielle Verantwortung und Fürsorgepflicht für diese Soldatinnen und Soldaten. Dieser Verantwortung und der Pflicht zur Fürsorge wird die Bundesregierung derzeit bei weitem nicht gerecht.

Verantwortung und Fürsorge: Das bedeutet, wir müssen alles tun, damit die Soldatinnen und Soldaten optimal ausgerüstet und vorbereitet in den Einsatz gehen. Doch der Wehrbericht zeigt: Die Realität sieht anders aus. Während die Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen inzwischen über eine gute Ausrüstung verfügen, herrscht in den Kasernen in Deutschland Mangel. Da müssen Maschinengewehre von anderen Truppenteilen ausgeliehen werden, oder unmittelbar vor dem Einsatz wird kurzfristig mit Panzern trainiert, die zentral über ein „Verfügbarkeitsmanagement“ entliehen werden, damit sich die Soldatinnen und Soldaten überhaupt auf den Einsatz vorbereiten können.

Auf diese Weise möchte die Bundesregierung haushalterische Disziplin üben, aber ich glaube, die Grundausrüstung ist dafür denkbar ungeeignet; denn wer seine Solda-

tinnen und Soldaten unzureichend vorbereitet in gefährliche Einsätze schickt, handelt fahrlässig und verantwortungslos.

Verantwortung und Fürsorge: Das bedeutet auch, dafür zu sorgen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben keinen unnötigen Schaden nehmen. Doch mittlerweile müssen wir fast froh sein, wenn sie zu Hause ihren alltäglichen Dienst gesund und unbeschadet überstehen. Der Grund dafür liegt in der unglücklichen Personalpolitik Ihrer Amtsvorgänger, Frau von der Leyen.

Unsere Streitkräfte verfügen mittlerweile nicht mehr über ausreichend Personal, um die eigenen Kasernen und Flughäfen effektiv zu sichern. In Seedorf konnte ein Unbekannter unbehelligt auf das Gelände vordringen und über 30.000 Schuss Munition entwenden. Dem Wehrbericht zufolge wurden in den letzten Jahren in zahlreichen Liegenschaften der Bundeswehr Radmüttern an Fahrzeugen gelöst, und im Juli 2013 kam es sogar zu einem Brandanschlag. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten Soldatinnen und Soldaten durch Sabotageakte zu Schaden kommen.

Wir haben es schon gehört: Schlecht steht es auch um die medizinische Versorgung der Streitkräfte. Auch hier gilt: Der Mangel an Personal hat mittlerweile gravierende Folgen. Bei den Sanitätsoffizieren fehlten 2013 mehr als 400 Ärztinnen und Ärzte, die vor allem für die Notfallversorgung im Einsatz unerlässlich sind. Aus Personalmangel müssen in manchen Bundeswehrkrankenhäusern ganze Stationen geschlossen werden, sodass die Soldatinnen und Soldaten für Behandlungen teilweise weite Reisen auf sich nehmen müssen. Wer sich im Dienst etwa eine schwere Brandverletzung zuzieht, der kann zwar in das Krankenhaus nach Koblenz fahren und dort hervorragende Gerätschaften zur Behandlung seiner Verletzung besichtigen, optimal geholt kann aber nicht werden, weil es kein Personal mehr gibt, das sich auf Schwerstbrandverletzungen spezialisiert hat. Eine solche Situation ist völlig inakzeptabel. So können wir nicht mit Menschen umgehen, die in unserem Auftrag ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Frau Ministerin, Sie haben bei Ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz von der Verantwortung gesprochen, die Deutschland bei der Lösung internationaler Krisen übernehmen muss. Ich finde, Sie sollten erst einmal Ihrer Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten gerecht werden. Beheben

Sie den eklatanten Personalmangel, der sich als Thema wie ein roter Faden durch den ganzen Wehrbericht zieht! Überprüfen Sie das Tempo der Streitkräftereduzierung!

Ich freue mich, dass ich Ihre Worte so deuten kann, dass Sie darüber nachdenken, ob Truppenverbände wirklich über Standorte von der Ostsee bis zu den Alpen verteilt werden müssen. Aber ich bitte Sie: Fangen Sie unverzüglich an, die Bundeswehr zu einem attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber umzugestalten, wie Sie es Anfang des Jahres immer wieder versprochen haben! Nur so werden Sie den Nachwuchs gewinnen, den die Bundeswehr so dringend braucht.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu meinem letzten Punkt. Ein junger Mensch, der sich entscheidet, Soldat oder Soldatin zu werden, muss darauf vertrauen können, dass sein Dienstherr verantwort-

ungsvoll mit ihm umgeht. Er muss darauf vertrauen können, dass er im Falle einer Verletzung umfassende Hilfe und Fürsorge erfährt. Leider versagt die Bundeswehr ausgerechnet in diesem Punkt kläglich, wie ich in mehreren Gesprächen mit Betroffenen erfahren habe.

Bis in die 80er-Jahre hinein waren Angehörige der Bundeswehr und der NVA gesundheitsschädlicher Strahlung an nicht abgeschirmten Radargeräten ausgesetzt. Viele von ihnen sind in der Folge schwer erkrankt. Trotzdem verweigert die Bundeswehr zahlreichen Betroffenen bis heute eine angemessene Entschädigung, indem sie nur Krebserkrankungen oder Katarakte als radartypische Folgeerkrankungen anerkennt. Die Betroffenen können in der Regel sehr plausibel darlegen, welche hohen Strahlenbelastungen sie ausgesetzt waren. Dennoch verbarrikadiert sich die Bundeswehrverwaltung hinter geschätzten oder fehlerhaft und viel zu spät ermittelten Werten, weil es keine Aufzeichnungen aus den 60er-Jahren gibt. Geht

dann doch einmal ein Gerichtsverfahren zugunsten der betroffenen Soldaten aus, legt die Bundesrepublik regelmäßig Revision ein. Die Folge ist: Die Prozesse ziehen sich manchmal über Jahrzehnte hin. Ein hochbetagter früherer Soldat darf häufig von Glück sagen, wenn er das Urteil überhaupt noch erlebt.

Dieses Verhalten, Frau Ministerin, ist schäbig. Es widerspricht aber auch den ureigensten Interessen der Bundeswehr. Weshalb sollte jemand – ich komme zum Schluss Frau Präsidentin – schwören, für unseren Staat seine Gesundheit und sein

Leben einzusetzen, wenn dieser Staat offenbar nicht gewillt ist, im Schadensfall seiner Fürsorgepflicht nachzukommen? Deshalb mein dringender Appell: Hören Sie auf, mit den Geschädigten kleinlich über Strahlenmengen zu debattieren! Die geschädigten Soldaten haben ihren Teil des Vertrages erfüllt. Jetzt sind Sie an der Reihe!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schlecht steht es auch um die medizinische Versorgung der Streitkräfte.

Anita Schäfer, CDU/CSU:

Die Bundeswehr ist besser, als Stereotypen glauben machen



Anita Schäfer (*1951)
Wahlkreis Pirmasens

Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte ich Ihnen und all Ihren Mitarbeitern danken, die an der Erstellung des differenzierten und interessanten Jahresberichts 2013 beteiligt waren. Er zeigt vor allem, dass große Reformvorhaben häufig mit Unsicherheit der Betroffenen verbunden sind, was sich in den gestiegenen Zahlen von Eingaben der Soldatinnen und Soldaten im Berichtszeitraum ausdrückt.

Umso wichtiger ist es, dass mit der jetzigen Bundeswehrreform eine stabile Struktur erreicht wird, mit der die Truppe jetzigen und zukünftigen

Herausforderungen begegnen kann, damit es nicht in ein paar Jahren wieder zur Reform der Reform kommen muss.

Meine Damen und Herren, mehr als einmal haben wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt, dass sich die Konstanten der Sicherheitspolitik quasi über Nacht geändert haben. Dazu gehört der Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaft und des Warschauer Paktes mit all seinen Folgen, einschließlich der deutschen Wiedervereinigung und des Zerfalls der Sowjetunion. Dazu gehören auch die Anschläge vom 11. September 2001, und dazu gehören schließlich das aktuelle russische Vorgehen auf der Krim und die Ungewissheit über die staatliche Integrität der Ukraine.

Ich glaube ausdrücklich nicht, dass wir in eine neue Ost-West-Konfrontation zurückfallen werden. Es gibt derzeit keinen Grund, beispielsweise die Wehrpflicht wieder einzuführen, wie ich es diese Woche schon gelesen habe.

Allerdings müssen wir die Besorgnis unserer östlichen Partner ernst nehmen, die an Russland oder die Ukraine grenzen und die teilweise – wie die baltischen Staaten – selbst russische Bevölkerungsteile haben. Der Kernzweck der NATO als Sicher-

heitsbündnis gegen Bedrohungen in Europa gewinnt damit erheblich an Bedeutung.

Lieber Herr Königshaus, es erweist sich als richtig, dass wir bei der Bundeswehrreform den Grundsatz „Breite vor Tiefe“ verfolgt haben. Wir leisten weiterhin einen Beitrag zur internationalen Krisenbewältigung, der der Bedeutung Deutschlands in Europa und der Weltgemeinschaft entspricht. Aber die Bundeswehr muss auch Anlehnungspartner in der Bündnisverteidigung für unsere kleineren Nachbarn sein, die eben nicht mehr das volle Spektrum militärischer Fähigkeiten darstellen können und mit denen wir künftig noch enger kooperieren wollen, wie mit den Niederlanden und Polen. Insofern ist die jetzige Struktur glücklicherweise zukunftssicher, weil sie nicht nur den internationalen Einsätzen, sondern auch weiterhin der Bündnisverteidigung Rechnung trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Strukturen sind das eine. Aber erst Personal und Ausrüstung füllen sie aus. Neue sicherheitspolitische Voraussetzungen haben auch immer wieder neue Anforderungen an die

Fortsetzung von Seite 15: Anita Schäfer (CDU/CSU)

Ausstattung der Soldaten gestellt. So haben zurückliegende Berichte des Wehrbeauftragten besonders für den Einsatz in Afghanistan mehrfach explizit das Fehlen geschützter Fahrzeuge hervorgehoben. Die wiederholte Befassung im Parlament hat wesentlich zur Schließung dieser Lücken beigetragen.

Diese Beschaffungen behalten unabhängig von der Art künftiger Einsätze ihren Wert. Das gilt auch für neue Technologien, über die wir vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen diskutiert haben, wie beispielsweise bewaffnete Drohnen, die ich schon in meiner letzten Rede an dieser Stelle erwähnt habe.

Gleichzeitig zeigen die Sorgen unserer osteuropäischen Partner, dass klassische Systeme wie der Eurofighter und der Kampfubschrauber Tiger eben nicht veraltet sind. Sie haben vielmehr trotz aller Kritik an langer Entwicklung und hohen Kosten ihre Berechtigung, weil sie der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft in Europa dienen. Auch hier gilt aber: Die Massenheere des Kalten Krieges werden nicht mehr gebraucht.

Es ist richtig, dass unter anderen Bedingungen geschlossene Beschaffungsverträge neu gehandelt werden. Ich begrüße es auch außerordentlich, Frau Ministerin von der Leyen, dass Sie die von Ihrem Amtsvorgänger begonnene Neuordnung des Beschaffungswesens so energisch fortsetzen. Gerade das regelmäßige Auftauchen neuer Herausforderungen in den letzten Jahren zeigt doch,

dass wir uns zeitlich und finanziell aus dem Ruder laufende Projekte weniger denn je leisten können.

Vielleicht zeigen die aktuellen Entwicklungen noch den einen oder anderen Bedarf auf. Ich denke dabei zum Beispiel an den Bereich der bodengebundenen Flugabwehr, wo der Einsatz bisheriger Systeme zu stagnieren scheint. Modernste Ausstattung für alle Bereiche bleibt unabdingbare Voraussetzung für die Auftragsbefreiung der Bundeswehr; denn nur so kann sie ihre Rolle als Anlehnungspartner für unsere Nachbarn bei der Gewährleistung der Sicherheit im Bündnis erfüllen.

Das Wichtigste in der Bundeswehr sind und bleiben aber die Menschen. Wir haben in den vergangenen Jahren viel zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr getan. Dazu gehören materielle Verbesserungen wie die Zulagen für ärztliche Dienste, Piloten, Minentaucher und Soldaten mit besonderer zeitlicher Belastung. Wir entwickeln einerseits die Nachwuchswerbung und andererseits Fortbildungsangebote und Berufsförderung weiter; die Frau Ministerin hat das vorhin angesprochen. Besonders wichtig ist aber, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst weiter zu verbessern.

Ich bin besonders froh, dass nunmehr die Einrichtung von Betriebskindergärten an Bundeswehrstandorten mit besonderem Bedarf in Gang kommt.

Das gilt insbesondere für die Standorte mit Bundeswehrkranken-

häusern und die Universität der Bundeswehr in München. Mit Ausnahme des Bundeswehrkrankenhauses Berlin, wo die Planungen noch laufen, werden alle Kindergärten voraussichtlich binnen Jahresfrist in Betrieb gehen. Allein für die Baumaßnahmen geben wir über 5 Millionen Euro aus. Hinzu kommen Belegrechte in vorhandenen Betreuungseinrichtungen wie etwa im Fall der Sanitätsakademie in München. Mit Stand Februar sind bereits 317 Eltern-Kind-Arbeitszimmer realisiert worden. Insgesamt wird es diese an rund 200 Standorten geben. Ergänzt wird das durch Verbesserungen bei der Kinderbetreuung während der Aus- und Fortbildung, der Unterstützung bei der Ferienbetreuung sowie der Notfallbetreuung nicht nur von Kindern, sondern auch von pflegebedürftigen Angehörigen.

Im Hinblick auf die Problematik pendelnder Soldaten soll neben der dauerhaften Möglichkeit der Wahl zwischen Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung die Wohnungsfürsorge optimiert werden, um sowohl den Pendlern als auch umzugswilligen Familien bei der Suche nach geeigneten Wohnungen besser zu helfen. Gerade in diesem Punkt gibt es sicherlich noch Raum für weitere Verbesserungen. Nach der Ankündigung von Ministerin von der Leyen, das Thema der Attraktivität zu einem Schwerpunkt zu machen, bin ich aber zuversichtlich, dass es diese auch geben wird.

Der Wehrbeauftragte hat in seinem Bericht bedauert, dass die Folgestudie des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zum Stand der Integration von weiblichen Soldaten noch nicht vorlag. Beim Verfassen

dieser Zeilen konnte er noch nicht wissen, dass dies noch vor der Vorstellung des Jahresberichts geschehen würde. Über die Studie Truppenbild ohne Dame? ist vor allem unter zwei Schlagzeilen berichtet worden: erstens dass sich die Einstellung männlicher Soldaten zu Frauen in der Bundeswehr gegenüber der Vorgängerstudie von 2005 verschlechtert hat und zweitens dass 55 Prozent der Soldatinnen schon sexuell belästigt worden seien. Diesen Punkten hat auch der Wehrbeauftragte breiten Raum eingeräumt.

Beim Durchlesen der Studie ergibt sich allerdings ein differenzierteres Bild, als eine Schlagzeile vermitteln kann. Zunächst einmal: Mittlerweile beträgt der Anteil weiblicher Soldaten in der Bundeswehr rund 10 Prozent, was bereits ein großer Erfolg des Integrationsprozesses ist. 13 Jahre nach Öffnung aller Laufbahnen erreichen Frauen nun auch die entsprechenden höheren Dienstgrade. Das BMVg scheint sich zwar mit dem Wehrbeauftragten einig zu sein, dass es etwa bei A-15-Stellen im Sanitätsdienst, der für Frauen schon früher zugänglich war,

noch Nachholbedarf gibt. Aktuell gibt es aber bereits den zweiten weiblichen Generalarzt. Wenn man sich die notwendigen Beförderungszeiten ansieht, dann stellt man fest, dass Anfang des nächsten Jahrzehnts auch mit den ersten Frauen im Generalsrang zu rechnen ist, die seit 2001 die Karriereleiter im Truppendienst erklettert haben. – Das vorweg.

Nun zu den Ergebnissen der Studie. Es ist in der Tat so, dass die Einstellung männlicher Soldaten gegenüber den militärischen Leistungen von Frauen kritischer ist als noch 2005. Gleichzeitig bewerten sie aber den gemeinsamen Dienst beider Geschlechter in der Bundeswehr insgesamt besser, und die Angst vor Problemen hat sich verringert.

Interessant ist auch, dass weniger Soldaten Probleme mit der Effektivität in ihren eigenen Einheiten sehen. Der Leiter der Studie hat mir dazu erläutert, dass die Kritik sowohl auf eigenem Erleben als auch auf Hörensagen beruhe. Echte Probleme mit körperlicher Leistungsfähigkeit muss man dabei sicherlich ernst nehmen, weil die Leistung jedes Einzelnen lebenswichtig für die gesamte Einheit sein kann. Ich denke, es wäre einmal interessant, nachzuforschen, wie sich die Kritik auf Kampf- und Unterstützungseinheiten verteilt. In Ersteren kommt es auf körperliche Leistung besonders an. Allerdings entscheiden sich auch nur vergleichsweise wenige Frauen für diese Verwendungen. In Unterstützungseinheiten ist es eher umgekehrt. Es ist also durchaus möglich, dass sich die Kritik vor allem an einigen wenigen Negativbeispielen festmacht, während Soldaten in Ein-

heiten mit höheren Frauenanteilen aus eigener Erfahrung keine Probleme mit der Effektivität sehen. Das wäre doch vielleicht einmal eine Frage für die nächste Studie.

Noch überraschender fand ich die einzelnen Ergebnisse zum Thema sexuelle Belästigung. Zunächst einmal: Dass sich die Fallzahlen nicht groß vom Rest der Gesellschaft unterscheiden, kann nicht zufriedenstellen. Hier muss die Bundeswehr tatsächlich einmal besser sein als der Rest der Gesellschaft; denn abgesehen von allen rechtlichen Vorschriften und grundsätzlichen Regeln allgemeinen Anstands gilt hier noch zusätzlich die Pflicht zur Kameradschaft. Der kameradschaftliche Umgang zwischen allen Soldatinnen und Soldaten unter Achtung der Würde des Einzelnen ist immer wieder einzufordern und umzusetzen.

Ich betone: zwischen allen Soldatinnen und Soldaten, weil sexuelle Belästigung laut der Studie eben nicht nur ein Problem zwischen, sondern auch innerhalb der Geschlechter ist. Das gilt sowohl bei Männern als auch bei Frauen, gerade für die Kategorie tatsächlicher sexueller Nötigung. Diese Kategorie umfasst aber gegenüber anzüglichen Bemerkungen und Ähnlichem glücklicherweise nur eine sehr geringe Zahl von Fällen, sodass die

Verteilung nicht unbedingt aussagekräftig ist. Auch hier sollte meiner Meinung nach der Hintergrund genauer erforscht werden.

Meine Damen und Herren, und dennoch bleibt es dabei: Selbst wenn die Bundeswehr als Spiegelbild der Gesellschaft auch deren Schattenseiten wiedergibt, ist sie besser, als gängige Stereotypen glauben machen wollen. Ihre Soldatinnen und Soldaten leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Sicherheit Deutschlands im Bündnis. In Krisenzeiten wie jetzt wird es uns wieder bewusst, wie wichtig die Sicherheit ist und für wie selbstverständlich wir das im Herzen eines friedlichen, geeinten Europas in den letzten Jahren gehalten haben.

Aber Sicherheit ist nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder erarbeitet werden. Deswegen danke ich allen Männern und Frauen der Bundeswehr, die diesen Dienst jeden Tag an vielen Standorten im In- und Ausland für uns leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen), Dirk Vöpel (SPD), Julia Bartz (CDU/CSU), Dr. Fritz Felgentreu (SPD) und Gisela Manderla (CDU/CSU).

Der Kernzweck der NATO als Sicherheitsbündnis gewinnt erheblich an Bedeutung.

Das Wichtigste in der Bundeswehr sind und bleiben aber die Menschen.



Feierliches Gelöbnis von Bundeswehrrekruten der Luftlandebrigade 26 „Saarland“

© picture-alliance/Wolfgang Mlinich